

Studie «Sicherheit 2023»

Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Emanuela Rizzo, Jacques Robert, Till Roost

Bericht zur Medienkonferenz vom 16. März 2023

Dozentur Militärsoziologie
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



ETH zürich

Rückfragen zum Bericht

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Herausgeber der Studie «Sicherheit»
Dozent Militärsoziologie
Militärakademie (MILAK) an der ETHZ
+41 58 484 82 32 / +41 79 333 22 51
tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation

Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Rizzo, E., Robert, J., Roost, T. (2023). Sicherheit 2023. Bericht zur Medienkonferenz vom 16.03.2023 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Kurzzusammenfassung	7
Condensé	9
Sintesi	11
Executive Summary	13
1 Datenbasis und Ziele	15
2 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	18
2.1 <i>Allgemeines Sicherheitsempfinden</i>	18
2.2 <i>Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz</i>	20
2.3 <i>Einschätzung der weltpolitischen Lage</i>	22
2.4 <i>Bedrohungen aus Sicht der Bevölkerung</i>	23
3 Vertrauen in öffentliche Institutionen, Behörden und ausgewählte Staaten	25
3.1 <i>Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden</i>	25
3.2 <i>Vertrauen in ausgewählte Staaten</i>	28
4 Aussen- und Sicherheitspolitik: Öffnung versus Autonomie	33
4.1 <i>Bindung und Annäherung an die Europäische Union</i>	33
4.2 <i>Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen</i>	35
4.3 <i>Engagement mit der UNO</i>	38
4.4 <i>Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der NATO</i>	40
4.5 <i>Betonung nationaler und militärischer Autonomie</i>	43
5 Neutralität	46
5.1 <i>Allgemeine Zustimmung zur Neutralität: Beibehaltung - Umsetzung - Verzicht</i>	47
5.2 <i>Solidaritäts- und Identitätsfunktion</i>	50
5.3 <i>Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität</i>	53
5.4 <i>Neutralität: Instrument der Aussenpolitik oder Hindernis</i>	56
5.5 <i>Wichtigkeit von Merkmalen der Schweizer Neutralität</i>	59
5.6 <i>Neutralität und Schweizer Sanktionen gegenüber Russland</i>	63

6	Verteidigungspolitik: Das Verhältnis Armee und Gesellschaft	65
6.1	<i>Notwendigkeit der Armee</i>	65
6.2	<i>Ausrüstung und Ausbildung der Armee</i>	67
6.3	<i>Gesellschaftliche Rolle der Armee</i>	70
6.4	<i>Wehrform</i>	73
6.5	<i>Zufriedenheit mit der Leistung der Armee</i>	77
6.6	<i>Verteidigungsausgaben</i>	78
7	Fazit der Studie «Sicherheit 2023»	82
8	Literaturverzeichnis	84
9	Anhang	86
9.1	<i>Fragebogen</i>	86

Vorwort

Mit diesem Dokument halten Sie den Bericht zur Pressekonferenz zur Studie «Sicherheit 2023» vom 16. März 2023 in Ihren Händen. Dieser Bericht ist durch das zeitnahe Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit, der Politik, der Medien und der Wissenschaft begründet. Die Aktualität erklärt sich durch die am 24.02.2022 gestartete russische Invasion in die Ukraine. Dies führte zu nationalen und internationalen Diskursen rund um die Schweizer Neutralität sowie zu Diskussionen über das Verhältnis der Schweiz zur NATO (Nordatlantikpakt-Organisation). Die ausführliche Hauptpublikation der Auswertungen in Buchform erfolgt Ende Juni 2023.

In diesem Bericht werden die im Januar 2023 gestellten Fragen beschreibend ausgewertet und den Resultaten der Studie «Sicherheit 2022» (Januar 2022) und einer Nachbefragung im Juni 2022 gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Antworten nach soziodemografischen Merkmalen (z.B. Geschlecht oder politische Einstellung) der Befragten untersucht.

Konzeptionell basiert die Studienreihe «Sicherheit» auf einem Kern von Fragen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Durch jährlich durchgeführte repräsentative Telefonbefragungen werden Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und aufgezeigt. Damit stellen die Herausgebenden, die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufbereitetes Wissen über die Einstellungen der Stimmbevölkerung zur Verfügung.

Die Daten der Studie «Sicherheit 2023» wurden im Januar (03.01.2023 – 20.01.2023) durch das Meinungsforschungsinstitut LINK Marketing Services AG erhoben und basieren auf einer Stichprobe von 1238 Befragten, welche repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung stehen. Neben den jährlich gestellten Standardfragen wurden auch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2023 liegt der Fokus auf *einer offenen Frage zu Bedrohungen für die Schweiz, dem Vertrauen in ausgewählte Staaten, einer vertieften Auseinandersetzung mit der Neutralität* und auf Fragen zu den *Sanktionen der Schweiz gegenüber Russland*.

Die Autorinnen und Autoren bedanken sich bei Miriam Dahinden-Ganzoni vom CSS für die Erstellung der Grafiken.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie (MILAK)
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies (CSS),
ETH Zürich

(leere Seite)

Kurzzusammenfassung

In dieser Kurzzusammenfassung werden die Resultate der im Januar 2023 im Rahmen der Studie «Sicherheit 2023» erhobenen Fragen präsentiert und den Resultaten der Studie «Sicherheit 2022» (Januar 2022) gegenübergestellt. Teilweise wird auch Bezug genommen auf eine Zusatzbefragung im Juni 2022.

Zukunftserwartung und allgemeine Sicherheit: Schweizerinnen und Schweizer blicken im Januar 2023 signifikant weniger optimistisch in die Zukunft als noch im Januar 2022. 81% (–5 Prozentpunkte; Pp) sehen die Zukunft der Schweiz optimistisch und 24% (–7 Pp) sehen die Zukunft der Welt optimistisch. Diese Reduktion des Optimismus kann mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Ausbruch des Krieges in der Ukraine vom Februar 2022 zurückgeführt werden. Trotz des Krieges ist das allgemeine Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung jedoch ungebremsst hoch. Im Januar 2023 fühlen sich 94% der Befragten sicher, was den Werten aus den Befragungen im Januar 2022 (± 0 Pp) und im Juni 2022 (± 0 Pp) entspricht.

Vertrauen in Institutionen und ausgewählte Staaten: Das hohe Vertrauen in Institutionen setzt sich fort. Keine der erfragten Institutionen hat im Vergleich zum vergangenen Jahr an Vertrauen eingebüsst. Im Vergleich zum vergangenen Jahr (Januar 2022) haben nur die politischen Parteien an Vertrauen gewonnen (+0.2). Das Vertrauen in ausgewählte Staaten wurde letztmals im Jahr 2019 gemessen. Nach wie vor geniessen die Nachbarnstaaten der Schweiz ein hohes Vertrauen. Den USA wird deutlich mehr vertraut als vor vier Jahren. Besonders auffällig ist der zum Teil deutliche Vertrauensverlust in autoritär regierte Staaten (China, Iran, Nordkorea, Russland).

Bedrohungen aus Sicht der Bevölkerung: In der Studie «Sicherheit 2023» wurde erstmals mittels einer offenen Frage nach den drei grössten Bedrohungen der Schweiz gefragt. Die Stimmberechtigten sehen überwiegend Kriege und Konflikte (42% aller Nennungen), Klimawandel und Umweltschutz (34%) und Finanz- und Wirtschaftskrisen (31%) als die aktuell grössten Bedrohungen für die Schweiz. Alle weiteren erwähnten Themen klassieren mit unter 6% aller Nennungen weit dahinter.

Aussen- und Sicherheitspolitik: Unverändert werden rein wirtschaftliche Beziehungen mit der EU gewünscht und ein Beitritt zur EU nur von einer Minderheit gefordert. Weiche Kooperationen (Konfliktvermittlung und Entwicklungshilfe) werden unverändert von einer Mehrheit befürwortet. Ein stärkeres Engagement der Schweiz für UNO-Anliegen erfährt wieder mehr Zuspruch als im Juni 2022. Eine knappe Mehrheit (55%, +10 Pp gegenüber Januar 2021) der Befragten fordert eine NATO-Annäherung, während ein Beitritt weiterhin ein Minderheitsanliegen bleibt. Eine knappe Mehrheit ist der Meinung, dass die Neutralität es zulässt, dass die Schweiz ihre militärische Verteidigung mit der NATO planen kann. Die Zustimmungsraten der militärischen und nationalen Autonomie sind signifikant gesunken. Es zeigt sich 2023, dass Schweizerinnen und Schweizer öffnungs- und kooperationsbereiter als in den Vorjahren sind.

Neutralität: Gegenüber Januar 2022 wird das Neutralitätsprinzip zwar weniger stark befürwortet, erhält aber mit 91% (–6 Pp) weiterhin sehr hohen Zuspruch. Während die «differenzielle» Neutralität – bei politischen Konflikten klar Stellung beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben – unverändert von einer knappen Mehrheit unterstützt wird, ist das Bedürfnis, auch eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland abzugeben, von 18% (im Januar 2021) auf 27% gestiegen. Obschon die Unterstützung für die Solidaritäts- und Identitätsfunktion gesunken ist, bleibt für die Mehrheit der Bevölkerung die Neutralität ein vorrangiges Ziel der Aussenpolitik und ein Wert an sich. Während die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität innerhalb eines Jahres deutlich von 69% auf 55% gesunken ist, wird der Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses in Europa stärker zugestimmt und von einem guten Drittel gefordert. Insgesamt bewerten Schweizerinnen und Schweizer die Neutralität ähnlich kritisch wie bereits im Juni 2022.

Wichtigkeit von Merkmalen der Neutralität: Die letztmalig 2014 erhobenen sieben Merkmale der Neutralität werden von einer Bevölkerungsmehrheit als wichtig erachtet. Sehr wichtig ist den Schweizerinnen und Schweizern vor allem, dass die Neutralität international anerkannt wird, einen humanitären Gedanken aufweist und ein Teil der schweizerischen Identität ist. Am wenigsten wichtig ist das Merkmal, dass die Neutralität bewaffnet ist.

Sanktionen gegenüber Russland: Im Vergleich zum Juni 2022 bleiben im Januar 2023 die Einstellungen bezüglich der Schweizer Sanktionen gegenüber Russland unverändert. Drei Viertel der Befragten sind von der Richtigkeit der Sanktionen überzeugt und sehen zu 70% eine Vereinbarkeit mit der Neutralität. Rund ein Drittel teilt die Meinung, dass die Schweiz ihre Guten Dienste infolge der Sanktionen nicht mehr anbieten kann.

Verteidigungspolitik: Gegenüber Januar 2022 wollen Schweizerinnen und Schweizer, dass die Verteidigungsfähigkeit der Armee gestärkt wird. So findet eine deutliche Mehrheit, dass die Armee vollständig ausgerüstet sein sollte und 78% (+3 Pp) empfinden die Armee als notwendig. Die Meinung, dass die Schweiz zu wenig Geld für die Verteidigung ausgibt, ist aktuell verbreiteter als bei der Befragung im Januar 2022 – also vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Gegenüber der Befragung im Juni 2022 ist aber dieser Support für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben gesunken. Schweizerinnen und Schweizer stehen unverändert klar hinter der Wehrpflicht und dem Milizprinzip und zeigen sich zufrieden mit der Leistung der Armee.

Condensé

Ce condensé présente les résultats des questions posées en janvier 2023 dans le cadre de l'étude « Sécurité 2023 » et les compare aux résultats de l'étude « Sécurité 2022 » (janvier 2022). En partie, il est également tenu compte d'une enquête complémentaire réalisée en juin 2022.

Attentes par rapport à l'avenir et à la sécurité générale : en janvier 2023, les Suissesses et les Suisses sont significativement moins optimistes concernant l'avenir qu'en janvier 2022. 81% (-5 points de pourcentage ; Pp) sont optimistes pour l'avenir de la Suisse et 24% (-7 Pp) pour l'avenir du monde. Cette réduction de l'optimisme peut très probablement être attribuée au déclenchement de la guerre en Ukraine en février 2022. Malgré la guerre, le sentiment général de sécurité de la population reste élevé. En janvier 2023, 94% des personnes interrogées se sentent en sécurité, ce qui correspond aux valeurs obtenues lors des enquêtes de janvier 2022 (± 0 Pp) et de juin 2022 (± 0 Pp).

Confiance dans les institutions et les États sélectionnés : La confiance élevée dans les institutions se maintient. Aucune des institutions n'a enregistré des pertes de confiance par rapport à l'année dernière. Par rapport à l'année dernière (janvier 2022), seuls les partis politiques ont gagné en confiance (+0.2). La confiance dans certains États a été mesurée pour la dernière fois en 2019. Les pays voisins de la Suisse continuent de jouir d'une confiance élevée. La confiance accordée aux États-Unis est nettement plus élevée qu'il y a quatre ans. La perte de confiance dans les États autoritaires (Chine, Iran, Corée du Nord, Russie) est particulièrement frappante.

Menaces perçues par la population : l'étude « Sécurité 2023 » a demandé pour la première fois, au moyen d'une question ouverte, quelles étaient les trois plus grandes menaces pour la Suisse. Les personnes en âge de voter considèrent principalement les guerres et les conflits (42% de toutes les mentions), le changement climatique et la protection de l'environnement (34%) et les crises financières et économiques (31%) comme les plus grandes menaces actuelles pour la Suisse. Tous les autres thèmes mentionnés se classent loin derrière, avec moins de 6% de toutes les mentions.

Politique étrangère et de sécurité : le souhait de relations purement économiques avec l'UE reste inchangé et l'adhésion à l'UE n'est demandée que par une minorité. Les coopérations douces (médiation des conflits et aide au développement) sont toujours approuvées par une majorité. Un engagement plus fort de la Suisse en faveur de l'ONU est à nouveau mieux accueilli qu'en juin 2022. Une petite majorité (55%, +10 Pp par rapport à janvier 2021) des personnes interrogées demande un rapprochement avec l'OTAN, tandis que l'adhésion reste une demande minoritaire. Une petite majorité estime que la neutralité permet à la Suisse de planifier sa défense militaire avec l'OTAN. Les taux d'approbation de l'autonomie militaire et nationale ont baissé de manière significative. Il apparaît en 2023 que les Suissesses et les Suisses sont plus disposés à l'ouverture et à la coopération que les années précédentes.

Neutralité : par rapport à janvier 2022, le principe de neutralité est certes moins fortement soutenu, mais il continue de bénéficier d'une très forte approbation avec 91% (-6 Pp). Alors que la neutralité « différentielle » – prendre clairement position en cas de conflit politique, mais rester neutre en cas de conflit militaire – continue d'être soutenue par une faible majorité, le besoin de prendre clairement position en cas de conflit militaire à l'étranger est passé de 18% (en janvier 2021) à 27%. Bien que le soutien à la fonction de solidarité et d'identité ait diminué, la neutralité reste pour la majorité de la population un objectif prioritaire de la politique étrangère et une valeur en soi. Alors que l'approbation de la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité a nettement baissé en l'espace d'un an, passant de 69% à 55%, l'effet de protection d'une alliance militaire en Europe est davantage approuvé et réclamé par un bon tiers. Dans l'ensemble, les Suissesses et les Suisses évaluent la neutralité de manière aussi critique qu'en juin 2022.

Importance des caractéristiques de la neutralité : les sept caractéristiques de la neutralité, relevées pour la dernière fois en 2014, sont considérées comme importantes par une majorité de la population. Les Suissesses et les Suisses considèrent avant tout comme très important que la neutralité soit reconnue au niveau international, qu'elle comprenne une pensée humanitaire et qu'elle fasse partie de l'identité suisse. La caractéristique la moins importante est le fait que la neutralité soit armée.

Sanctions à l'encontre de la Russie : par rapport à juin 2022, les attitudes à l'égard des sanctions suisses à l'encontre de la Russie restent inchangées en janvier 2023. Les trois quarts des personnes interrogées sont convaincues du bien-fondé des sanctions et considèrent à 70% qu'elles sont compatibles avec la neutralité. Environ un tiers partage l'avis que la Suisse ne peut plus offrir ses bons offices suite aux sanctions.

Politique de défense : par rapport à janvier 2022, les Suissesses et les Suisses souhaitent que la capacité de défense de l'armée soit renforcée. Ainsi, une nette majorité estime que l'armée devrait être entièrement équipée et 78% (+3 Pp) considèrent l'armée comme nécessaire. L'opinion selon laquelle la Suisse ne dépense pas assez d'argent pour la défense est actuellement plus répandue que lors de l'enquête de janvier 2022 – donc avant l'attaque de la Russie contre l'Ukraine. Par rapport à l'enquête de juin 2022, ce soutien à une augmentation des dépenses de défense a toutefois diminué. Les Suissesses et les Suisses continuent de soutenir clairement le service militaire obligatoire et le principe de milice et se montrent satisfaits des prestations de l'armée.

Sintesi

Nella presente sintesi sono illustrati i risultati del sondaggio svolto nel gennaio 2023 per lo studio «Sicurezza 2023». Le risposte ottenute sono messe in confronto con gli esiti dello studio «Sicurezza 2022» (gennaio 2022) e, in parte, con quanto emerso dal sondaggio supplementare di giugno 2022.

Aspettative nei confronti del futuro e senso generale di sicurezza: nel gennaio 2023 i cittadini e le cittadine svizzeri sono nettamente meno ottimisti riguardo al futuro rispetto al gennaio 2022. L'81 per cento (-5 punti percentuali; Pp) si dice ottimista sul futuro della Svizzera e il 24 per cento (-7 Pp) guarda con ottimismo al futuro del mondo. Questo calo di ottimismo può essere ricondotto con elevata probabilità allo scoppio della guerra in Ucraina nel febbraio 2022. Nonostante la guerra, il senso generale di sicurezza in seno alla popolazione è tuttora elevato. A inizio 2023, si sente generalmente al sicuro il 94 per cento delle persone intervistate, come nei mesi di gennaio (± 0 Pp) e di giugno (± 0 Pp) 2022.

Fiducia nelle istituzioni e verso determinati Stati: la fiducia nelle istituzioni rimane elevata. Nessuna delle istituzioni comprese nel sondaggio ha subito un calo di fiducia rispetto all'anno precedente. Per rapporto al gennaio 2022) è aumentata soltanto la fiducia nei confronti dei partiti politici (+0.2). Sul fronte internazionale, il più recente rilevamento della fiducia verso determinati Stati risale al 2019. Come allora gli Stati limitrofi alla Svizzera godono di elevata fiducia. Rispetto a quattro anni fa è nettamente aumentata la fiducia negli Stati Uniti. Gli Stati governati da regimi autoritari (Cina, Iran, Corea del Nord, Russia) hanno registrato un calo di fiducia particolarmente accentuato.

Percezione delle minacce da parte della popolazione: nel quadro dello studio «Sicurezza 2023» è stata presentata per la prima volta una domanda «a risposta aperta» sulle tre maggiori minacce per la Svizzera. Gli aventi diritto al voto hanno menzionato soprattutto le guerre e i conflitti (42% di tutte le risposte), il cambiamento climatico e le questioni ambientali (34%) e le crisi finanziarie ed economiche (31%) come maggiori minacce per la Svizzera. Le rimanenti categorie di minacce menzionate sono molto distanti nella classifica e hanno raccolto meno del 6 per cento.

Politica estera e politica di sicurezza: come sinora, gli intervistati auspicano rapporti meramente economici con l'Unione europea e soltanto una minoranza propugna un'adesione all'UE. La maggioranza della popolazione continua a sostenere forme blande di cooperazione senza vincoli istituzionali (mediazione di conflitti e aiuto allo sviluppo). Rispetto al giugno 2022 è ulteriormente aumentato il sostegno a un maggior impegno della Svizzera a favore delle questioni di competenza dell'ONU. Una debole maggioranza delle persone intervistate (55%, +10 Pp rispetto al gennaio 2021) appoggia un avvicinamento alla NATO; l'adesione, per contro, è tuttora auspicata da una minoranza. Una debole maggioranza ritiene che la neutralità consenta di pianificare la difesa militare della Svizzera con la NATO. Le quote favorevoli all'autonomia militare e nazionale sono significativamente diminuite. Nel 2023 i cittadini e le cittadine svizzeri sono maggiormente disponibili a un'apertura e alla cooperazione rispetto agli anni precedenti.

Neutralità: rispetto ai valori registrati nel gennaio 2022, il principio di neutralità gode di consensi nettamente inferiori, ma è tuttora sostenuto dalla stragrande maggioranza (91%, –6 Pp). Mentre un'esigua maggioranza è tuttora favorevole alla «neutralità differenziale» (chiara posizione in caso di conflitti politici all'estero; neutralità in caso di conflitti militari), il numero degli intervistati favorevoli all'adozione di una posizione chiara anche in caso di conflitti militari all'estero è aumentato dal 18 per cento (gennaio 2021) al 27 per cento. La quota di intervistati convinta che la neutralità sia funzionale alla solidarietà e all'identità è calata, ma per la maggioranza della popolazione la neutralità rimane un obiettivo prioritario della politica estera e un valore intrinseco. La quota convinta che la neutralità abbia una funzione a livello di politica di sicurezza è nettamente diminuita nel corso di un anno, passando dal 69 per cento al 55 per cento. Un numero nettamente maggiore di intervistati (più di un terzo) condivide il parere secondo cui un'alleanza militare in Europa abbia un effetto protettivo. Complessivamente l'atteggiamento critico dei cittadini e delle cittadine svizzeri nei confronti della neutralità è praticamente invariato rispetto al giugno 2022.

Importanza delle caratteristiche della neutralità: l'ultimo sondaggio avente per oggetto le sette caratteristiche della neutralità risale al 2014. Anche nel 2023 sono considerate importanti dalla maggioranza della popolazione. In particolare, i cittadini e le cittadine svizzeri ritengono molto importante che la neutralità sia riconosciuta a livello internazionale, che sia chiaramente ispirata a un ideale umanitario e sia parte dell'identità del Paese. Il carattere armato della neutralità svizzera è l'ultima caratteristica in ordine di importanza.

Sanzioni nei confronti della Russia: i pareri espressi nel gennaio 2023 sulle sanzioni della Svizzera nei confronti della Russia sono rimasti invariati rispetto al giugno 2022. Tre quarti delle persone intervistate sono convinte che le sanzioni adottate siano corrette e il 70 per cento ritiene che siano compatibili con la neutralità. Circa un terzo condivide l'opinione secondo cui la Svizzera non possa più offrire i suoi buoni servizi dopo l'adozione di sanzioni.

Politica di difesa: rispetto a gennaio 2022, i cittadini e le cittadine svizzeri auspicano un potenziamento della capacità di difesa dell'esercito. Una chiara maggioranza ritiene che la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito completamente equipaggiato e il 78 per cento (+3 Pp) ritiene necessario l'esercito. Il parere che la Svizzera spenda troppo poco per la difesa è ora più diffuso rispetto al sondaggio del gennaio 2022 – svoltosi prima dell'aggressione russa all'Ucraina. Tuttavia, rispetto al sondaggio del giugno 2022, si riscontra un calo dei pareri favorevoli a un aumento delle spese per la difesa. Come sinora, la popolazione è nettamente favorevole all'obbligo di prestare servizio militare e al principio di milizia ed è soddisfatta delle prestazioni dell'esercito.

Executive Summary

This brief summary presents the results of the questions collected in January 2023 as part of "Security Study 2023" and compares them with the results of "Security Study 2022" (January 2022). Partial reference is also made to a follow-up survey in June 2022.

Expectations about the Future and General Security: The Swiss are significantly less optimistic about the future in January 2023 than they were in January 2022. 81% (–5 percentage points; Pp) are optimistic about the future of Switzerland and 24% (–7 Pp) are optimistic about the future of the world. This decline in optimism is almost certainly due to the outbreak of war in Ukraine in February 2022. Despite the war, however, the public's general sense of security remains high. In January 2023, 94% of respondents feel secure, which corresponds to the values from the surveys in January 2022 (± 0 Pp) and June 2022 (± 0 Pp).

Trust in Institutions and Selected States: Trust in institutions continues to remain high. None of the institutions surveyed has lost trust compared to last year. In comparison to last year (January 2022), only political parties have gained in trust (+0.2). Trust in selected states was last measured in 2019. Switzerland's neighbours continue to enjoy a high level of trust. The Swiss trust the USA significantly more than they did four years ago. The loss of trust in authoritarian states (China, Iran, North Korea, Russia) is particularly striking and in some cases significant.

Threats from the Perspective of the Population: In "Security Study 2023", an open question was asked for the first time about the three greatest threats to Switzerland. Voters predominantly see wars and conflicts (42% of all mentions), climate change and environmental protection (34%) and financial and economic crises (31%) as the greatest current threats to Switzerland. All other issues are far behind, with less than 6% of all mentions.

Foreign and Security Policy: Purely economic relations with the EU continue to be desired and accession to the EU is only demanded by a minority. Soft cooperation (conflict mediation and development aid) continues to enjoy majority support. Increased Swiss involvement in UN affairs is once again more popular than in June 2022. A narrow majority (55%, +10 Pp compared with January 2021) of respondents calls for closer ties with NATO, while membership remains a minority concern. A narrow majority believes that neutrality allows Switzerland to plan its military defense with NATO. Support for military and national autonomy has fallen significantly. It is evident in 2023 that Swiss people are more willing to open up and to cooperate than in previous years.

Neutrality: Compared with January 2022, the neutrality principle is less strongly supported, but still receives very high approval at 91% (–6 Pp). While "differential" neutrality – taking a clear stance in political conflicts but remaining neutral in military conflicts – continues to be supported by a narrow majority, the wish to also take a clear stance in military conflicts abroad has risen from 18% (in January 2021) to 27%. Although support for the solidarity and identity function has declined, neutrality remains a primary goal of foreign policy and a value in itself for the majority of the population. While support for the security policy function of neutrality has dropped significantly within a year from 69% to 55%, the protective effect

of a military alliance in Europe is more strongly approved of and demanded by a good third of respondents. Overall, the Swiss take a similarly critical view of neutrality as they did in June 2022.

Importance of the characteristics of Neutrality: The seven characteristics of neutrality last surveyed in 2014 are considered important by a majority of the population. In particular, it is very important to the Swiss that neutrality is internationally recognized, exhibits humanitarian concerns and is part of Swiss identity. The characteristic of neutrality being armed is the least important.

Sanctions against Russia: Compared with June 2022, attitudes regarding Swiss sanctions against Russia remain unchanged in January 2023. Three quarters of respondents are convinced that the sanctions are justified and 70% see them as compatible with neutrality. Around a third share the opinion that Switzerland can no longer offer its Good Offices as a result of the sanctions.

Defense policy: Compared to January 2022, the Swiss want to strengthen the defense capabilities of the armed forces. A clear majority believes that the armed forces should be fully equipped and 78% (+3 Pp) consider the military to be necessary. The view that Switzerland spends too little money on defense is currently more widespread than it was in the January 2022 survey – i.e., before Russia's attack on Ukraine. Compared to the June 2022 survey, however, this support for an increase in defense spending has fallen. The Swiss still clearly support conscription and the militia principle, and are satisfied with the performance of the armed forces.

1 Datenbasis und Ziele

In diesem Kapitel werden die Datenbasis, Ziele und die Darstellung der Studienergebnisse beschrieben. Analog zur Struktur der am 20. Juni 2023 veröffentlichten Buchpublikation «Sicherheit 2023» werden die im Januar 2023 erhobenen Daten anschliessend kapitelweise vorgestellt, wobei auch auf soziodemografische Einflüsse und weitere signifikante Einflüsse innerhalb des jeweiligen Kapitels eingegangen wird.

Zwischen dem 3. und 20. Januar 2023 wurden die Daten der Studie «Sicherheit 2023» durch das Forschungsinstitut LINK Marketing Services AG erhoben und dabei insgesamt 1238 Stimmberechtigte der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) telefonisch befragt. Ein Interview dauerte im Durchschnitt 21 Minuten und 5 Sekunden, wobei die Bruttoausschöpfungsquote bei 16.4% liegt.¹ Bei der Erhebung kam das Random-Quota Verfahren (Geschlecht, Alter, Sprechregion) zur Anwendung. Da im Rahmen der Befragung die vom Bundesamt für Statistik (BfS) vorgegebenen Quoten für Geschlecht, Alter und sprachregionale Zugehörigkeit (siehe Tabelle 1) erfüllt wurden, ist die Stichprobe ungewichtet repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Tabelle 1: Quotenplan 2023 – Schweizer Stimmbevölkerung

Quotenmerkmal	Anzahl Interviews absolut	Anzahl Interviews in Prozent	BfS 2021 ² in Prozent
Geschlecht			
Männer	590	48	48
Frauen	648	52	52
Alter			
18 – 35 Jahre	293	24	24
35 – 49 Jahre	270	22	22
50 – 64 Jahre	332	27	27
65+ Jahre	343	27	27
Sprachregion			
D-CH	887	72	73
F-CH	300	24	23
Tessin	51	4	4
Total	1238	100	100

¹ Die Nettoausschöpfungsquote liegt bei 35.8%.

² Bundesamt für Statistik (2021). Strukturserhebung. (15.02.2023). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/se.html>

Die untenstehenden nationalen und internationalen Ereignisse könnten das Antwortverhalten der 1238 Befragten beeinflusst haben:

Nationale Ereignisse:

- Diskussionen im Inland in Bezug auf die Neutralität sowie Waffen- und Munitionslieferungen für die Ukraine
- 08.11.2022 Start der Unterschriftensammlung Neutralitätsinitiative
- 22.11.2022 – 29.11.2022 "Pilum 22": Grossangelegte Übung der Schweizer Armee mit über 5'000 AdA
- Der subsidiäre Armee-Einsatz des World Economic Forum (WEF) zu Gunsten der zivilen Behörden des Kantons Graubünden in Davos (16. – 18.01.2023)
- Der Start der Rekrutenschulen am 16. Januar 2023

Internationale Ereignisse:

- Der russische Aggressionskrieg gegenüber der Ukraine seit dem 24. Februar 2022
- Diskussionen und Bestrebungen der militärischen Aufrüstung in Europa
- Die verstärkten Spannungen zwischen den USA und China
- 01.01.2023 Beginn des Einsitzes der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied

Darstellung der Studienergebnisse

Die in den Klammern angegebenen $\pm$ Prozentpunkte (Pp) weisen die Differenz zur Januar-Erhebung 2022 aus, sofern die entsprechende Frage in beiden Erhebungen gestellt wurde. Des Weiteren werden die Resultate der Studie «Sicherheit 2023» mit denjenigen der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» verglichen. Der mögliche Stichprobenfehler liegt bei der 2023er-Nachbefragung bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ± 2.8 Pp. Ein gemessener Wert von 50% bedeutet, dass der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 47.2% und 52.8% liegt. Aus diesem Grund sprechen wir in diesem Wertebereich nicht von Mehrheiten, sondern davon, dass sich die Stimmberechtigten uneinig sind. Veränderungen zur Erhebung im Januar, welche statistisch signifikant³ sind, werden explizit im Text erwähnt. Im Allgemeinen werden die Einstellungen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller 1238 Befragten. Die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» werden ebenfalls als gültige Antworten gezählt.

³ Mit statistischer Signifikanz ist gemeint, dass eine veränderte Ausprägung auch unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers von ± 2.8 Pp statistisch bedeutsam ist und weitgehend ausgeschlossen werden kann, dass die Veränderung zufällig ist. Von der statistischen Signifikanz wird die substanzielle Signifikanz unterschieden. Die substanzielle Signifikanz zielt auf die theoretische und inhaltliche Bedeutung ab. Dies heisst, dass nur Zusammenhänge diskutiert werden, welche eine substanzielle Stärke aufweisen. In unserem Falle wird hierfür das Zusammenhangsmass Cramer's V berechnet und ein Zusammenhang erst dann ausgewiesen, wenn der entsprechende Wert mindestens 0.10 beträgt.

Soziodemografische Einflüsse:

Für jedes Item wird der Einfluss – sofern signifikant vorhanden – der Sprachregion⁴, des Geschlechts⁵, des Alters⁶, des Bildungsniveaus⁷ und der politischen Einstellung⁸ beschrieben. Neben der klassischen Einteilung der politischen Einstellung in Links-Mitte-Rechts wird ausserdem teilweise der Zusammenhang der durch das Bundesamt für Statistik in der Erhebung «Statistic on Income and Living Conditions» (SILC)⁹ verwendeten Fünfer-Skala der politischen Position¹⁰ verwendet, um die politische Einstellung genauer erfassen zu können.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb der Kapitel:

Hier werden Zusammenhänge innerhalb des jeweiligen Themenbereichs (Sicherheitsempfinden, Vertrauen, Aussen- und Sicherheitspolitik, Neutralität, Verteidigungspolitik – Kapitel zwei bis sechs) diskutiert. Während in diesem Zwischenbericht lediglich innerthematische Zusammenhänge pro Kapitel beschrieben werden, werden in der im Sommer 2023 erscheinenden Buchpublikation die Befunde im Abschnitt «weitere signifikante Einflüsse» in gewohnter Weise vertieft kapitel- und themenübergreifend beschrieben, diskutiert und eingeordnet.

⁴ Unterschieden wird nach Wohnort in einer der drei Sprachregionen Deutschschweiz (D-CH), Westschweiz (F-CH) und Tessin (TI). Deren Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahlen (PLZ) der Schweizerischen Post.

⁵ Es wird zwischen «Mann» und «Frau» unterschieden.

⁶ Das Alter wird in vier verschiedene Gruppen unterteilt: 18–34-Jährige, 35–49-Jährige, 50–64-Jährige und ab 65-Jährige.

⁷ Das Bildungsniveau wird mittels der Kategorisierung der Strukturerhebung 2020 (ehemalige Volkszählung) des Bundesamtes für Statistik (BfS 2020) erhoben. Personen, die die obligatorische Schule oder maximal eine ein- bis zweijährige Ausbildung, ein Brückenangebot, eine Anlehre oder Berufslehre mit Eidgenössischen Befähigungsausweis (EBA) absolviert haben, haben ein «tiefes Bildungsniveau». Befragte, die mindestens eine Fachmittelschule, Diplommittelschule bis maximal eine Gymnasiale Maturität (bzw. Berufsmaturität) absolviert haben, werden zum «mittleren Bildungsniveau» gezählt. Personen, die eine höhere Fachschule, eine Fachhochschule oder eine Universität besucht haben, weisen ein «hohes Bildungsniveau» aus.

⁸ Befragte, die auf der Skala der politischen Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angeben, werden in dieser Studie als politisch «links» orientiert bezeichnet. Diejenigen, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, werden zur «Mitte» gezählt und jene, die einen Wert zwischen 6 und 10 angeben, werden als «rechts» kategorisiert.

⁹ Bundesamt für Statistik (2023a). SILC. Interesse für die Politik, Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen und politische Position, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen.

¹⁰ Mittels einer Skala von 0 (= ganz links) und 10 (= ganz rechts) wird die politische Einstellung gemessen. Bei der Aufteilung in fünf Kategorien wird die Zuordnung des Bundesamts für Statistik (BfS 2023a) übernommen und folgendermassen vorgegangen: Befragte, die den Wert 0 bis 2 angeben, werden als «ganz links», jene die 3 und 4 als «eher links» und Befragte, die den Wert 5 angeben, werden zur Gruppe «in der Mitte» gezählt. Als «eher rechts» werden jene, die Werte 6 bis 7 angeben, und als «ganz rechts» diejenigen, die Werte zwischen 8 und 10 angeben, bezeichnet.

2 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Im vorliegenden Kapitel werden die Standardfragen des allgemeinen Sicherheitsempfindens, die Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz als auch diejenige der weltpolitischen Lage beschrieben. Im Anschluss folgt die Auswertung der offenen Frage zu Bedrohungen für die Schweiz aus Bevölkerungssicht (Fokusthema).

2.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im Januar 2023 mit 94% im Allgemeinen gleich sicher wie im Januar 2022 (± 0 Prozentpunkte, Pp) und im Juni 2022 (± 0 Pp, siehe Abbildung 1). Der Anteil an Personen, die sich «sehr sicher» fühlen, beträgt 32%, was leicht unter dem Wert von Januar 2022 (-4 Pp) liegt, aber beinahe identisch ist mit dem Wert von Juni 2022 ($+1$ Pp). Komplementär ist der Anteil an Befragten, die sich «eher sicher» fühlen mit 62% leicht über dem Wert von Januar 2022 ($+4$ Pp), aber ebenfalls identisch mit dem Wert von Juni 2022 (-1 Pp). Entsprechend gleich geblieben ist mit 6% auch der Anteil an Stimmberechtigten, die sich unsicher fühlen, sowohl gegenüber Januar 2022 (± 0 Pp, 6% «eher unsicher», 0% «sehr unsicher»), als auch gegenüber Juni 2022 (± 0 Pp, 5% «eher unsicher», 1% «sehr unsicher»).

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der Stimmberechtigten verharnt damit seit einigen Jahren auf einem äusserst hohen Niveau und wurde auch durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine von Februar 2022 nicht beeinträchtigt.

Soziodemografische Einflüsse:¹¹

Frauen (92%) fühlen sich etwas weniger sicher als Männer (96%, $V^{12} = 0.21$). Dies liegt vor allem daran, dass sie sich seltener «sehr sicher» (23% vs. 42%) und öfters unsicher fühlen (8% vs. 3%). Weiter zeigt sich, dass mit steigender Bildung das allgemeine Sicherheitsempfinden tendenziell zunimmt (tief: 89%, mittel: 92%, hoch: 96%; $V = 0.13$). Statistisch signifikant ist jedoch nur der Unterschied zwischen Stimmberechtigten mit hoher Bildung gegenüber jenen mit tiefer oder mittlerer Bildung.

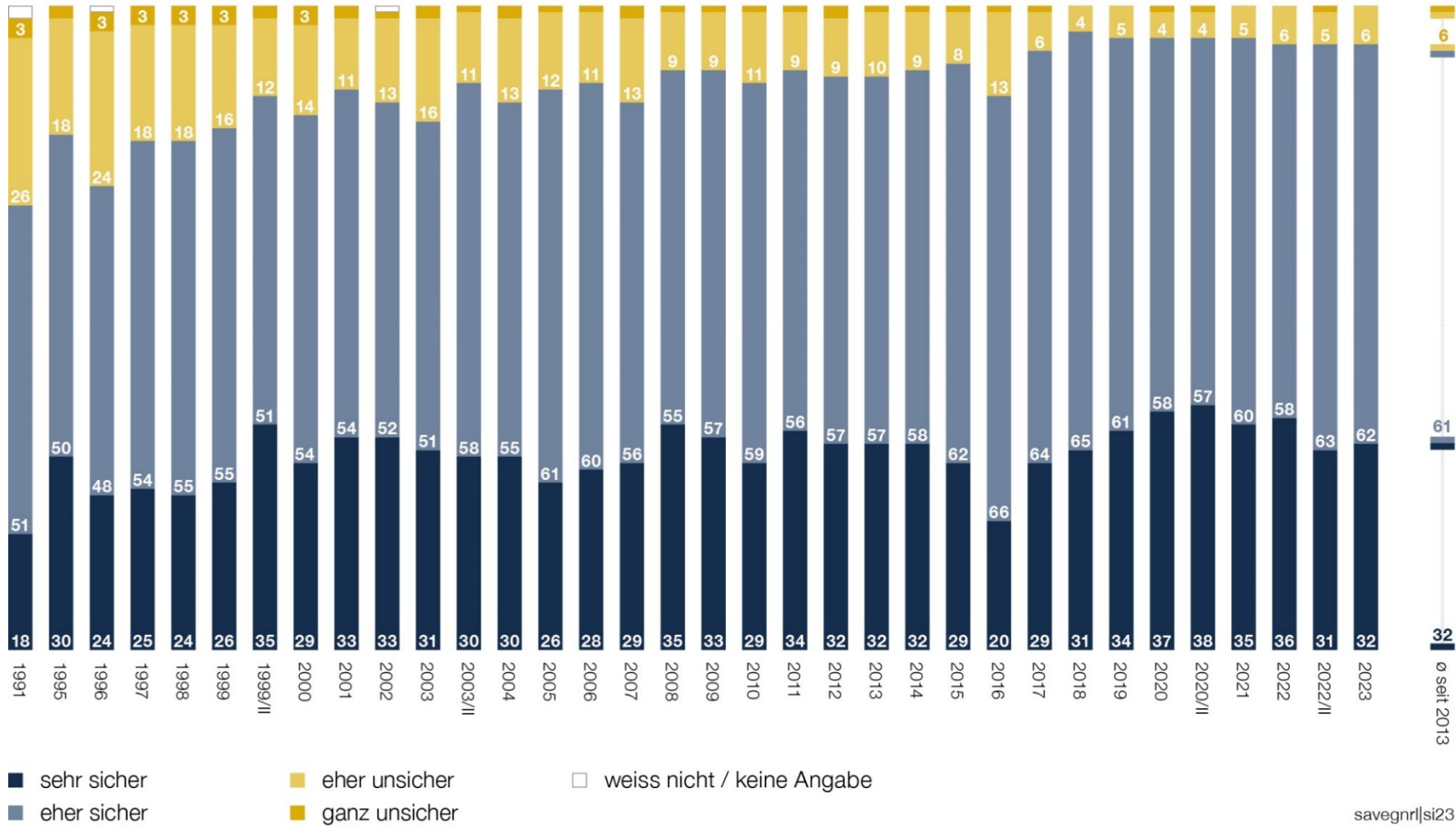
¹¹ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

¹² Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

Abbildung 1: **Allgemeines Sicherheitsempfinden**

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»

Angaben in Prozent, gerundet



2.2 Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

Im Januar 2023 blicken mit 81% statistisch signifikant weniger Schweizerinnen und Schweizer optimistisch in die Zukunft der Schweiz als noch im Januar 2022 (–5 Pp). Im Vergleich zum Juni 2022 ist der Wert unverändert (+3 Pp, siehe Abbildung 2). Insgesamt sind 7% «sehr optimistisch» eingestellt, was dem Wert von Juni 2022 (± 0 Pp) entspricht und etwas unter dem Wert von Januar 2022 (–3 Pp) liegt. Der Anteil der «eher optimistisch» eingestellten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist mit 74% ähnlich hoch wie im Januar 2022 (–2 Pp), jedoch wieder höher als noch im Juni 2022 (+3 Pp). Entsprechend zugenommen hat im Vergleich zur Januar-Befragung 2022 der Anteil an Personen, welche die Zukunft der Schweiz «eher pessimistisch» betrachten (18%, +6 Pp). Dieser Wert ist jedoch ähnlich hoch als noch im Juni 2022 (–2 Pp). Der Anteil an Stimmberechtigten, welche die Zukunft der Schweiz als «sehr pessimistisch» sehen, ist mit 1% seit Januar 2022 konstant (± 0 Pp) und erfuhr auch seit Juni 2022 keine substantielle Veränderung (–1 Pp).

Folglich hat sich der Schweiz-Optimismus der Befragten, welcher nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine (24.02.2022) im Juni 2022 merklich sank, wieder etwas erholt. Er ist aber im Vergleich mit den letzten zehn Jahren immer noch leicht unter dem Durchschnitt ($\emptyset$ 2013 – 2023: 83%).

Soziodemografische Einflüsse:

Es lassen sich bei den Zukunftsaussichten der nahen Zukunft für die Schweiz kaum direkte Unterschiede aufgrund soziodemografischer Eigenschaften erkennen. Einzig beim Bildungsniveau erweisen sich Personen mit höherer Bildung vermehrt optimistisch (tief: 66%, mittel: 77%, hoch: 85%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des zweiten Kapitels:¹³

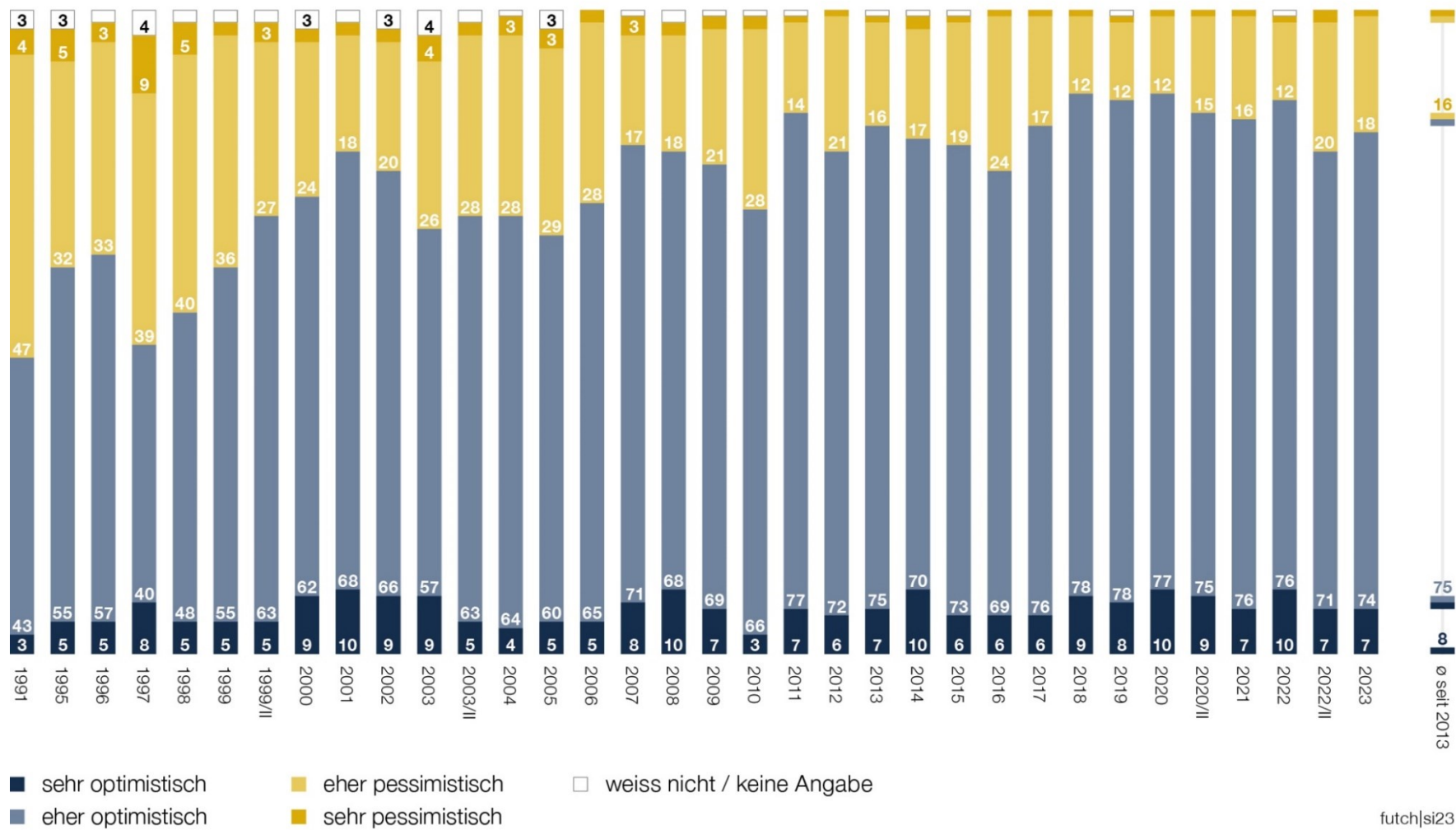
Je sicherer sich eine Person im Allgemeinen fühlt, desto optimistischer blickt sie auf die Zukunft der Schweiz ($V = 0.27$).

¹³ Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 2: **Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz**

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»

Angaben in Prozent, gerundet



2.3 Einschätzung der weltpolitischen Lage

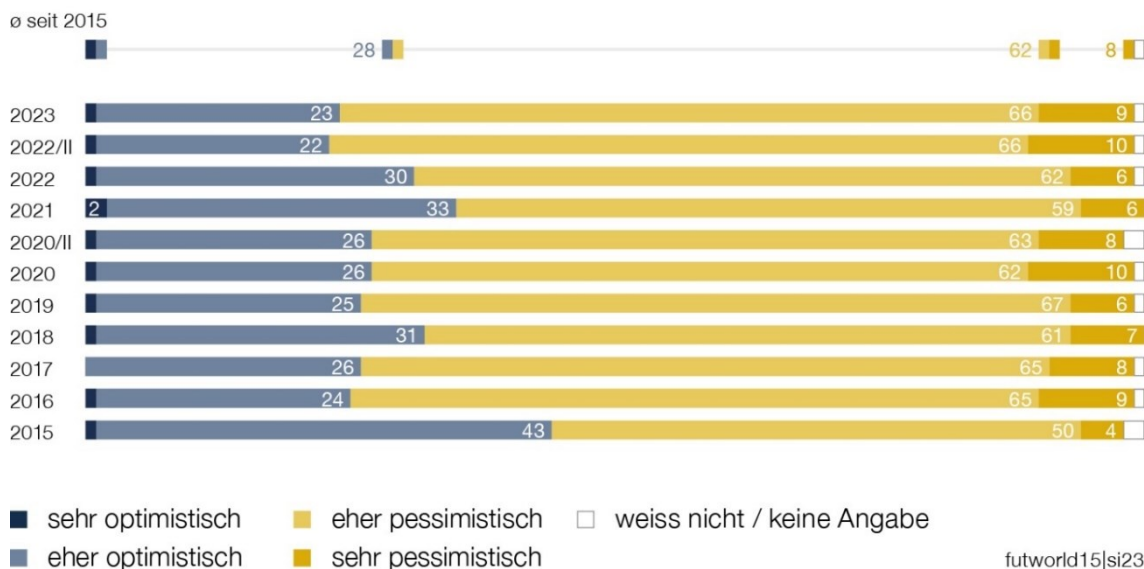
Die weltpolitische Lage wird deutlich und signifikant weniger optimistisch eingeschätzt als im Januar 2022 (siehe Abbildung 3). 24% (–7 Pp) äussern sich für die nächsten fünf Jahre optimistisch. Dieser Wert ist damit ähnlich hoch wie im Juni 2022 (+1 Pp). Genau genommen sind 1% «sehr optimistisch», was den Werten aus der Januar-Befragung 2022 (± 0 Pp) und jener von Juni 2022 (± 0 Pp) entspricht, und 23% «eher optimistisch», welcher ebenfalls dem Wert von Juni 2022 ähnelt (+1 Pp) aber deutlich unter dem Wert von Januar 2022 liegt (–7 Pp). Parallel dazu hat sich der Anteil an Stimmberechtigten, welche die weltpolitische Lage pessimistisch einschätzen, seit Januar 2022 erhöht (66% «eher pessimistisch», +4 Pp; 9% «sehr pessimistisch» +3 Pp) und verharrt seit Juni 2022 auf dem gleichen Niveau.

Die Frage nach der Einschätzung der zukünftigen weltpolitischen Lage wird in der Studienreihe «Sicherheit» seit dem Jahr 2015 gestellt. Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 war der Weltoptimismus (Juni 2022, Januar 2023) so tief wie noch nie.

Abbildung 3: **Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage**

«Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?»

Angaben in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Es lassen sich keine Unterschiede aufgrund soziodemografischer Eigenschaften erkennen.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des zweiten Kapitels:

Personen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch sehen, sind auch hinsichtlich der zukünftigen weltpolitischen Lage optimistischer ($V = 0.31$). Zusätzlich sehen Befragte, welche sich im Allgemeinen sicher fühlen, die weltpolitische Lage ebenfalls optimistischer ($V = 0.18$).

2.4 Bedrohungen aus Sicht der Bevölkerung

Im Januar 2023 wurde im Rahmen der «Studie Sicherheit» erstmals eine offene Frage zum Thema Bedrohungen gestellt. Konkret wurden die Stimmberechtigten nach den aktuell drei grössten Bedrohungen für die Schweiz gefragt, wobei insgesamt 65 verschiedene Bedrohungen genannt wurden bei total 3192 Nennungen. Die offenen Nennungen wurden den drei Bereichen Natur, Technik und Gesellschaft¹⁴ zugeordnet, welche in verschiedene thematisch einheitliche Kategorien eingeteilt wurden (siehe Tabelle 2). Im Folgenden wird kurz auf die drei am meisten erwähnten Themen eingegangen, welche deutlich öfters genannt wurden als alle anderen. Für eine detailliertere Analyse wird auf die Buchpublikation der Studie «Sicherheit 2023» verwiesen, welche Ende Juni 2023 erscheint.

Tabelle 2: **Meistgenannte Bedrohungen für die Schweiz**

Bedrohung	Genannt von
1. Kriege und Konflikte	41.8%
2. Zerstörung der Natur	33.8%
3. Finanz- und Wirtschaftskrisen	31.3%
4. Energiekrise	14.5%
5. Migration	11.3%
6. Politische Grosswetterlage	9.9%
7. Radikalismus und Polarisierung	9.0%
8. Epidemien und Pandemien	8.2%
9. Souveränitätsverlust der Schweiz	7.9%
9. Cyber-Bedrohungen	7.9%
11. Staaten und Staatsoberhäupter	7.2%
12. Politikverdrossenheit	6.8%
13. Gewalt und Kriminalität	6.7%
14. Abschottung	6.6%
15. Soziale Ungleichheit	6.1%
16. Güter- und Lieferknappheit	5.5%
17. Arbeitsmarktprobleme	4.7%
18. Gesundheitskosten und -wesen	4.6%
18. Kulturwandel	4.6%
20. Mensch und Gesellschaft	4.3%
21. Sozialwerke	3.8%
22. Überbevölkerung	3.6%
23. Autokratisierung	2.8%
24. Fake News und Medialisierung	2.7%
25. Naturkatastrophen	2.3%
26. Kritische Infrastruktur	1.1%
Andere gültige Antworten	1.2%
Ungültige Antworten	2.7%

¹⁴ Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2019). Katalog der Gefährdungen. Katastrophen und Notlagen Schweiz. 2. Auflage. BABS, Bern.

Am häufigsten werden «Kriege und Konflikte» als Bedrohungen für die Schweiz genannt. Rund 42% der Stimmberechtigten nennen eine Bedrohung, welche sich unter dieser Kategorie zusammenfassen lässt. Diese umfasst sowohl direkte militärische Bedrohungen für die Schweiz, als auch die Folgen, die fernere Kriege auf die Schweiz haben könnten. Neben sehr allgemeinen Nennungen ist der Ukraine-Krieg das meistgenannte Unterthema, aber auch der Einsatz von Atomwaffen wird regelmässig genannt.

Auf Platz zwei liegt das Thema «Zerstörung der Natur», welches von rund 34% der Befragten genannt wird. Der Klimawandel und seine direkten oder indirekten Folgen werden dabei am meisten genannt, jedoch finden sich auch andere Formen der Naturzerstörung unter den Antworten. Auf Platz drei landet die Bedrohung durch eine «Finanz- oder Wirtschaftskrise», welche von etwa 31% der Schweizerinnen und Schweizer genannt wird. Neben den beiden namensgebenden Subkategorien wird auch Inflation häufig genannt. Die Prominenz dieses Themas kann zu einem Grossteil auf den Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft sowie auf die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie zurückgeführt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Krieg in der Ukraine die Bedrohungswahrnehmung der Schweizer Stimmberechtigten massgebend beeinflusst. Unter den fünf meistgenannten Bedrohungen finden sich insgesamt vier Themen, welche mit Kriegen in Verbindung gebracht werden können. Neben «Kriegen und Konflikten» sind dies «Finanz- und Wirtschaftskrisen», die «Energiekrise» und «Migration». Unabhängig davon ist die Klimakrise ebenfalls noch immer präsent, was sich durch das Thema «Zerstörung der Natur» auf Platz zwei zeigt.

3 Vertrauen in öffentliche Institutionen, Behörden und ausgewählte Staaten

Im Folgenden wird zuerst das Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden (Standardfragen der Studienreihe «Sicherheit») und anschliessend das Vertrauen in ausgewählte Staaten (Fokusthema der Studie «Sicherheit» 2023) beschrieben. In diesem zweiten Teil wird auch auf die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in öffentliche Institutionen, Behörden und den ausgewählten Staaten eingegangen.

3.1 Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden

Im Januar 2023 setzt sich das hohe Vertrauen in die erfragten Behörden und Institutionen fort (2023: 6.9, +0.1 im Vergleich zur Hauptbefragung im Januar 2022 und +0.2 im Vergleich zur Nachbefragung im Juni 2022; siehe Tabelle 3).¹⁵ Das Vertrauen in die politischen Parteien ist sowohl gegenüber der Befragung im Januar 2022 als auch gegenüber der Befragung im Juni 2022 gestiegen (5.7, +0.2 im Vergleich zu Januar 2022; +0.1 im Vergleich zu Juni 2022). Schweizerinnen und Schweizer vertrauen auch den Gerichten (7.6, +0.2) und der Wissenschaft (7.8, +0.1) im Vergleich zur Befragung im Juni 2022 mehr. Trotz diesen Veränderungen beim Vertrauen bleibt die Rangfolge der Institutionen und Behörden geordnet nach der Höhe in Bezug auf deren Vertrauenswerte unverändert.

Am meisten wird der Polizei (7.9, ± 0) und der Wissenschaft (7.8, ± 0) vertraut. Es folgen die Gerichte (7.6, ± 0) und der Bundesrat (7.3, ± 0), wobei beide Institutionen im mehrjährigen Vergleich ein deutlich überdurchschnittliches Vertrauen geniessen. In der Mitte der Vertrauensrangliste befindet sich die Schweizer Wirtschaft (7.0, ± 0), das eidgenössische Parlament (6.9, +0.1) und die Armee (6.8, +0.1). Von den erfragten Behörden und Institutionen erhalten die politischen Parteien (5.7, +0.2) und die Medien (5.6, +0.1) die geringsten Vertrauenswerte. Es bleibt anzumerken, dass das Vertrauen in die politischen Parteien deutlich über dem langjährigen Schnitt liegt.

Soziodemografische Einflüsse:¹⁶

Das Vertrauen in die **Polizei** ist bei Personen aus dem linken politischen Spektrum weniger stark ausgeprägt als bei Personen aus der Mitte oder der politisch rechten Seite (links: 7.5, Mitte: 7.9, rechts: 8.1; $V^{17} = 0.15$).

Die politisch links orientierten Befragten vertrauen der **Wissenschaft** am meisten. Ihr Vertrauen liegt über dem Vertrauen in die Wissenschaft im Vergleich zu Personen aus der politischen Mitte oder rechts Stehenden (links: 8.2, Mitte: 7.7, rechts: 7.7; $V = 0.13$).

¹⁵ Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») erhoben wurden.

¹⁶ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

¹⁷ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

Tabelle 3: Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 2007 bis 2023

Institutionen-Vertrauensindex (VI): gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10
(1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen», Institutionen absteigend sortiert nach Höhe des mittleren Vertrauens)

	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20_II	'21	'22	'22_II	'23	SD	Δ 22/23	Δ MV	Ø 07–23	Δ 07-22_II/23
Polizei	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	7.5	7.7	7.9	7.9	7.9	8.0	7.9	7.8	7.9	7.9	7.8	7.9	1.6	0.0	1.0	7.6	0.3
Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.6	7.6	7.6	7.7	7.8	7.8	7.7	7.8	1.6	0.0	0.9	7.7	0.1
Gerichte allgemein	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	7.0	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.6	7.6	7.4	7.6	1.6	0.0	0.7	7.2	0.4
Bundesrat	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	6.7	7.0	7.0	7.1	7.0	7.1	7.1	7.6	7.3	7.3	7.3	7.3	1.8	0.0	0.4	6.9	0.4
Schweizer Wirtschaft	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.6	6.9	6.8	6.7	6.8	6.9	7.0	6.9	7.0	6.9	7.0	6.9	7.0	1.6	0.0	0.1	6.8	0.2
Eidg. Parlament	6.2	6.2	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.4	6.7	6.8	7.1	6.9	6.8	6.8	6.9	1.7	+0.1	0.0	6.5	0.4
Armee	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	6.4	6.5	6.7	6.8	6.6	6.6	6.7	6.8	6.8	6.7	6.7	6.8	2.1	+0.1	-0.1	6.5	0.3
Politische Parteien	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	5.4	5.3	5.3	5.5	5.4	5.6	5.4	5.5	5.6	5.5	5.6	5.7	1.8	+0.2*	-1.2	5.3	0.4
Medien	5.1	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	5.2	5.3	5.1	5.5	5.7	5.8	5.4	5.4	5.5	5.4	5.5	5.6	2.0	+0.2	-1.3	5.3	0.3
Mittleres Vertrauen (MV)	6.3	6.3	6.0	6.1	6.0	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	6.7	6.8	6.8	6.8	6.7	6.9	1.2	+0.1	-	6.5	0.4

- * signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit
- SD Standardabweichung
- MV Mittleres Vertrauen (ohne Wissenschaft)
- Δ Differenz
- Ø Durchschnitt

Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie ist das Vertrauen in die Wissenschaft vor allem bei politisch links Stehenden gestiegen, während es bei den beiden anderen politischen Lagern mehrheitlich stabil geblieben ist. Ein grösseres Vertrauen in die Wissenschaft zeigt sich regelmässig auch bei Personen mit hoher Bildung (tief: 7.6, mittel: 7.5, hoch: 8.1; $V = 0.18$) und bei Männern (Männer: 8.0, Frauen: 7.7; $V = 0.15$).

Seit jeher zeigt sich, dass das Vertrauen in die **Gerichte** in Abhängigkeit von der Bildung variiert, wobei bei Schweizerinnen und Schweizern mit höherer Bildung das Vertrauen stärker ausfällt (tief: 7.5, mittel: 7.3, hoch: 7.9; $V = 0.16$). Auch Männer vertrauen aktuell den Gerichten etwas mehr (Männer: 7.8, Frauen: 7.5; $V = 0.15$). Im langjährigen Vergleich ist das Vertrauen in die Gerichte bei Befragten aus dem rechten politischen Spektrum besonders deutlich gestiegen. So weisen in diesem Jahr einzig Personen aus der politischen Mitte ein tieferes Vertrauen auf (links: 7.8, Mitte: 7.4, rechts: 7.7; $V = 0.13$).

Im mehrjährigen Vergleich zeigt sich, dass das Vertrauen in den **Bundesrat** bei Schweizerinnen und Schweizern mit höherer Bildung grösser ist als bei Personen mit tieferer Bildung. In den Messungen seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie verlor dieser Unterschied an Bedeutung. Doch in diesem Jahr zeigt sich erneut, wie Stimmberechtigte mit einer hohen Bildung dem Bundesrat ein überdurchschnittliches Vertrauen entgegenbringen (tief: 7.3, mittel: 7.1, hoch: 7.5; $V = 0.12$). Ältere Personen vertrauen dem Bundesrat mehr als jüngere (18–34-Jährige: 7.1, 35–49-Jährige: 7.3, 50–64-Jährige: 7.3, ab 65-Jährige: 7.5; $V = 0.12$). Keine Unterschiede zeigen sich in diesem Jahr beim Vertrauen in den Bundesrat aufgrund der politischen Orientierung. Wiederholt zeigt sich der Befund, dass das Vertrauen in das **eidgenössische Parlament** in der Deutschschweiz geringer ist als in der Romandie. Dies ist auch in diesem Jahr der Fall (D-CH: 6.8, F-CH: 7.1; $V = 0.13$).

Das Vertrauen in die **Schweizer Wirtschaft** steigt gemäss der politischen Orientierung einer Person von links nach rechts (links: 6.5, Mitte: 7.1, rechts: 7.4; $V = 0.19$). Dieser Unterschied aufgrund der politischen Orientierung zeigt sich kontinuierlich seit Beginn der Messreihe. Genauso konstant sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, wobei Männer ein höheres Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft haben (Männer: 7.3, Frauen: 6.8; $V = 0.19$).

Grosse Unterschiede beim Vertrauen in die **Armee** ergeben sich seit Messbeginn aufgrund der politischen Orientierung der Stimmberechtigten. Befragte aus dem linken politischen Spektrum vertrauen der Armee deutlich seltener, während das Vertrauen im rechten politischen Lager am höchsten ausfällt (links: 5.8, Mitte: 7.0, rechts: 7.3; $V = 0.25$). Ältere Personen vertrauen der Armee mehr als jüngere (18–34-Jährige: 6.4, 35–49-Jährige: 6.7, 50–64-Jährige: 6.9, ab 65-Jährige: 7.0; $V = 0.12$). Die Altersunterschiede beim Vertrauen in die Armee sind in den vergangenen Jahren jedoch deutlich geringer als noch in den 1990er Jahren.

Alle hier untersuchten Bevölkerungsgruppen vertrauen den **politischen Parteien** im gleichen Ausmass. Das Vertrauen in die **Medien** unterscheidet sich in erster Linie aufgrund der politischen Orientierung der Befragten. Am tiefsten liegt das Vertrauen bei politisch rechts eingestellten Personen. Am höchsten ist es bei politisch links orientierten Stimmberechtigten (links: 6.1, Mitte: 5.5, rechts: 5.3; $V = 0.16$). Diese Unterschiede sind seit der COVID-19-Pandemie besonders deutlich zu erkennen. Bei den Altersgruppen zeigt sich besonders bei den ab 65-Jährigen ein überdurchschnittliches Vertrauen in die Medien (bis 64-Jährige: 5.5, ab 65-Jährige: 5.7; $V = 0.12$). Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen ist seit den vergangenen 10 Jahren zu beobachten.

3.2 Vertrauen in ausgewählte Staaten

Nach dem Jahr 2019 wird in der Studie «Sicherheit 2023» aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage erneut nach dem Vertrauen in ausgewählte Staaten gefragt. Als Vertreter des UNO-Sicherheitsrates stehen die ständigen Mitglieder China, Frankreich, Grossbritannien, Russland und die USA im Fokus. Aufgrund der geografischen Nähe wird zudem das Vertrauen in die Nachbarländer Deutschland, Italien und Österreich (jedoch ohne Liechtenstein) erfragt. Ebenfalls wird das Vertrauen in die Staaten Iran und Nordkorea, welche sicherheitspolitisch seit mehreren Jahren wiederholt im Brennpunkt stehen, gemessen. Schliesslich interessiert in diesem Jahr aufgrund des Angriffskrieges Russlands, wie stark Schweizerinnen und Schweizer der Ukraine vertrauen. Dabei handelt es sich um eine selektive Auswahl von Staaten.

Unverändert gegenüber 2019 wird mit einem Anteil von 95% (+3 Pp) Österreich am meisten vertraut (siehe Abbildung 4). An zweiter Stelle liegt mit 88% (–4 Pp) nach wie vor Deutschland, obwohl das Vertrauen in das nördliche Nachbarland gegenüber 2019 leicht gesunken ist. Neu mit einem Vertrauensanteil von 84% (+11 Pp) liegt Frankreich an dritter Stelle, während Grossbritannien – neu auf dem vierten Rang – gegenüber 2019 an Vertrauen eingebüsst hat (75%, –9 Pp). Einen Vertrauenszuwachs erfährt Italien, das mit einem Anteil von 70% (+12 Pp) jedoch nach wie vor an fünfter Stelle liegt. Im Vergleich zum Jahr 2019 vertraut ebenfalls ein deutlich grösserer Anteil an Personen aktuell den USA. Mit 51% (+23 Pp) liegen die USA in der Mitte der Vertrauensrangliste. Gleichauf liegt das Vertrauen in die Ukraine, welcher 52% der Befragten vertrauen. Auf den Rängen der Staaten mit tiefem Vertrauen folgt China mit einem Anteil von 10% (–12 Pp). Dies entspricht einem deutlichen Vertrauensverlust gegenüber 2019. Neu wird Russland (4%, –12 Pp) gleich häufig vertraut wie dem Iran (5%, –5 Pp) und Nordkorea (3%, –3 Pp).

Beim Vertrauen in die ausgewählten Staaten zeigen sich gegenüber 2019 insgesamt zahlreiche Veränderungen. Es ist zu vermuten, dass in vielen Fällen die Wahrnehmung innenpolitischer Entwicklungen entscheidend war, wie etwa der Regierungswechsel des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump zu US-Präsident Joseph Biden im Falle der USA. Ein übergeordneter Trend zeigt sich jedoch im deutlichen Vertrauensverlust gegenüber autokratisch regierten Staaten (China, Iran, Nordkorea, Russland). Diese Staaten, denen Schweizerinnen und Schweizern deutlich misstrauen, haben gemeinsam, dass deren Regierungsform am meisten vom politischen System der Schweiz abweicht. Aber auch der von Russland geführte Krieg gegen die Ukraine beeinflusst die Meinungsbildung der Stimmbürger.

Soziodemografische Einflüsse:

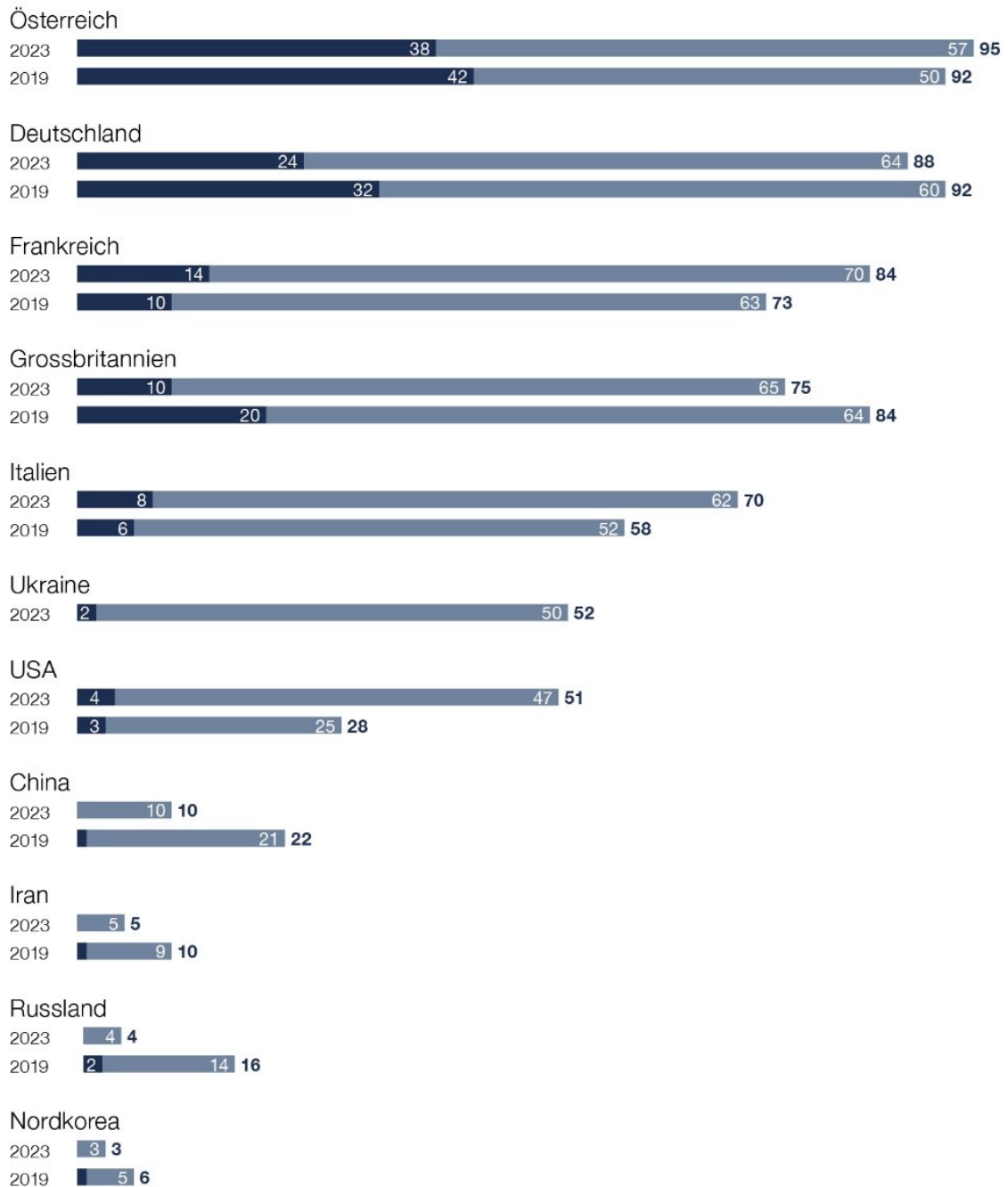
Das Vertrauen in **Österreich** liegt in der Deutschschweiz etwas höher als in der französischsprachigen Schweiz (D-CH: 96%, F-CH: 93%, Tessin: 100%; $V = 0.10$), wobei dieser Unterschied im Vergleich zu 2019 abgenommen hat. Dasselbe gilt für den Unterschied, dass Männer ein leicht höheres Vertrauen gegenüber Österreich aufweisen als Frauen (Männer: 97%, Frauen: 94%; $V = 0.12$).

Da das Vertrauen in **Deutschland** besonders bei Personen mit hoher Bildung gesunken ist, weist diese Gruppe neu nur ein leicht überdurchschnittliches Vertrauen auf (tief/mittel: 85% vs. hoch: 90%; $V = 0.10$). Das Vertrauen in Deutschland ist auch bei politisch rechts Orientierten stärker gesunken, so dass sie nun bei der politischen Orientierung das geringste Vertrauen zeigen (links/Mitte: 91% vs. rechts: 84%; $V = 0.12$).

Abbildung 4: Vertrauen in ausgewählte Staaten

«Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Staaten. Geben Sie mir bitte an, wie vertrauenswürdig Sie diese Staaten aktuell beurteilen.»

Angaben in Prozent, gerundet



■ sehr vertrauen
■ eher vertrauen

trststate|si23

Das Vertrauen in **Frankreich** ist in der französischsprachigen Schweiz geringer als in den anderen Sprachregionen (D-CH: 87%, F-CH: 74%, Tessin: 88%; $V = 0.13$). Es ist jedoch anzumerken, dass gerade in der Romandie das Vertrauen in Frankreich seit 2019 besonders deutlich zugenommen hat.

Das Vertrauen in **Grossbritannien** liegt bei älteren klar tiefer als bei jüngeren Befragten (18–34-Jährige: 83%, 35–49-Jährige: 81%, 50–64-Jährige: 72%, ab 65-Jährige: 67%; $V = 0.11$). Der Vertrauensverlust gegenüber 2019 in Grossbritannien ist bei den älteren Altersgruppen besonders ausgeprägt. Dasselbe gilt für politisch links Orientierte. Politisch rechts orientierte Befragte vertrauen Grossbritannien damit überdurchschnittlich häufig (links/Mitte: 72% vs. rechts: 81%; $V = 0.11$).

Das Vertrauen in **Italien** steht aktuell in Zusammenhang mit dem Bildungsniveau. Personen mit einer hohen Bildung weisen ein geringeres Vertrauen auf (tief/mittel: 76% vs. hoch: 65%; $V = 0.13$). Bei der politischen Orientierung zeigt sich, dass das Vertrauen in Italien von politisch rechts Orientierten doppelt so stark angestiegen ist wie dasjenige bei politisch links orientierten Stimmberechtigten. Damit liegt das Vertrauen im linken Lager deutlich tiefer als bei der politischen Mitte oder im rechten Lager (links: 62% vs. Mitte/rechts: 74%; $V = 0.13$). Auffällig ist noch, wie das Vertrauen in Italien im Vergleich zu 2019 besonders in der Altersgruppe der ab 65-Jährigen zugenommen hat, sodass sich der 2019 noch gemessene Unterschied im Vertrauen in Italien abhängig vom Alter bei der Umfrage 2023 nicht mehr zeigte.

Eine Mehrheit von 62% der politischen Linken vertraut der **Ukraine**. Somit vertrauen Personen mit linker politischer Orientierung aktuell der Ukraine gleich häufig wie Italien. Die politische Mitte, sowie das rechte politische Lager, zeigen sich hinsichtlich des Vertrauens in die Ukraine gespalten, da jeweils nur rund die Hälfte der Ukraine ihr Vertrauen ausspricht (links: 62%, Mitte: 51%, rechts: 48%; $V = 0.13$). Das Vertrauen in die Ukraine ist weniger stark ausgeprägt bei Schweizerinnen und Schweizern mit mittlerer Bildung, insbesondere im Vergleich zu jenen mit hoher Bildung (tief: 55%, mittel: 47%, hoch: 57%; $V = 0.11$). Auffällig ist zudem, wie ab 65-Jährige der Ukraine im Vergleich zu jüngeren Personen überdurchschnittlich oft vertrauen (bis 64-Jährige: 50%, ab 65-Jährige: 62%; $V = 0.14$).

Das Vertrauen in die **USA** steht – anders als 2019 – stark mit dem Alter in Zusammenhang. Den USA vertraut nach wie vor nur eine Minderheit der 18–34-Jährigen, während eine klare Mehrheit der Personen ab 65 Jahren den Vereinigten Staaten vertraut. (18–34-Jährige: 41%, 35–49-Jährige: 45%, 50–64-Jährige: 52%, ab 65-Jährige: 64%; $V = 0.11$). Das Vertrauen ist somit besonders in der ältesten Bevölkerungsgruppe gestiegen. Deutlich ist auch ein Geschlechterunterschied festzustellen. Frauen vertrauen den USA – analog zum Jahr 2019 – weniger oft als dies Männer tun (Männer: 58%, Frauen: 45%; $V = 0.16$). Die Differenz aufgrund des Geschlechts ist jedoch weniger stark ausgeprägt wie noch vor vier Jahren. Das Vertrauen in die USA ist in allen politischen Lagern gestiegen, jedoch überdurchschnittlich stark bei der politischen Mitte und links davon (rechts: +15 Pp, Mitte: +32 Pp, links: +25 Pp). Es zeigen sich im Unterschied zu 2019 keine Unterschiede aufgrund der politischen Orientierung mehr.

Wie bereits im Jahr 2019 liegt das Vertrauen in **China** im Tessin über demjenigen in den anderen Sprachregionen (D-CH: 8%, F-CH: 12%, Tessin: 30%; $V = 0.10$). Der Vertrauensverlust gegenüber 2019 ist im Tessin auch weniger deutlich ausgeprägt. Männer vertrauen China häufiger als Frauen (Männer: 12%, Frauen: 9%; $V = 0.10$), sie haben jedoch im Vergleich zu 2019 deutlich mehr an Vertrauen in China eingebüsst als Frauen.

Das Vertrauen in den **Iran** ist bei allen Altersgruppen im Vergleich zum Jahr 2019 gesunken, ausser bei den 18–34-Jährigen. Somit ist bei der jüngsten Altersgruppe das Vertrauen in den Iran deutlich über dem Schnitt (18–34-Jährige: 14%, 35–49-Jährige: 4%, 50–64-Jährige: 2%, ab 65-Jährige: 3%; $V = 0.18$). Anders als 2019 zeigen sich beim Vertrauen in den Iran keine Unterschiede aufgrund des Geschlechts oder der politischen Orientierung.

Jüngere Schweizerinnen und Schweizer vertrauen **Russland** etwas mehr als Personen in den älteren Altersgruppen (18–34-Jährige: 6%, 35–49-Jährige: 5%, 50–64-Jährige: 4%, ab 65-Jährige: 2%; $V = 0.11$). Dieser Unterschied war im Jahr 2019 jedoch bedeutend grösser. Insofern ist festzuhalten, dass das Vertrauen in Russland besonders in der jüngsten Altersgruppe gesunken ist. Hingegen ist das Vertrauen in Russland im Tessin vergleichsweise nur leicht gesunken, was dazu führt, dass das Vertrauen im Südkanton in Russland noch stärker über dem schweizweiten Schnitt liegt als 2019 (D-CH: 3%, F-CH: 6%, Tessin: 18%; $V = 0.11$). Das Vertrauen in Russland ist zudem bei Männern besonders deutlich gesunken, sodass es aktuell keine Unterschiede aufgrund des Geschlechts mehr gibt.

Personen mit tiefer Bildung vertrauen **Nordkorea** eher als jene mit mittlerer oder hoher Bildung (tief: 13%, mittel: 5%, hoch: 2%; $V = 0.13$). Zudem zeigt sich, dass Befragte im Tessin aktuell Nordkorea überdurchschnittlich oft vertrauen (D-CH: 3%, F-CH: 4%, Tessin: 14%; $V = 0.11$).

Vergleicht man zusammengefasst das Vertrauen in autokratisch regierte Staaten (hier China, Iran, Russland und Nordkorea), zeigt sich, wie das Misstrauen bei Personen aus den jüngeren Altersgruppen weniger deutlich ausfällt ($V = 0.17$). Auch im Tessin wird ihnen weniger oft misstraut ($V = 0.24$). Weiter wird mit steigender Bildung autokratisch regierten Staaten mehr misstraut ($V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des dritten Kapitels:¹⁸

Es besteht teilweise ein klarer Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die einzelnen Staaten. Dies bringt generell zum Ausdruck, dass Befragte, welche einem bestimmten Staat vertrauen, auch anderen Staaten mehr vertrauen (bzw. misstrauen). Beispielsweise existiert ein generalisiertes Vertrauen in die Nachbarländer der Schweiz (z.B. wer Österreich vertraut, vertraut auch Deutschland, $V = 0.37$; oder wer Frankreich vertraut, vertraut auch Italien, $V = 0.33$). Dieses übereinstimmende Vertrauen in die benachbarten Staaten der Schweiz war 2019 weniger stark ausgeprägt. Eine Ausnahme besteht beim Vertrauen in Deutschland und Italien, da Schweizerinnen und Schweizer, welche Deutschland stärker vertrauen, nicht zwingend auch mehr Vertrauen in Italien haben, und umgekehrt. Hingegen korreliert das Vertrauen in Italien mit dem Vertrauen in Grossbritannien deutlich ($V = 0.30$). Auch zeigt sich ein erhöhter Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Grossbritannien und in die USA ($V = 0.24$).

Ein klarer Zusammenhang besteht beim Vertrauen in die Ukraine und in die USA ($V = 0.25$). Das Vertrauen in die Ukraine steht dabei nur mit dem Vertrauen in die USA in direktem positivem Zusammenhang. Beim Vertrauen in Russland zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer, welche Russland mehr vertrauen, ein tieferes Vertrauen in Deutschland ($V = 0.14$) und in die USA ($V = 0.13$) haben. Dieser Zusammenhang gilt auch umgekehrt, da Personen, die Deutschland und den USA mehr vertrauen, ein deutlicheres

¹⁸ Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanzhaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Misstrauen gegenüber Russland kundtun. Besonders hervorzuheben ist die Beziehung zwischen dem Vertrauen in die USA und Russland. Im Jahr 2019 war der Zusammenhang noch positiv, d.h. Personen, die einem der beiden Länder vertrauten, vertrauten auch eher dem anderen Land. Neu hat sich die Richtung des Zusammenhangs geändert. Dies bedeutet, dass im Jahr 2023 Schweizerinnen und Schweizer, die den USA vertrauen, eher ein Misstrauen gegenüber Russland aussprechen, und umgekehrt.

Weiter zeigt sich ein klarer Zusammenhang beim Vertrauen in die autokratisch regierten Staaten China, Iran, Russland und Nordkorea. Personen, die einem dieser Staaten vertrauen, tun dies tendenziell auch eher bei den anderen (z.B. China und Nordkorea, $V = 0.46$ oder Russland und Iran, $V = 0.25$). Eine Ausnahme bildet Nordkorea und Russland, wo kein direkter Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in das eine Land mit dem Vertrauen in das andere Land festzustellen ist.

Zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und Behörden der Schweiz und dem Vertrauen in die ausgewählten Staaten gibt es ebenfalls Zusammenhänge. Beispielsweise geht ein hohes Vertrauen in den Bundesrat einher mit einem höheren Vertrauen in Deutschland ($V = 0.31$) und in die Ukraine ($V = 0.23$). Misstraut man jedoch dem Bundesrat, so fällt das Vertrauen in Russland ($V = 0.20$) sowie allgemein in die autokratisch regierten Staaten ($V = 0.12$) überdurchschnittlich hoch aus. Vertrauen in die Medien steht tendenziell in Zusammenhang mit einem höheren Vertrauen in Deutschland ($V = 0.24$), in die Ukraine ($V = 0.21$) und in die USA ($V = 0.25$). Dieser Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Medien und demjenigen in Deutschland und in die USA ist deutlich grösser als noch vor vier Jahren. Misstraut man stattdessen den Medien, liegt das Vertrauen in Russland eher über dem Durchschnitt ($V = 0.17$). Schweizerinnen und Schweizer, die der Armee stärker vertrauen, weisen ein höheres Vertrauen in Italien ($V = 0.17$) und Grossbritannien ($V = 0.17$) auf.

4 Aussen- und Sicherheitspolitik: Öffnung versus Autonomie

Das vorliegende Kapitel befasst sich mit den Einstellungen der Schweizer Bevölkerung gegenüber aussen- und sicherheitspolitischen Fragen. Dabei werden harte und weiche Kooperationsformen sowie Formen der nationalen und militärischen Autonomie diskutiert. Aus Sicht der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellt sich die Frage: Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Wird eine umfassende politische und wirtschaftliche Autonomie der Schweiz oder eine sich politisch öffnende Schweiz, die sich verstärkt international engagiert, befürwortet?

4.1 Bindung und Annäherung an die Europäische Union

Die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) werden einerseits mit der Frage «die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken» und andererseits, ob die Schweiz der EU ohne Vorbehalte beitreten sollte, gemessen (siehe Abbildung 5).

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt

Insgesamt befürworten im Januar 2023 83% der befragten Personen eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, ohne ihr beitreten zu wollen. Damit liegt der aktuelle Wert leicht über dem Zehnjahresschnitt von 82% und ist gegenüber Januar 2022 statistisch unverändert (± 0 Prozentpunkte; Pp).

Soziodemografische Einflüsse:¹⁹

Einzig bei den politischen Positionen zeigen sich relevante Unterschiede. Befragte ganz links auf dem politischen Spektrum befürworten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt signifikant weniger stark (ganz links: 60% eher links: 83% in der Mitte: 84% eher rechts: 88% ganz rechts: 84%; $V^{20} = 0.12$). Bei den restlichen hier untersuchten soziodemografischen Merkmalen zeigen sich keine Unterschiede. Es zeigt sich somit eine grosse Einigkeit zwischen den einzelnen Gruppen hinsichtlich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt seitens der Schweiz.

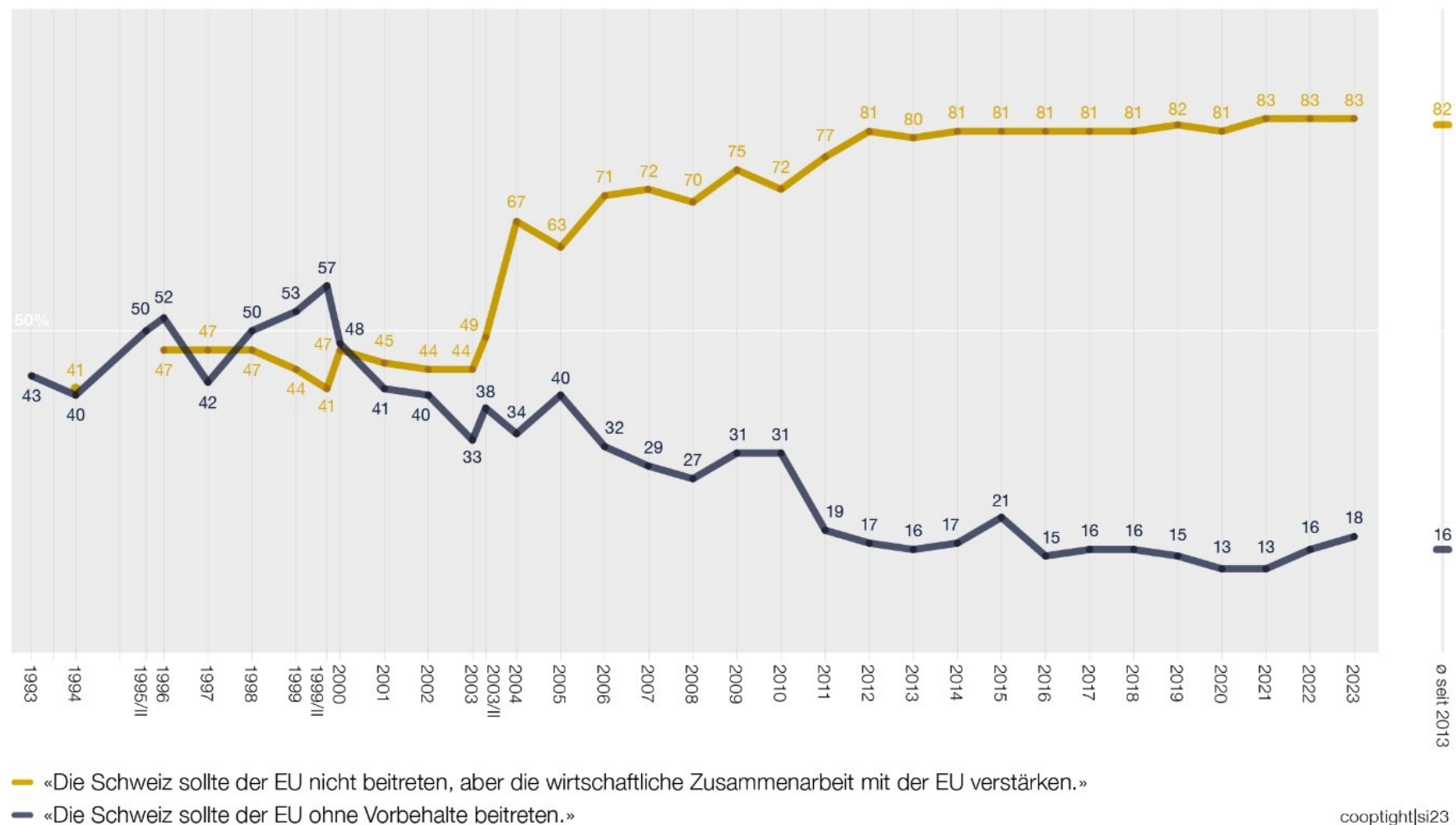
¹⁹ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

²⁰ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

Abbildung 5: Europäische Integration

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



cooptight|si23

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:²¹

Stimmberechtigte, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne einen Beitritt befürworten, stehen zwar einem EU-Beitritt eher ablehnend gegenüber ($V = 0.22$), sprechen sich aber tendenziell eher für eine NATO-Annäherung ($V = 0.12$) aus.

Vorbehaltloser Beitritt zur EU

Eine Minderheit von 18% der Schweizerinnen und Schweizer spricht sich im Januar 2023 für einen EU-Beitritt der Schweiz aus. Damit liegt der aktuelle Wert im Zehnjahresdurchschnitt von 16% und ist gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert (+2 Pp).

Soziodemografische Einflüsse:

Ob Schweizerinnen und Schweizer einen EU-Beitritt befürworten, wird vor allem durch die politische Einstellung und das Alter der Befragten erklärt. Befragte der Alterskategorie 65+ stimmen einem EU-Beitritt signifikant stärker zu als die anderen Altersgruppen (18–34-Jährige: 11%, 35–49-Jährige: 15%, 50–64-Jährige: 17%, ab 65-Jährige: 27%; $V = 0.12$). Je weiter politisch rechts eine Person eingestellt ist, desto stärker lehnt sie einen EU-Beitritt ab (links: 33%, Mitte: 16%, rechts: 8%; $V = 0.24$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Befragte, die einen Beitritt der Schweiz zur EU befürworten, lehnen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt vermehrt ab ($V = 0.22$). Gleichzeitig unterstützen sie eher einen NATO-Beitritt ($V = 0.26$) und möchten, dass sich die Schweiz stärker für UNO-Anliegen einsetzt ($V = 0.22$).

4.2 Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen

Bei der internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen, der sogenannten «weichen Kooperation», wird zwischen dem vermehrten Vermitteln in Konflikten und höheren Ausgaben für die Entwicklungshilfe unterschieden (siehe Abbildung 6).

Vermehrte Vermittlung in Konflikten

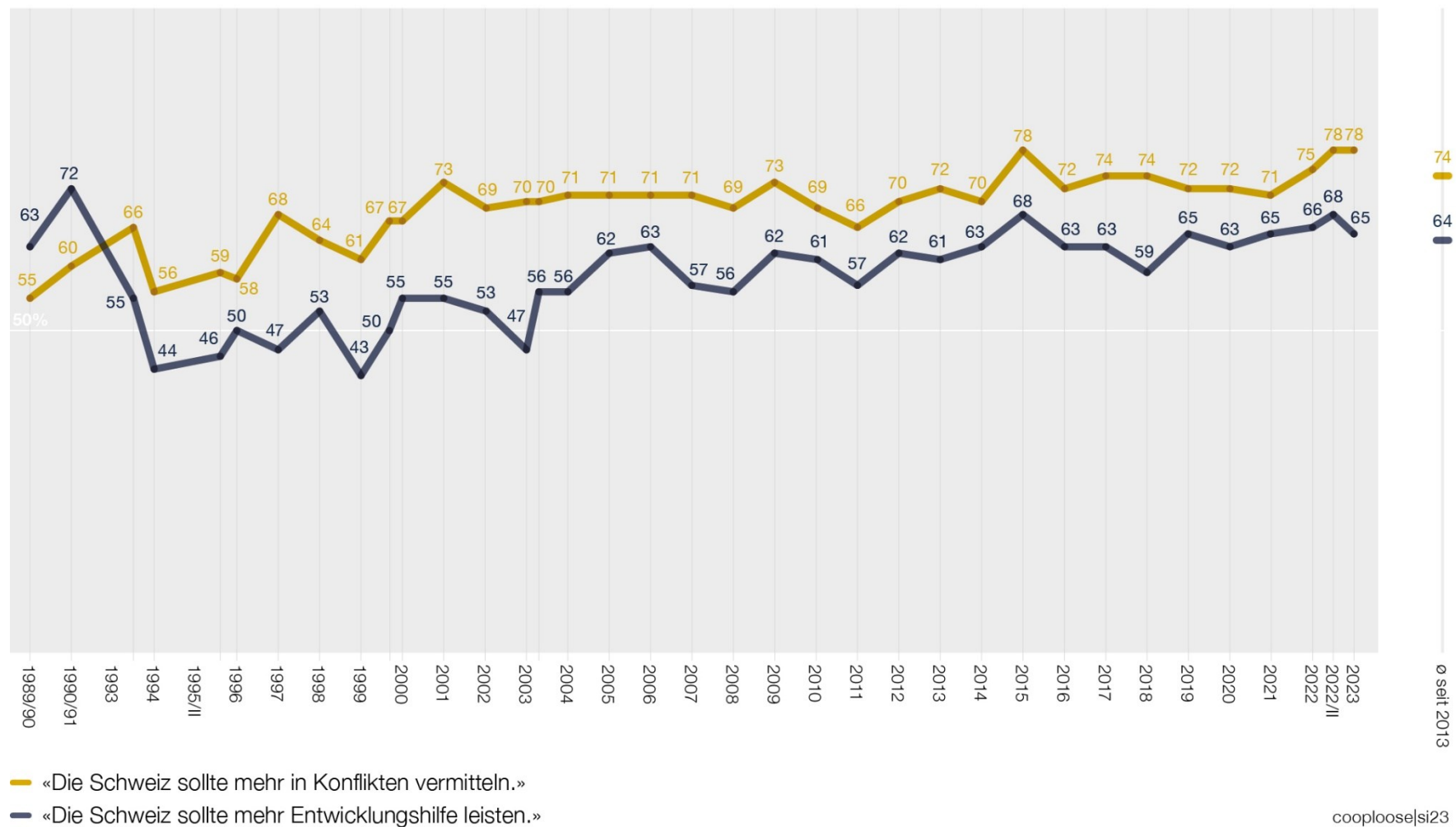
Auch im Januar 2023 wird das internationale und humanitäre Engagement ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen der Schweiz, die sogenannte «weiche Kooperation», seitens des Schweizer Elektors deutlich unterstützt. 78% der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich für eine verstärkte Vermittlung in Konflikten aus. Im Vergleich zur Erhebung im Januar 2022 (75%, +3 Pp) und der Befragung im Juni 2022 (78%, ± 0 Pp) zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede. Der 2023 gemessene Wert liegt über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre ($\emptyset$ 2013 – 2023: 74%).

²¹ Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 6: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperationen)

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Obschon Männer der Aussage, dass die Schweiz in Konflikten mehr vermitteln sollte, signifikant stärker als Frauen zustimmen (Männer: 82%, Frauen: 74%; $V = 0.11$), wird diese Ansicht von beiden Geschlechtern deutlich und mehrheitlich befürwortet. Junge lehnen eine verstärkte Konfliktvermittlung der Schweiz signifikant häufiger ab (nicht einverstanden: 18–34-Jährige: 32%, 35–49-Jährige: 23%, 50–64-Jährige: 17%, ab 65-Jährige: 15%; $V = 0.11$). Eine prominentere Rolle der Schweiz als Konfliktvermittlerin wird häufiger von Personen mit hohem Bildungsniveau (tief: 68%, mittel: 72%, hoch: 84%; $V = 0.13$) und von Befragten des politisch linken Spektrums gewünscht (links: 88%, Mitte: 76%, rechts: 74%; $V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, welche die vermehrte Vermittlung in Konflikten unterstützen, befürworten eher, dass sich die Schweiz für UNO-Anliegen einsetzt ($V = 0.28$), der UNO Schweizer UNO-Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte ($V = 0.18$) und dass die Schweiz stärker mit der EU wirtschaftlich zusammenarbeiten sollte, ohne dabei der EU beizutreten ($V = 0.10$). Gleichzeitig stehen diese Befragten der absoluten Autonomie vermehrt ablehnend gegenüber ($V = 0.19$).

Vermehrte Entwicklungshilfe

Eine Mehrheit von 65% teilt die Auffassung, dass die Schweiz verstärkt Entwicklungshilfe leisten sollte. Gegenüber Januar 2022 (66%, –1 Pp) und Juni 2022 (68%, –3 Pp) bleibt dieser Wert statistisch unverändert. Die Einstellung liegt aktuell im Zehnjahresdurchschnitt von 64%.

Soziodemografische Einflüsse:

Die politische Einstellung ist das grösste Unterscheidungsmerkmal bei der Frage nach höherer Entwicklungshilfe: Je weiter politisch links eine Person eingestellt ist, desto stärker wird dieser Auffassung zugestimmt (links: 87%, Mitte: 59%, rechts: 52%; $V = 0.26$). Traditionsgemäss wird ein Ausbau der Entwicklungshilfe in der Westschweiz stärker befürwortet als in der Deutschschweiz. Dies zeigt sich auch im Januar 2023 (F-CH: 81%, D-CH: 59%, Tessin: 73%; $V = 0.17$). Junge (18–34-Jährige: 78%, 35–49-Jährige: 63%, 50–64-Jährige: 59%, ab 65-Jährige: 60%; $V = 0.12$) als auch Stimmberechtigte mit hoher Bildung (tief: 56%, mittel: 57%, hoch: 72%; $V = 0.12$) stimmen der vermehrten Entwicklungshilfe signifikant stärker zu.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die eine verstärkte Entwicklungshilfe befürworten, unterstützen das Engagement für UNO-Anliegen ($V = 0.20$) und einen Beitritt der Schweiz zur EU ($V = 0.20$) häufiger, während sie die nationale Autonomie eher ablehnen ($V = 0.18$).

4.3 Engagement mit der UNO

Seit dem UNO-Beitritt der Schweiz 2002 ist die Stimmbevölkerung gegenüber einer verstärkten Beteiligung der Schweiz innerhalb der UNO positiv eingestellt (siehe Abbildung 7). Zwischen 2003 und 2022 wurde die Zustimmung zur UNO mit dem verstärkten Engagement für UNO-Anliegen, mit einem Sitz im UNO-Sicherheitsrat und der Bereitstellung von Schweizer UNO-Friedentruppen gemessen.²² Im Zuge des 2023 begonnenen zweijährigen Einsitzes der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied²³ wurde 2023 nicht mehr der Wunsch einer Schweizer Kandidatur für den Sicherheitsrat erhoben, da dieser Einsitz nun Wirklichkeit ist.

UNO-Anliegen

Die Zustimmung zur Ansicht, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte, liegt im Januar 2023 bei 64%. Während sich gegenüber Januar 2022 keine Veränderung zeigt (62%: +2 Pp) ist die Zustimmung 2023 im Vergleich zur Erhebung im Juni 2022 signifikant gestiegen (58%, +6 Pp). Die aktuelle Zustimmung der Schweizerinnen und Schweizer zur aktiven Kooperation mit der UNO liegt zudem im langjährigen Durchschnitt (Ø 2013 – 2023) von 62%.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Aussage, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen soll, steht in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung, dem Bildungsniveau und dem Alter. Je weiter sich Schweizerinnen und Schweizer selbst als politisch links einschätzen, desto grösser ist die Unterstützung von UNO-Anliegen (links: 79%, Mitte: 61%, rechts: 55%; $V = 0.19$). Dieses Jahr stimmen die drei politischen Lager dieser Auffassung mehrheitlich zu. Befragte mit hoher Bildung stimmen den UNO-Anliegen signifikant öfters zu (tief: 47%, mittel: 54%, hoch: 73%; $V = 0.16$). Hingegen sprechen sich 18–34-Jährige weniger klar für eine aktive Schweiz innerhalb der UNO aus (18–34-Jährige: 54%, ab 35-Jährige: 66%; $V = 0.14$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die sich für das verstärkte Engagement der Schweiz zu Gunsten von UNO-Anliegen aussprechen, befürworten stärker eine NATO-Annäherung ($V = 0.32$), Schweizer UNO-Friedenstruppen ($V = 0.29$), das vermehrte Vermitteln in Konflikten ($V = 0.28$), einen EU-Beitritt ($V = 0.22$) und höhere Entwicklungshilfe ($V = 0.21$).

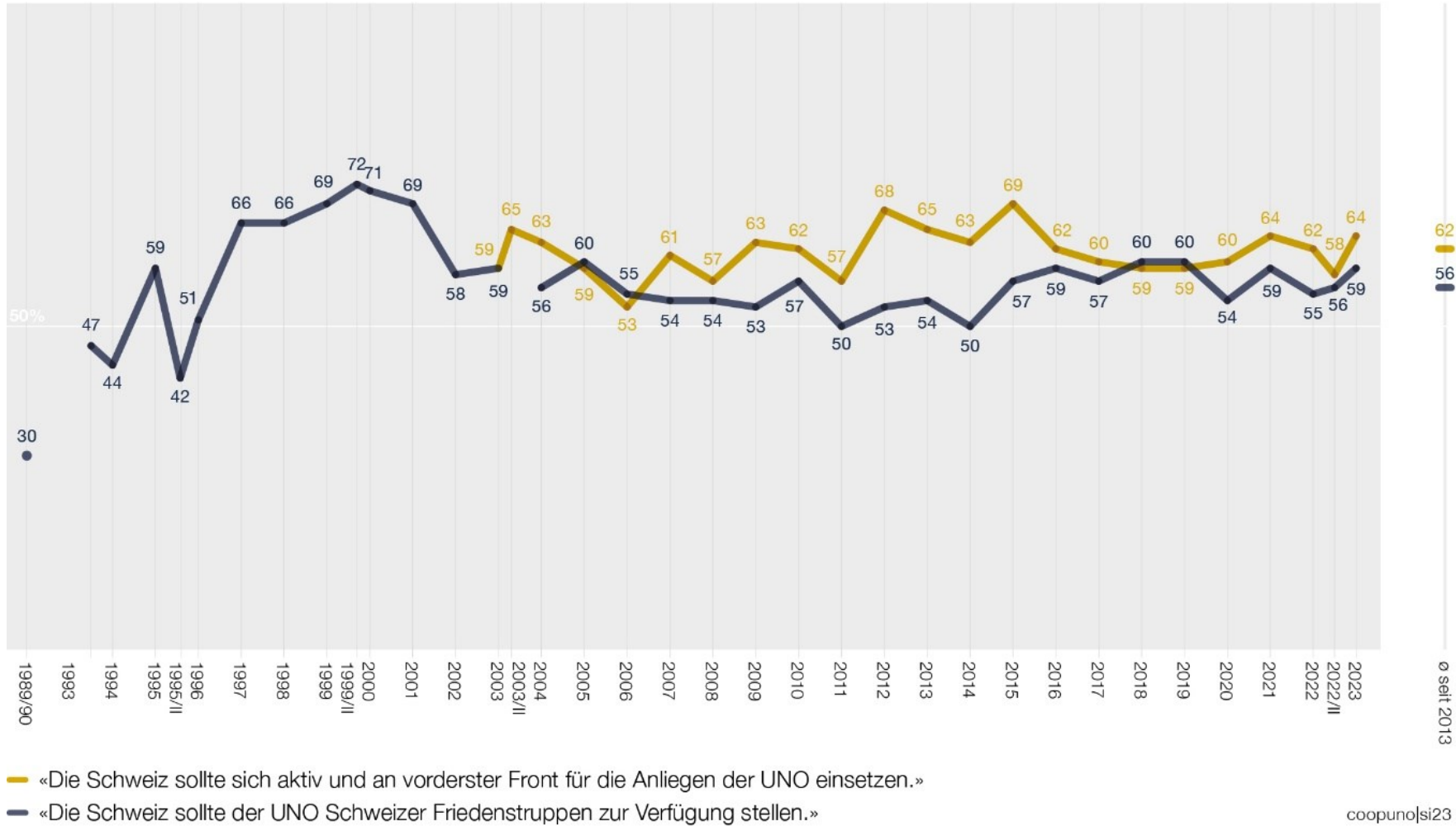
²² Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P. (2022). Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich. 04.07.2022. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/72058.pdf>. 142-151.

²³ EDA (2023). Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat. (14.02.2023). <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/vereinte-nationen/schweizer-engagement/UNO-Sicherheitsrat.html>

Abbildung 7: Einstellungen zur UNO

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Schweizer UNO-Friedenstruppen

Im Januar 2023 befürworteten insgesamt 59% der Befragten, dass die Schweiz der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte. Während von Januar 2022 (55%, +4 Pp) die Zustimmung signifikant gestiegen ist, zeigt sich zwischen der aktuellen Erhebung und der im Juni 2022 durchgeführten Befragung kein statistisch relevanter Unterschied (56%, +3 Pp). 2023 liegt die Zustimmung über dem Zehnjahresdurchschnitt von 56%.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Unterstützung für Schweizer UNO Friedenstruppen wird vor allem durch die politische Einstellung geprägt. Befragte des politisch linken Lagers befürworten diese Auffassung signifikant stärker als Personen der politischen Mitte und rechts davon (links: 68%, Mitte: 56%, rechts: 54 %; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Stimmberechtigte, welche Schweizer UNO-Friedenstruppen befürworten, stehen einer Kooperation mit der NATO (Annäherung $V = 0.27$; Beitritt $V = 0.25$), der Erhöhung der Entwicklungshilfe ($V = 0.22$) und der schweizerischen Konfliktvermittlung ($V = 0.18$) offener gegenüber.

4.4 Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der NATO

Die Bereitschaft der Schweizer Stimmbevölkerung hinsichtlich sicherheitspolitischer Allianzen mit der NATO wird zum einen durch die Einstellung gegenüber einer Annäherung und einem Beitritt zur NATO gemessen (siehe Abbildung 8).

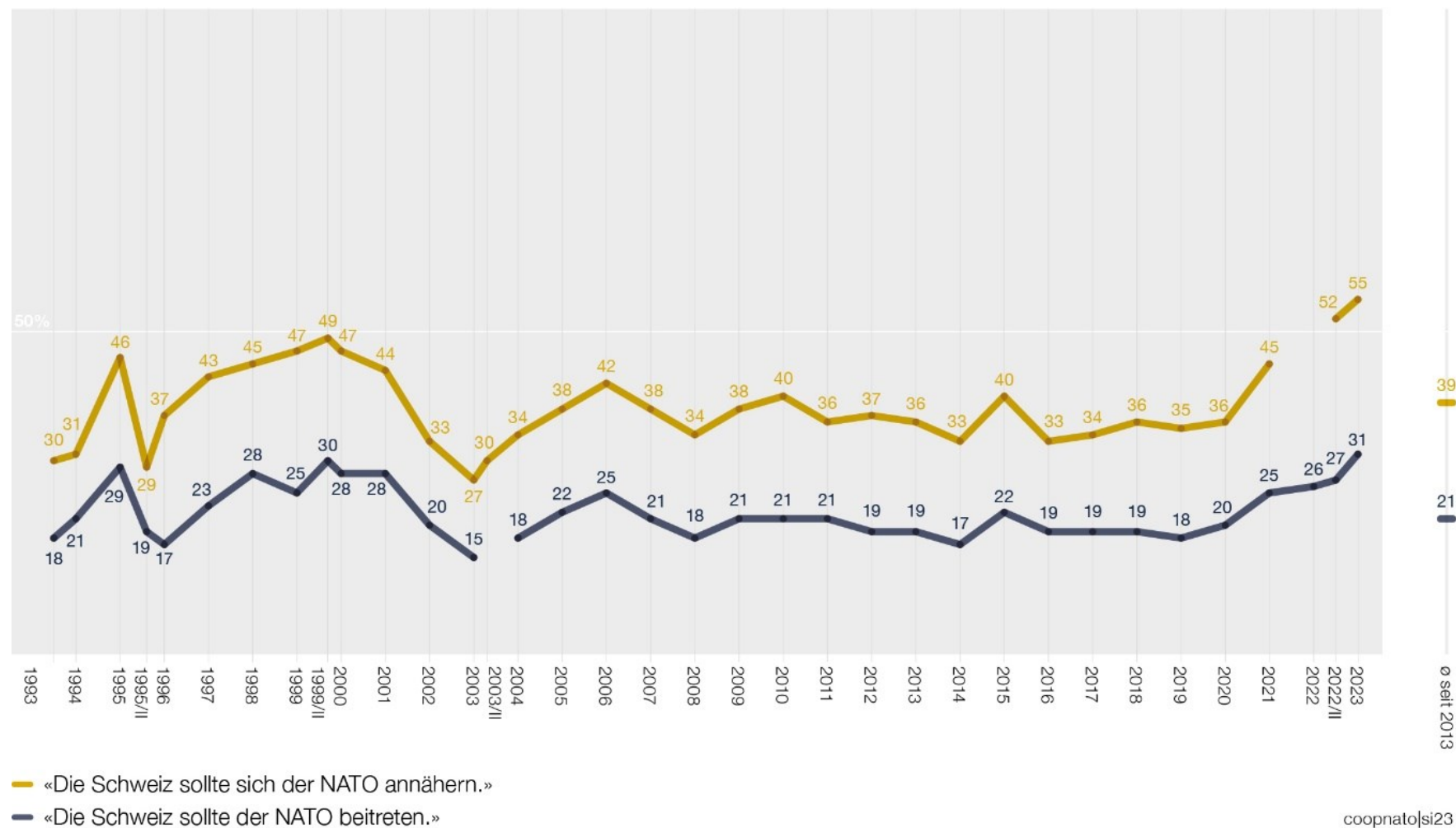
Annäherung an die NATO

Im Januar 2022 wurde infolge einer Verkürzung des Fragebogens nicht nach der NATO-Annäherung gefragt. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine steht diese Frage stark im Fokus und wurde in die Befragungen im Juni 2022 und im Januar 2023 wieder aufgenommen. Eine knappe Mehrheit von 55% unterstützt im Januar 2023 eine NATO-Annäherung der Schweiz, wobei der Begriff "Annäherung" nicht spezifisch definiert wurde. Damit wird bei der Frage nach einer NATO-Annäherung 2023 ein historischer Höchstwert gemessen. Im Vergleich zum Januar 2021 ist die Zustimmung im Januar 2023 signifikant gestiegen (45%, +10 Pp) und bleibt gegenüber der im Juni 2022 durchgeführten Befragung statistisch unverändert (52%, +3 Pp). Der aktuelle Wert liegt deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt von 39%.

Abbildung 8: Einstellungen zur NATO

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



coopnato|si23

Soziodemografische Einflüsse:

Die Zustimmung zu einer Annäherung an die NATO ist abhängig von der politischen Einstellung der Befragten. Während Personen des politisch linken Spektrums und der politischen Mitte eine NATO-Annäherung mehrheitlich befürworten, ist die Befürwortung bei Personen des politisch rechten Spektrums signifikant weniger stark ausgeprägt (links: 66%, Mitte: 56%, rechts: 50%; $V = 0.11$). Damit die in der Schweizer Politik geführte Diskussion zu einer Annäherung an die NATO besser erfasst werden kann, wird die politische Einstellung nicht nur mit einer 3-er-Skala abgebildet, sondern mit einer 5er-Skala.²⁴ Mittels der 5er-Skala der politischen Einstellung zeigt sich Folgendes: Während eine Minderheit von 39% des Spektrums «ganz rechts» eine NATO-Annäherung befürwortet, liegt die Zustimmung bei den anderen vier Kategorien im Mehrheitsbereich (ganz links: 57%, eher links: 68% Mitte: 56%, eher rechts: 55%, ganz rechts: 39%; $V = 0.12$). Es zeigt sich somit, dass das rechte politische Lager in der Schweiz bei der Frage der Annäherung zur NATO korrekterweise aufgeteilt werden sollte und die politische 3er-Skala zu kurz greift. Weiter zeigt sich, dass eine engere Kooperation mit der NATO aktuell nur in der Deutschschweiz (D-CH: 59%, F-CH/Tessin: 46%; $V = 0.12$) und von Personen mit hoher Bildung mehrheitlich unterstützt wird (tief/mittel: 50%, hoch: 60%; $V = 0.11$)

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Am auffälligsten und am stärksten ist der Zusammenhang zwischen der Annäherung und einem Beitritt zur NATO: Befragte, die eine NATO-Annäherung gutheissen, befürworten auch einen Beitritt ($V = 0.45$). Zudem unterstützen jene auch öfter das Engagement der Schweiz für die Anliegen der UNO ($V = 0.32$) sowie Schweizer UNO-Friedenstruppen ($V = 0.27$), währenddessen sie der militärischen Autonomie eher ablehnend gegenüberstehen ($V = 0.27$).

Beitritt zur NATO

Unverändert wird ein Beitritt der Schweiz zur NATO von einer Minderheit von 31% der Befragten gefordert. Zwischen der aktuellen Erhebung und der Januar-Erhebung 2022 (26%, +5 Pp), als auch der im Juni 2022 durchgeführten Befragung (27%, +4 Pp) zeigen sich keinerlei statistisch signifikanten Meinungsunterschiede (siehe Abbildung 8). Der 2023 gemessene Wert liegt aber deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre ($\bar{x}$ 2013 – 2023: 21%).

²⁴ Mittels einer Skala von 0 (= ganz links) und 10 (= ganz rechts) wird die politische Einstellung gemessen. Bei der Aufteilung in fünf Kategorien wird die Zuordnung des Bundesamts für Statistik (2023b) übernommen und folgendermassen vorgegangen: Werte 0 bis 2: «ganz links», Werte 3 und 4: «eher links», Wert 5: «Mitte», Werte 6 bis 7: «eher rechts», Werte 8 bis 10: als «ganz rechts».

Soziodemografische Einflüsse:

Die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt wird massgeblich durch die politische Selbstverortung der Befragten beeinflusst. Obwohl die Stimmberechtigten über das gesamte politische Spektrum einen NATO-Beitritt der Schweiz mehrheitlich ablehnen, ist die Befürwortung bei Personen des politisch linken Spektrums am stärksten ausgeprägt (links: 42%, Mitte: 33%, rechts: 23%; $V = 0.14$). Bei der Verwendung der 5er Skala der politischen Position bleibt dieser Zusammenhang gleich und im rechten Lager («ganz rechts» und «eher rechts») gibt es keine Binnendifferenzierung ($V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Am grössten ist der Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach einem NATO-Beitritt und einer Annäherung an dieselbe ($V = 0.45$). NATO-Beitrittsbefürworterinnen und -befürworter unterstützen auch einen EU-Beitritt ($V = 0.26$) und die Entsendung von UNO Friedenstruppen ($V = 0.25$) häufiger.

4.5 Betonung nationaler und militärischer Autonomie

Mit der Aussage, «die Schweiz sollte sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen», wird der Wunsch nach militärischer Autonomie gemessen. Mit der Aussage, «die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten», wird das Bedürfnis nach nationaler Autonomie gemessen (siehe Abbildung 9).

Militärische Autonomie

Im Januar 2023 befürworten 33% die militärische Autonomie – in dem Sinne, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen sollte. Im Vergleich zum Januar 2022 (41%, –8 Pp) als auch zum Juni 2022 (38%, –5 Pp) ist die Zustimmung zur militärischen Autonomie signifikant gesunken. Der aktuell gemessene Wert der Befürwortung der militärischen Autonomie liegt auch deutlich unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 44%.

Soziodemografische Einflüsse:

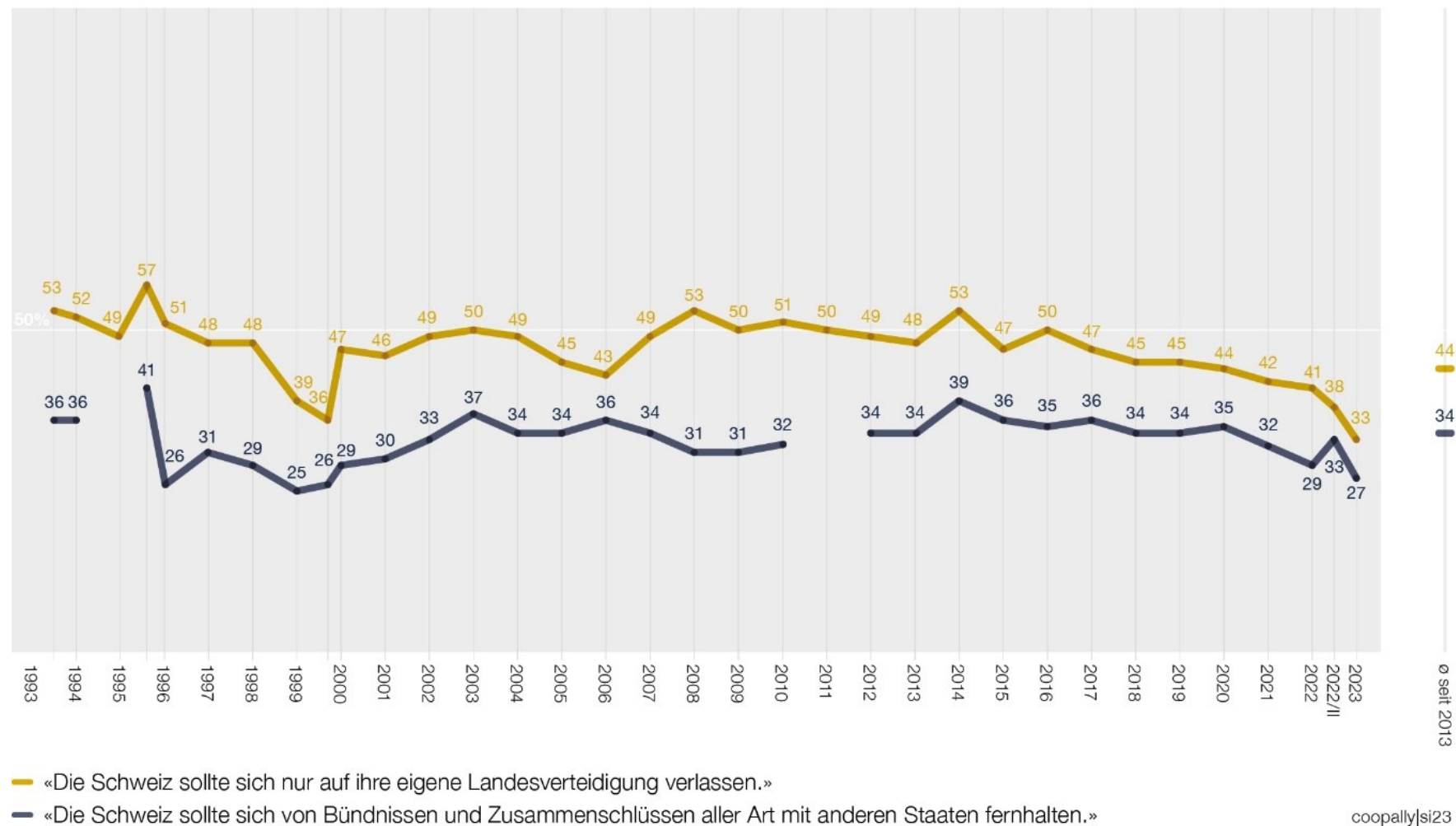
Befragte mit hoher Bildung (tief: 48%, mittel: 43%, hoch: 23%; $V = 0.20$) und des politisch linken Spektrums (links: 16%, Mitte: 37%, rechts: 42%; $V = 0.21$) unterstützen die militärische Autonomie weniger stark. Bei der Aufschlüsselung der politischen Einstellung in eine Fünfer-Skala zeigt sich aber Folgendes: Eine Mehrheit aus dem politischen Spektrum «ganz rechts» befürwortet die militärische Autonomie, während sich bei den verbleibenden Gruppen jeweils eine Minderheit hierfür ausspricht (ganz links: 11%, eher links: 17%, Mitte: 37%, eher rechts: 35%, ganz rechts: 58%; $V = 0.20$).

Entgegen dem bisher üblichen Befund, dass Personen ab 65 Jahren die Landesverteidigung höher gewichten als jüngere Personen, zeigt sich seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine dieser Unterschied nicht mehr. Somit ist vor allem bei älteren Personen die Überzeugung, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll, am deutlichsten gesunken.

Abbildung 9: Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Stimmberechtigte, die sich für die militärische Autonomie der Schweiz aussprechen, unterstützen eine Schweiz, die sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte – dies gilt auch im umgekehrten Fall – (nationale Autonomie; $V = 0.35$) und lehnen neben einer NATO-Annäherung ($V = 0.27$) auch das verstärkte Engagement zu Gunsten der UNO-Anliegen ($V = 0.25$) und Schweizer UNO-Friedenstruppen ($V = 0.20$) eher ab.

Nationale Autonomie

Aktuell liegt die Zustimmung zur nationalen Autonomie – in dem Sinne, dass sich die Schweiz von jeglichen Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte – bei 27%. Während sich gegenüber der Januar-Erhebung 2022 (29%: –2 Pp) kein Unterschied zeigt, ist die Zustimmung gegenüber der im Juni 2022 durchgeführten Befragung (33%: –6 Pp) statistisch signifikant gesunken. Der 2023 gemessene Wert liegt deutlich unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre ($\emptyset$ 2013 – 2023: 34%).

Soziodemografische Einflüsse:

Befragte mit hoher Bildung (tief: 36%, mittel: 36%, hoch: 19%; $V = 0.19$) und politisch links Eingestellte (links: 11%, Mitte: 33%, rechts: 34%, $V = 0.21$) sprechen sich signifikant weniger stark dafür aus, dass sich die Schweiz von Bündnissen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte. Regelmässig zeigen sich auch Unterschiede zwischen den Sprachregionen, wobei der Wunsch nach einer strikten Autonomie in der Romandie am wenigsten verbreitet ist (D-CH: 28%, F-CH: 19%, Tessin: 49%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Befragte, die der absoluten Autonomie der Schweiz zustimmen, sprechen sich öfters gegen das vermehrte Vermitteln in Konflikten ($V = 0.19$) sowie gegen eine höhere Entwicklungshilfe ($V = 0.18$) aus. Wer sich zudem für eine strikte nationale Autonomie ausspricht, steht einer NATO-Annäherung ($V = 0.21$) deutlich skeptischer gegenüber.

5 Neutralität

Die Schweizer Neutralität ist zum einen selbstgewählt, immerwährend und bewaffnet²⁵ und zum anderen ein prägendes Wesensmerkmal der Schweiz.²⁶ Deshalb wird ihr in der Ausen- und Sicherheitspolitik eine grosse und prägende Bedeutung zugemessen.

Im Grundsatz wird zwischen dem Neutralitätsrecht – der Neutralität im engeren Sinn – und der Neutralitätspolitik – der Neutralität im weiteren Sinn – unterschieden. Dabei ist das Neutralitätsrecht spezifisch auf die militärische Neutralität begrenzt. In diesem Kontext kommt der Neutralitätspolitik ein vergleichsweise grosser Ermessens- und Gestaltungsspielraum («marge de manoeuvre») zu.²⁷

Das Neutralitätsrecht wurde 1907 durch das Haager Abkommen festgeschrieben und regelt die Rechte und Pflichten neutraler Staaten.²⁸ Seither wurde das Neutralitätsrecht nicht weiterentwickelt,²⁹ was durchaus zu Anwendungsschwierigkeiten führen kann. Die im Kontext des Ukraine-Krieges intensive nationale und internationale Debatte zur Schweizer Neutralität als auch die Lancierung (25.10.2022) und Unterschriftensammlung (08.11.2022 – 08.05.2024) der Neutralitätsinitiative³⁰ versinnbildlichen dies. Die Neutralitätspolitik ist flexibler gestaltbar, da diese Massnahmen beinhaltet, welche über die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinausgehen. Unter dem Begriff «Neutralitätspolitik» fallen jene Massnahmen, welche sowohl der Wirksamkeit als auch der Glaubwürdigkeit der neutralen Schweiz im internationalen System dienen. Die Neutralitätspolitik orientiert sich dabei an der jeweiligen Situation sowie der internationalen Lage. Seit 1990 betreibt die Schweiz eine aktive und differenzielle Neutralität und kann sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Kriegsparteien beteiligen, unternimmt jedoch keine militärischen Massnahmen.³¹

Des Weiteren ist in Sachen Neutralität zwischen Innen- und Aussenwahrnehmung zu unterscheiden. Die Studienreihe «Sicherheit» gibt dabei einen Teil der Innensicht wieder. Sie zeigt auf, wie Stimmberechtigte zur Neutralität und ihrer Funktionen stehen. Auch wird besprochen, in wie weit die Neutralität als ein Instrument der Aussenpolitik oder als ein Hindernis wahrgenommen wird. Die Aussenwahrnehmung – in dem Sinne, wie die Neutralität auf andere Staaten wirkt und wie sie wahrgenommen wird (ob zum Beispiel die Schweiz durch die Übernahme der EU-Sanktionen gegenüber Russland im Kontext des Ukraine-Krieges als neutraler Staat an Glaubwürdigkeit verloren hat), wird nicht abgedeckt.

²⁵ EDA (2022). Die Neutralität der Schweiz. 03.03.2022. Bern: EDA, 6.

²⁶ Huber, Max (1934). Grundlagen nationaler Erinnerungen. Zürich: Schulthess & Co: 57; Imhof, Kurt (2007). Sonderfalldiskurse und Pfadabhängigkeiten: Der Fall Schweiz. In: Eberle, Thomas S.; Imhof, Kurt (2007). Sonderfall Schweiz. Zürich: Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen, 25-54, hier: 7.; Mirow, Wilhelm Theodor (2012). The Idiosyncrasies of Contemporary Swiss Security Policy and Practice: A Strategic Culture-Based Explanation, Contemporary Security Policy 33 (2), 337-359.

Widmer, Paul (2008). Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen, Geschichte, Gestaltung. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung: 103.

²⁷ Jauslin, Carl; Schaad, Lea; Graf, Christina (2022). Kooperative Neutralität: Sieben Empfehlungen für ein Update der Schweizer Neutralität. Zürich: foraus - Forum Aussenpolitik: 29.

²⁸ Schweizerischer Bundesrat (2022). Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 22.3385, Aussenpolitische Kommission SR, 11.04.2022, 4.

²⁹ EDA 2022, 17.

³⁰ Bundeskanzlei (2023). Eidgenössische Volksinitiative 'Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)' (20.02.2023). <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540.html>

³¹ EDA 2022, 6.

Neben den jährlich wiederkehrenden Standardfragen wird 2023 die Neutralität mit unregelmässig gestellten Fokusfragen vertieft. Neben der Wichtigkeit von Neutralitätsmerkmalen (letztmalige Erhebung 2014) wurden die im Juni 2022 gestellten Fragen hinsichtlich der Schweizer Sanktionen gegenüber Russland erneut erhoben.

5.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität: Beibehaltung - Umsetzung - Verzicht

Standardmässig wird in der Studienreihe «Sicherheit» neben der Einstellung gegenüber der Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) die differenzielle Neutralität erhoben. Im Sinne der Vertiefung wurde 2023 dabei auch die Einstellung gegenüber einer klaren Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten im Ausland (letztmals 2021 erhoben) als auch der Wunsch nach einem Neutralitätsverzicht (letztmals 2010) erfragt.

Neutralitätsprinzip

Im Januar 2023 befürwortet nach wie vor eine klare Mehrheit von 91% die Beibehaltung der Neutralität (siehe Abbildung 10). Im Vergleich zur Januar-Erhebung 2022 ist die Zustimmung signifikant gesunken (–6 Prozentpunkte; Pp), währenddessen sich gegenüber der Erhebung im Juni 2022 keine signifikante Veränderung zeigt (+2 Pp). Der Anteil 2023 liegt unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Ø 2013 – 2023: 95%).

Soziodemografische Einflüsse:³²

Bis Mitte der 2000er Jahre bestand bezüglich der Beibehaltung der Schweizer Neutralität ein signifikanter Unterschied zwischen der französisch- und deutschsprachigen Schweiz, wobei der Anteil jener Befragten, welche sich für die Beibehaltung der Neutralität aussprachen, in der Deutschschweiz stets höher war als in der Westschweiz. Zudem: Je älter die Befragten waren, desto stärker sprachen sich diese für die Beibehaltung der Neutralität aus. Diese Unterschiede lassen sich in den letzten 10 Jahren statistisch nicht mehr nachweisen und die Haltung gegenüber der Beibehaltung der Neutralität ist in beiden Sprachregionen sowie in allen Altersgruppen mit ähnlicher Ausprägung vertreten. Während sich 2023 keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf das Bildungsniveau ergeben, zeigt sich bei der politischen Einstellung der bekannte Befund: Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto stärker wird die Beibehaltung der Neutralität unterschützt. Dabei unterscheiden sich die Einstellungen der Befragten aus den drei politischen Lagern signifikant voneinander (links: 82%, Mitte: 93%, rechts: 96%; $V^{33} = 0.20$).

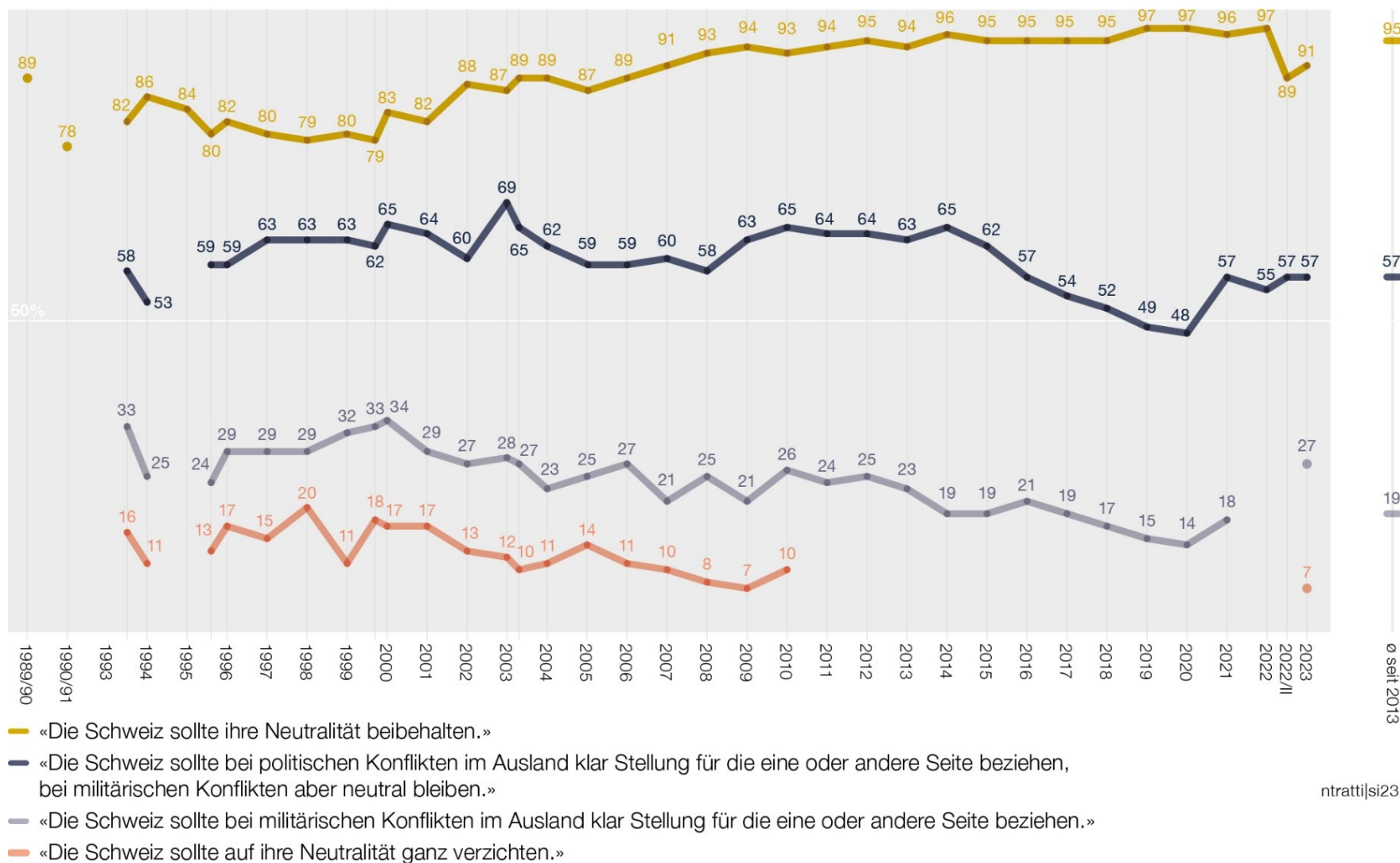
³² Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

³³ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, V = 0.1 kleiner Effekt, V = 0.3 mittlerer Effekt, V = 0.5 grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

Abbildung 10: Verschiedene Einstellungen zur Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Differenzielle Neutralität

Hinsichtlich der politischen Umsetzung der Neutralität, in Form der «differenziellen Neutralität», welche eine klare Stellungnahme bei politischen Konflikten im Ausland fordert und Neutralität bei militärischen Konflikten verlangt, gibt es gegenüber der Erhebung im Januar 2022 (+2 Pp) als auch gegenüber Juni 2022 (± 0 Pp) keine statistisch signifikanten Meinungsverschiebungen. Dabei entspricht der im Jahr 2023 gemessene Wert von 57% genau dem Zehnjahresdurchschnitt ($\emptyset$ 2013 – 2023: 57%).

Soziodemografische Einflüsse:

Ältere Personen stimmen der differenziellen Neutralität häufiger zu als Jüngere, wobei ab 50-Jährige dieser mehrheitlich zustimmen, während unter 50-Jährige uneinig sind (18–34-Jährige: 42%, 35–49-Jährige: 53%, 50–64-Jährige: 60%, ab 65-Jährige: 70%; $V = 0.14$). Auch in der Romandie (D-CH: 60%, F-CH: 47%, Tessin: 61%; $V = 0.10$) sowie bei Stimmberechtigten mit politisch rechter Einstellung (links: 62%, Mitte: 60%, rechts: 54%; $V = 0.10$) ist der Rückhalt für eine differenzielle Neutralität weniger stark ausgeprägt.

Klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland

Im Januar 2023 stimmen 27% der Befragten der Aussage zu, dass die Schweiz auch bei militärischen Konflikten klar Stellung beziehen sollte. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung (Januar 2021), ist diese Einstellung signifikant gestiegen (+9 Pp). Dabei liegt der aktuelle Wert deutlich über dem Mittel der letzten zehn Jahre ($\emptyset$ 2013 – 2023: 19%).

Soziodemografische Einflüsse:

Hinsichtlich des Alters zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer aus den beiden jüngeren Altersgruppen diese Auffassung stärker ablehnen als ältere Befragte (18–34-Jährige: 20%, 35–49-Jährige: 20%, 50–64-Jährige: 32%, ab 65-Jährige: 35%; $V = 0.11$). Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto weniger stark wird eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland befürwortet (links: 36%, Mitte: 29%, rechts: 21%; $V = 0.14$). Hingegen sprechen sich Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer überdurchschnittlich oft für eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland aus (D-CH: 30%, F-CH: 17%, Tessin: 20%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:³⁴

Befragte, welche eine Stellungnahme bei militärischen Konflikten bejahen, lehnen die Beibehaltung der Neutralität eher ab ($V = 0.25$). Hingegen stimmen sie einer differenzierten Auslegung der Neutralität vermehrt zu ($V = 0.28$). Dies bedeutet, dass Personen, welche nicht möchten, dass die Schweiz bei militärischen Konflikten klar Stellung bezieht, in der Regel auch nicht wollen, dass sie sich bei politischen Konflikten im Ausland für die eine oder andere Seite ausspricht.

³⁴ Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Verzicht auf Neutralität

2023 befürworten 7% der Befragten, dass die Schweiz auf ihre Neutralität ganz verzichten sollte. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2010 ist die Zustimmung leicht gesunken (–3 Pp).

Soziodemografische Einflüsse:

Der Zustimmungsgrad des Verzichts auf Neutralität wird vorwiegend durch die politische Einstellung bestimmt. Je weiter links eine Person eingestellt ist, desto stärker befürwortet sie einen Verzicht der Neutralität. Dabei unterschieden sich die drei politischen Lager signifikant voneinander (links: 11%, Mitte: 6%, rechts: 2%; $V = 0.18$), wobei jeweils nur eine kleine Minderheit einen Neutralitätsverzicht fordert.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die sich für einen Neutralitätsverzicht aussprechen, befürworten eine Stellungnahme der Schweiz in militärischen Konflikten öfter ($V = 0.27$) und stehen gleichzeitig dem Neutralitätsprinzip ablehnender gegenüber ($V = 0.49$).

5.2 Solidaritäts- und Identitätsfunktion

Standardmässig wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» zwischen der Solidaritäts- und Identitätsfunktion unterschieden. Ausserdem wird gefragt, in wie weit es sich aus Sicht der Stimmberechtigten bei der Neutralität um einen finalen Wert handelt. Im Sinne der Vertiefung wird ermittelt, ob die Neutralität ein vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik sein sollte (letztmals 2010).

Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle

Mit 92% (–3 Pp gegenüber Januar 2022) stimmt die grosse Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international «Gute Dienste» leisten kann (siehe Abbildung 11). Damit wird im Januar 2023 eine signifikant geringere Zustimmung verzeichnet, während sich gegenüber der Erhebung im Juni 2022 kein Unterschied zeigt (+1 Pp). Diese Einstellung liegt unter dem Schnitt der letzten zehn Jahre ($\bar{x}$ 2013 – 2023: 94%).

Soziodemografische Einflüsse:

Es zeigen sich bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Merkmalen.

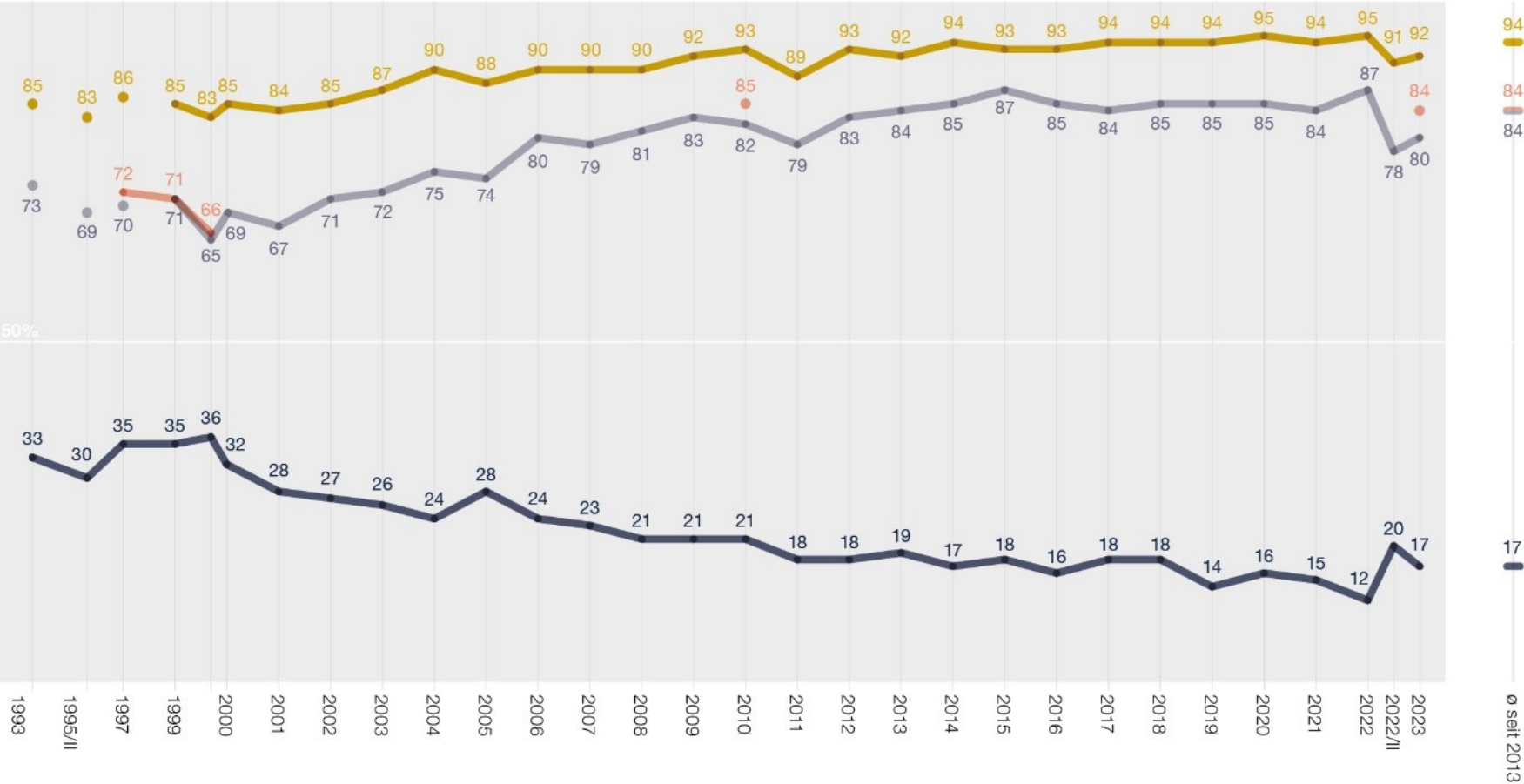
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die sich für die Solidaritätsfunktion aussprechen, befürworten neben dem Neutralitätsprinzip ($V = 0.31$) auch die differenzielle Neutralitätspolitik häufiger ($V = 0.15$). Gleichzeitig möchten sie seltener auf die Neutralität verzichten ($V = 0.26$).

Abbildung 11: Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



- «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
- «Die Neutralität sollte ein vorrangiges Ziel von unserer Aussenpolitik bleiben.»
- «Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»
- «Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

ntrsolident|si23

Identitätsfunktion

Auch 2023 sprechen Schweizerinnen und Schweizer der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität eine grosse Bedeutung zu (siehe Abbildung 11). Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 ist die Zustimmung 2023 aber signifikant tiefer. Für 80% (–7 Pp) der Befragten ist die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden. Dabei ist zwischen der aktuellen Erhebung und jener im Juni 2022 (78%) keine signifikante Veränderung zu verzeichnen. 2023 liegt die Einstellung gegenüber der Identitätsfunktion der Neutralität unter dem langjährigen Durchschnitt ($\bar{x}$ 2013 – 2023) von 84%. Tiefere Werte wurden letztmals nur vor 2006 gemessen.

Soziodemografische Einflüsse:

Während sich 2023 bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede zeigen, gibt es Unterschiede beim Zustimmungsgrad der Identitätsfunktion der Neutralität betreffend die politische Einstellung. Je rechter eine Person eingestellt ist, desto stärker wird die Identitätsfunktion der Neutralität befürwortet (links: 68%, Mitte: 82%, rechts: 86%; $V = 0.17$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befürworterinnen und Befürworter der Identitätsfunktion bejahen neben der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.36$) auch öfter die Solidaritätsfunktion der Neutralität ($V = 0.28$). Gleichzeitig sind sie seltener für eine Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten ($V = 0.21$) und sie sprechen sich seltener für einen Verzicht der Neutralität aus ($V = 0.31$).

Vorrangiges aussenpolitisches Ziel

2023 stimmen 84% der Befragten zu, dass die Neutralität ein vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik bleiben sollte. Gegenüber der letztmaligen Erhebung 2010 ist die Zustimmung minim aber statistisch signifikant gesunken (–1 Pp). Der aktuell gemessene Wert verdeutlicht, dass die Neutralität bei der Stimmbevölkerung einen bedeutenden und stabilen Stellenwert als Instrument der Aussenpolitik hat.

Soziodemografische Einflüsse:

Die politische Einstellung beeinflusst, wie stark Schweizerinnen und Schweizer der Auffassung sind, dass die Neutralität ein vorrangiges Ziel der Aussenpolitik sein sollte. Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto stärker stimmt sie dieser Vorgabe zu (links: 75%, Mitte: 86%, rechts: 90%; $V = 0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befragte, welche die Neutralität als ein vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik sehen, befürworten sowohl das Neutralitätsprinzip ($V = 0.47$), die Identitäts- ($V = 0.40$) als auch die Solidaritätsfunktion ($V = 0.28$) häufiger. Schweizerinnen und Schweizer, welche der Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.24$) als auch dem Verzicht auf Neutralität ($V = 0.40$) zustimmen, sehen in der Neutralität weniger oft ein vorrangiges Ziel der Aussenpolitik.

Finaler Wert

Obschon 2023 gegenüber Januar 2022 die Zustimmung, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese keine Vorteile mehr bietet, signifikant gestiegen ist (17%, +5 Pp), bleibt die Neutralität ein finaler Wert an sich, da eine klare Bevölkerungsmehrheit diese Auffassung deutlich ablehnt. Gegenüber Juni 2022 (20%) zeigt sich keine signifikante Veränderung. Die aktuelle Zustimmung zum Item, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese keine Vorteile mehr bietet, liegt exakt im Mittel der letzten zehn Jahre von 17%.

Soziodemografische Einflüsse:

Politisch rechts eingestellte Stimmberechtigte sehen in der Neutralität signifikant häufiger einen finalen Wert als Personen der politischen Mitte und rechts davon (links: 21%, Mitte: 19%, rechts: 12%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Stimmberechtigte, die zustimmen, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese der Schweiz keine Vorteile mehr bietet, stehen dem Neutralitätsprinzip ($V = 0.30$) als auch der Identitätsfunktion ($V = 0.25$) ablehnender gegenüber.

5.3 Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

In der Studienreihe «Sicherheit» wird die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität standardmässig mittels der beiden Ansichten, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (Schutz vor Konflikten) und dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann (Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität), gemessen. Zusätzlich wurde 2023 noch die Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses in Europa erfragt (siehe Abbildung 12).

Schutz vor Konflikten

2023 stimmt eine Mehrheit von 55% der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Gegenüber der Januar-Erhebung 2022 ist die Zustimmung markant gesunken (–14 Pp). Indes zeigt sich zwischen der aktuellen und der im Juni 2022 (–3 Pp) durchgeführten Befragung keine signifikante Meinungsverschiebung. Der 2023 gemessene Wert liegt deutlich unter dem Zehnjahresschnitt von 65%.

Soziodemografische Einflüsse:

Das Antwortverhalten wird einerseits durch die Sprachregion und andererseits durch die politische Einstellung beeinflusst. Während die Zustimmung in der Deutschschweiz im Mehrheitsbereich liegt, sind sich Befragte in der Romandie mit 49% uneinig (D-CH: 56, F-CH: 49%, TI: 88%; $V = 0.13$). Während Befragte des politisch linken Spektrums dieser Auffassung mit 43% zustimmen, liegen die Zustimmungen der politischen Mitte und rechts davon signifikant höher und im Mehrheitsbereich (links: 43%, Mitte: 55%, rechts: 64%; $V = 0.14$).

Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 ist vor allem bei Schweizerinnen und Schweizern mit hoher Bildung der Glaube an die Schutzfunktion der Neutralität gesunken. Nur rund die Hälfte der Höhergebildeten ist noch davon überzeugt, dass die Neutralität diesen Schutz gewährleisten kann (tief: 68%, mittel: 59%, hoch: 51%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Personen, die der Ansicht zustimmen, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, sehen in der Neutralität vermehrt ein vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik ($V = 0.26$) und anerkennen neben der Identitätsfunktion ($V = 0.25$) und der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.25$) auch öfter die Solidaritätsfunktion ($V = 0.19$). Befragte, die in der Neutralität keinen finalen Wert sehen, lehnen die Aussage, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, eher ab ($V = 0.16$).

Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität

Im Januar 2023 sind sich Befragte mit 52% uneinig, ob die bewaffnete Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Während die skeptische Haltung gegenüber der Erhebung im Januar 2022 signifikant gestiegen ist (+5 Pp), ist gegenüber Juni 2022 keine Veränderung zu verzeichnen (+1 Pp). Bei keinem der letzten drei Messpunkte zeichnete sich eine zustimmende oder ablehnende Mehrheit ab. Der 2023 gemessene Wert liegt über dem Mittel der letzten zehn Jahre ($\emptyset$ 2013 – 2023: 47%).

Soziodemografische Einflüsse:

Befragte des politisch linken Spektrums sind signifikant stärker davon überzeugt, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Während sich Personen der politischen Mitte bei dieser Frage uneinig zeigen, sind Befragte des politisch rechten Spektrums von der Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität mehrheitlich überzeugt (links: 62%, Mitte: 52%, rechts: 44%; $V = 0.15$). Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 hat die kritische Sichtweise auf eine glaubwürdige militärische Verteidigung der Schweizer Neutralität besonders in der Deutschschweiz zugenommen (D-CH: 56%, F-CH: 40%, Tessin: 57%; $V = 0.10$).

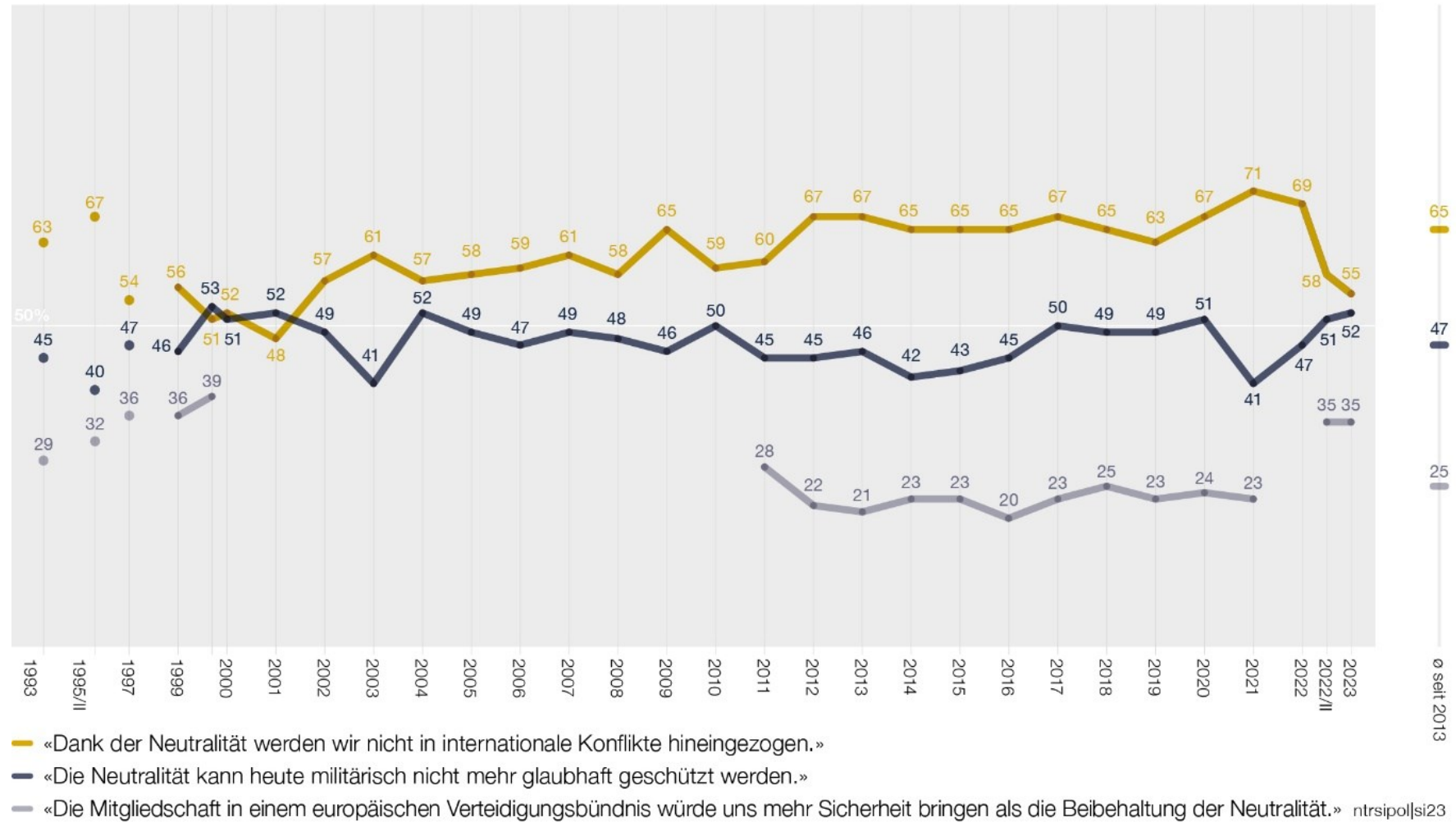
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befragte, die nicht von der bewaffneten Neutralität überzeugt sind, stehen der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.20$) ablehnender gegenüber.

Abbildung 12: Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses

35% der Stimmbevölkerung sind im Januar 2023 der Auffassung, dass die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität (siehe Abbildung 12). Gegenüber der Umfrage im Januar 2021 ist die Zustimmung signifikant gestiegen (+12 Pp) und gegenüber der Befragung im Juni 2022 ist sie statistisch unverändert (± 0 Pp). Der aktuelle Wert liegt deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt von 25%.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses wird von Personen des politischen linken Spektrums stärker als von der politischen Mitte und rechts davon wahrgenommen (links: 45%, Mitte: 33%, rechts: 30%; $V = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Stimmberechtigte, die in der Mitgliedschaft in einem europäischen Militärbündnis mehr Sicherheit als in der Beibehaltung der Neutralität sehen, befürworten neben der klaren Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.29$) und dem Verzicht auf die Neutralität ($V = 0.29$) auch die differenzielle Neutralität ($V = 0.21$) häufiger. Zudem ist für diese Schweizer und Schweizerinnen die Neutralität seltener ein finaler Wert ($V = 0.26$), und die bewaffnete Neutralität wird als unglaublicher angesehen ($V = 0.23$). Im Zuge der Befürwortung der Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses lehnen Befragte das Neutralitätsprinzip ($V = 0.32$), als auch dass die Neutralität das vorrangige Ziel der Aussenpolitik sein sollte ($V = 0.29$), verstärkt ab. Ebenso wird die Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte verwickelt wird ($V = 0.20$), häufiger verneint.

5.4 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik oder Hindernis

Mittels der beiden Auffassungen, dass erstens die gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten Neutralität verhindern und zweitens die Neutralität an sich das Handeln mit anderen Staaten verunmöglichen könnte, wird standardmässig gemessen, in wie weit die Neutralität der Schweiz aus Bevölkerungssicht ein Instrument der Aussenpolitik ist oder ein Hindernis für diese darstellt. Aufgrund der aktuellen Diskussionen rund um die Neutralität und dem Wiedererstarken der NATO im Kontext des Ukraine-Krieges wurde ausserdem die Ansicht erhoben, ob es aus Sicht der Neutralität zulässig sei, dass die Schweiz zusammen mit der NATO ihre Verteidigungspläne (siehe Abbildung 13).

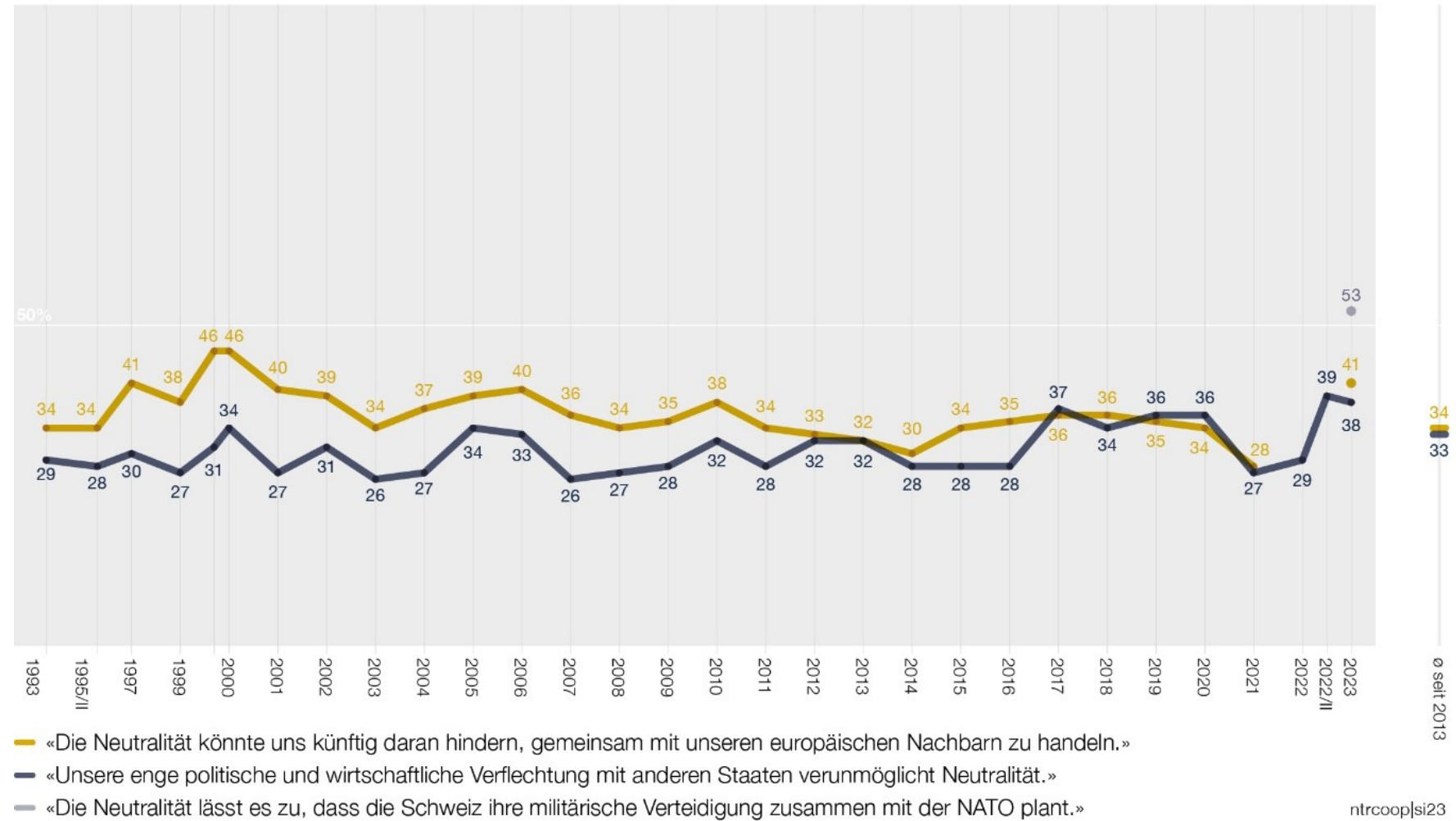
Wirtschaftliche und politische Verflechtung verunmöglicht Neutralität

38% der Befragten stimmen im Januar 2023 der Aussage zu, dass die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche. Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 ist diese Einstellung signifikant um 9 Prozentpunkte gestiegen. Dabei zeigt sich zwischen der aktuellen und der im Juni 2022 durchgeführten Erhebung keine signifikante Meinungsverschiebung (-1 Pp). Der 2023 gemessene Wert von 38% liegt deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt ($\emptyset$: 33%).

Abbildung 13: Neutralität und internationale Verflechtung

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Die Antworten unterscheiden sich nicht aufgrund soziodemografischer Merkmale der Befragten.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die in den wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen eine Verunmöglichung der Neutralität sehen, lehnen die Solidaritätsfunktion ($V = 0.19$) vermehrt ab. Zudem kann für diese Befragten die Neutralität heute militärisch weniger glaubhaft geschützt werden ($V = 0.28$) und sie sehen in einem europäischen Militärbündnis mehr Sicherheit als in der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.23$). Ausserdem ist für diese Personen Neutralität seltener ein finaler Wert ($V = 0.19$).

Neutralität als Handlungshindernis

Die Erhebung im Januar 2023 zeigt, dass 41% der Befragten der Ansicht sind, dass die Neutralität die Schweiz künftig daran hindern könnte, gemeinsam mit ihren europäischen Nachbarn zu handeln. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Januar 2021 ist die Zustimmung statistisch signifikant stark angestiegen (+13 Pp). Der aktuell gemessene Wert liegt deutlich über dem Mittel der letzten zehn Jahre von 34%.

Soziodemografische Einflüsse:

Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Merkmalen.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befragte, welche in der Neutralität ein Handlungshindernis mit anderen Staaten sehen, stimmen der Schutzwirkung eines Militärbündnisses ($V = 0.29$) öfter zu und sehen die Neutralität auch eher durch die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen als verunmöglich an ($V = 0.26$). Sie befürworten vermehrt einen Verzicht der Neutralität ($V = 0.24$) und halten die bewaffnete Neutralität häufiger für unglaubwürdig ($V = 0.20$). Zudem ist für diese Personen die Neutralität seltener ein vorrangiges Ziel der Aussenpolitik ($V = 0.24$) und Teil der Schweizer Identität ($V = 0.23$).

Gemeinsame Planung der Verteidigung mit der NATO

In der Studienreihe «Sicherheit» wurde 2023 erstmals die Einstellung gegenüber der gemeinsamen Verteidigungsplanung mit der NATO erfragt. Aktuell stimmen 53% der Schweizerinnen und Schweizer der Aussage zu, dass es die Neutralität zulässt, dass die Schweiz ihre militärische Verteidigung zusammen mit der NATO plant. 38% der Befragten verneinen die Möglichkeit einer gemeinsamen Planung der Verteidigung und 9% können sich nicht klar dazu äussern. Dieser vergleichsweise hohe Anteil der Befragten, welche mit «keine Antwort» oder «weiss nicht» antworten, gibt Grund zur Annahme, dass sich Teile der Stimmbevölkerung hierzu noch keine Meinung gebildet haben.

Soziodemografische Einflüsse:

Während Männer mehrheitlich der Auffassung sind, dass eine gemeinsame Planung der Verteidigung zusammen mit der NATO mit der Neutralität vereinbar ist, teilen Frauen diesen Standpunkt signifikant weniger oft (Männer: 61%, Frauen: 47%; $V = 0.11$). Auch jüngere Befragte zeigen eine skeptischere Haltung im Vergleich zu älteren Befragten hinsichtlich der Möglichkeit, dass die Schweiz ihre Verteidigung gemeinsam mit der NATO plant (18–34-Jährige: 45%, 35–49-Jährige: 52%, 50–64-Jährige: 57%, ab 65-Jährige: 59%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, welche zustimmen, dass die gemeinsame Verteidigungsplanung mit der NATO mit der Neutralität kompatibel ist, sind von der Schutzwirkung eines Militärbündnisses in Europa überzeugter ($V = 0.29$), befürworten die klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.20$) und die differenzielle Neutralität ($V = 0.17$) häufiger und sehen trotz wirtschaftlicher und politischer Verflechtungen keine Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Neutralität ($V = 0.20$).

5.5 Wichtigkeit von Merkmalen der Schweizer Neutralität

Die im Rahmen der Studie «Sicherheit 2014» gestellte Wichtigkeit von Merkmalen der Schweizer Neutralität wurden 2023 erneut erhoben (siehe Abbildung 14). Dabei ist von Interesse, als wie wichtig oder unwichtig verschiedene Eigenschaften der Neutralität von den Befragten bewertet werden. Zwischen 2014 und 2023 liegen einerseits mit der Annexion der Krim durch Russland (2014) als auch mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (24. Februar 2022) und dem daraus resultierenden und anhaltenden Ukraine-Krieg zwei fokussierende Ereignisse. Forschungen zeigen, dass sich fokussierende Ereignisse in Umfragen niederschlagen und zu Meinungsverschiebungen führen können.³⁵ Etwaige Veränderungen könnten unter anderem auf die beiden genannten fokussierenden Ereignisse zurückzuführen sein.

Im Vergleich zur Erhebung 2014 zeigt sich 2023 dieselbe Reihenfolge gemessen an der zugesprochenen Wichtigkeit der Merkmale. Alle sieben erfragten Neutralitätsmerkmale werden von einer Bevölkerungsmehrheit als wichtig erachtet und bei lediglich drei der sieben Items ist eine statistisch signifikante Veränderung gegenüber 2014 zu verzeichnen.

Am wichtigsten erachtet die Schweizer Stimmbevölkerung die internationale Anerkennung (94%, +1 Pp gegenüber 2014), gefolgt vom humanitären Gedanken auf dem zweiten (89%, –2 Pp) und dem typisch Schweizerischen (85%, –2 Pp) auf dem dritten Rang. Während sich bei den ersten beiden Merkmalen zwischen 2014 und 2023 keine signifikanten Unterschiede zeigen, ist die Wichtigkeit, dass die Neutralität ein Teil der schweizerischen Identität ist, signifikant gesunken. Unverändert stark wird mit 82% (± 0 Pp) der Schutzwirkung vor Konflikten aufgrund der Neutralität zugestimmt. 2023 werden die Förderung des innenpolitischen Friedens (77%, –2 Pp) und der Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz

³⁵ Ferst, Thomas (2021). *Spiegelt sich die veränderte Bedrohungslage auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung wieder?* KRIMINALISTIK Nr. 10, 2021, 570-574; Ferst, Thomas; Szvircsev Tresch, Tibor (2018). *Wie die Schweizer Bevölkerung den Terrorismus wahrnimmt*: SKP Info 2/2018, 3-7. Ferst, Thomas (2018). *Auch in Zeiten terroristischer Bedrohung ist die Schweiz eine offene Gesellschaft, in der man sich sehr sicher fühlt und der Polizei vertraut*. KRIMINALISTIK Nr. 7, 2018, 473-477.

(70%, –4 Pp) durch die Neutralität als signifikant weniger wichtig erachtet. Unverändert gegenüber 2014 erachten 2023 58% (± 0 Pp) der Befragten, dass die bewaffnete Neutralität ein wichtiges Merkmal der Schweizer Neutralität ist.

Die identische Reihenfolge als auch die geringen signifikanten Verschiebungen können dahingehend interpretiert werden, dass die Neutralität für Schweizerinnen und Schweizer ein Wert an sich ist. Im Gegensatz zu Einstellungen sind Werte vergleichsweise stabil.³⁶ Anhand der über die Jahre hohen und stabilen Zustimmungsraten zur Neutralität und des im langjährigen Durchschnitt ($\emptyset$ 1993 – 2023) geringen Anteils von 23% der Befragten, für die Neutralität kein finaler Wert an sich ist,³⁷ ist der Schluss, dass es sich bei der Neutralität um einen wichtigen und stabilen Wert handelt, durchaus plausibel.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Bewertung der Neutralitätsmerkmale nach deren Wichtigkeit wird am meisten durch die politische Einstellung beeinflusst. Vereinzelt zeigen sich aber auch Unterschiede bei dem Geschlecht, dem Alter und dem Bildungsniveau der Befragten.

Die internationale Anerkennung (links: 90%, Mitte: 95%, rechts: 95%; $V = 0.12$) sowie der Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz (links: 58%, Mitte: 74%, rechts: 76%; $V = 0.13$) werden von politisch links Stehenden weniger oft als wichtige Merkmale der Neutralität erachtet. Hinsichtlich des Merkmals, dass die Neutralität zum typisch Schweizerischen gehört (links: 74%, Mitte: 86%, rechts: 93%; $V = 0.20$) und des Merkmals, dass die Neutralität die Schweiz vor Konflikten bewahrt (links: 75%, Mitte: 82%, rechts: 88%; $V = 0.13$) nimmt die Zustimmung von links über die Mitte nach rechts signifikant zu. Während bei der bewaffneten Neutralität lediglich eine Minderheit von politisch links Stehenden von deren Wichtigkeit überzeugt ist, zeigt sich bei der politischen Mitte und rechts davon eine zustimmende Mehrheit (links: 38%, Mitte: 62%, rechts: 71%; $V = 0.23$).

Männer erachten das Merkmal «Förderung des innenpolitischen Friedens» wichtiger als Frauen (Männer: 72%, Frauen: 81; $V = 0.14$). Während die Mehrheit der Männer das Merkmal der bewaffneten Neutralität als wichtig erachtet, sind sich Frauen diesbezüglich uneinig (Männer: 68%, Frauen: 49%, $V = 0.21$).

Für Befragte mit hohem Bildungsniveau ist das Merkmal «Förderung des innenpolitischen Friedens» signifikant unwichtiger (tief: 82%, mittel: 82%, hoch: 72%; $V = 0.11$). Auch beim Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz ist ihre Zustimmung signifikant tiefer (tief: 79%, mittel: 78%, hoch: 63%; $V = 0.15$).

Junge erachten das Merkmal «Bewahrung vor Konflikten» als signifikant wichtiger (18–34-Jährige: 89%, 35–49-Jährige: 83%, 50–64-Jährige: 83%, ab 65-Jährige: 75%; $V = 0.11$). Während bei der bewaffneten Neutralität sich Junge hinsichtlich der Wichtigkeit uneinig sind, erachtet eine Mehrheit der ab 50-Jährigen sie als wichtig (18–34-Jährige: 48%, 35–49-Jährige: 49%, 50–64-Jährige: 63%, ab 65-Jährige: 68%; $V = 0.11$).

³⁶ Merz-Benz, Peter-Ulrich (2015). *Öffentliche Meinung und soziologische Theorie. Mit Ferdinand Tönnies weiter gedacht*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

³⁷ Befragte, die in der Neutralität keinen finalen Wert sehen, stimmen der Ansicht «sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» zu.

Abbildung 14: **Einschätzung der Wichtigkeit von Merkmalen der Schweizer Neutralität**

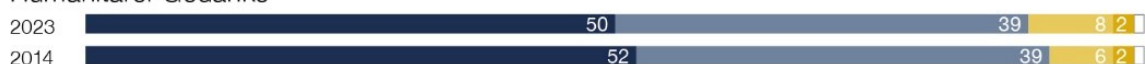
«Wie schätzen Sie die Wichtigkeit der folgenden Merkmale ein?»

Angaben in Prozent, gerundet

Internationale Anerkennung



Humanitärer Gedanke



Teil der schweizerischen Identität



Bewahrung vor Konflikten



Förderung des innenpolitischen Friedens



Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz



Bewaffnete Neutralität



■ sehr wichtig

■ eher nicht wichtig

□ weiss nicht / keine Angabe

■ eher wichtig

■ gar nicht wichtig

ntrimp|si23

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Zwischen den sieben erfragten Neutralitätsmerkmalen zeigen sich positive und statistisch signifikante Zusammenhänge, d. h. wird ein Merkmal als wichtig erachtet, ist dies in der Regel auch bei den restlichen sechs Merkmalen der Fall. Wem die internationale Anerkennung als Merkmal der Neutralität wichtig ist, dem ist auch der humanitäre Gedanke ($V = 0.25$), das typisch Schweizerische ($V = 0.29$), die Schutzwirkung ($V = 0.30$) und die bewaffnete Neutralität ($V = 0.15$) wichtiger. Des Weiteren sprechen sich Schweizerinnen und Schweizer, für welche die internationale Anerkennung ein wichtiges Merkmal ist, stärker für die Solidaritätsfunktion ($V = 0.21$) und gegen einen Neutralitätsverzicht ($V = 0.26$) aus.

Stimmberechtigte, die den humanitären Gedanken als ein wichtiges Merkmal der Schweizer Neutralität ansehen, finden ebenfalls die internationale Anerkennung ($V = 0.25$), die Förderung des innenpolitischen Friedens ($V = 0.24$) und der vielsprachigen Schweiz ($V = 0.24$) vermehrt als wichtige Merkmale. Ausserdem wird die Solidaritätsfunktion ($V = 0.18$) als auch die Neutralität als vorrangiges Ziel der Aussenpolitik ($V = 0.21$) stärker bejaht.

Befragte, denen wichtig ist, dass die Neutralität zum typisch Schweizerischen gehört, bejahen öfters neben der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.34$) die Identitätsfunktion ($V = 0.32$), und dass die Neutralität das vorrangige Ziel der Schweizer Aussenpolitik sein sollte ($V = 0.37$). Weiter empfinden sie die Merkmale der internationalen Anerkennung der Neutralität ($V = 0.29$), als auch der Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz ($V = 0.31$) vermehrt als wichtig für die Schweizer Neutralität.

Wer das Merkmal «Bewahrung vor Konflikten» als wichtig erachtet, bejaht häufiger die Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.34$), stimmt der Identitätsfunktion ($V = 0.28$), sowie der Aussage, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird ($V = 0.33$), häufiger zu. Es zeigt sich auch, dass wer das Merkmal «Bewahrung vor Konflikten» als wichtig erachtet, dies auch verstärkt bei den Merkmalen «internationale Anerkennung» ($V = 0.30$), «Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz» ($V = 0.31$) als auch «bewaffnete Neutralität» ($V = 0.15$) tut.

Stimmberechtigte, die in der Neutralität ein wichtiges Merkmal zur Förderung des innenpolitischen Friedens sehen, befürworten häufiger, dass die Neutralität ein vorrangiges Ziel der Aussenpolitik sein soll ($V = 0.26$). Ausserdem zeigt sich, dass neben dem humanitären Gedanken ($V = 0.24$), die Bewahrung vor Konflikten ($V = 0.34$) auch der Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz ($V = 0.43$) vermehrt als wichtige Merkmale der Neutralität angesehen werden.

Stimmberechtigte, die im Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz ein wichtiges Neutralitätsmerkmal sehen, empfinden bis auf das Merkmal internationale Anerkennung und bewaffnete Neutralität alle weiteren erfragten Merkmale als wichtig (humanitärer Gedanke $V = 0.24$; zum typisch Schweizerischen gehörend $V = 0.31$; Bewahrung vor Konflikten $V = 0.31$; Förderung des innenpolitischen Friedens $V = 0.43$).

Befragte, für welche die bewaffnete Neutralität ein wichtiges Merkmal darstellt, bejahen öfters, dass es die Neutralität zulässt, dass die Schweiz zusammen mit der NATO die Verteidigung plant ($V = 0.14$). Daneben werden sowohl die internationale Anerkennung ($V = 0.15$) als auch die Bewahrung vor Konflikten ($V = 0.15$) vermehrt als wichtige Merkmale der Neutralität angesehen.

5.6 Neutralität und Schweizer Sanktionen gegenüber Russland

Im Rahmen der Studie «Sicherheit 2023» wurden die Fragen aus der Nachbefragung im Juni 2022, die messen, in wie weit die Schweizer Sanktionen gegenüber Russland von der Bevölkerung mitgetragen werden, erneut gestellt (siehe Abbildung 15).

Abbildung 15: Schweizer Sanktionen gegenüber Russland

«Wegen dem Krieg in der Ukraine wurden Sanktionen gegen Russland verhängt. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Rolle der Schweiz. Wie sehr sind Sie mit den Aussagen einverstanden?»

Angaben in Prozent, gerundet

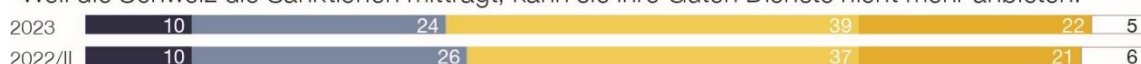
«Es ist richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt.»



«Ich bin der Meinung, dass die Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sind.»



«Weil die Schweiz die Sanktionen mitträgt, kann sie ihre Guten Dienste nicht mehr anbieten.»



■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ gar nicht einverstanden □ weiss nicht / keine Angabe

sanct|si23

Gegenüber der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung zeigen sich keine signifikanten Veränderungen bei allen drei erhobenen Items. Im Januar 2023 sind 75% (gegenüber Juni 2022: –2 Pp) der Befragten «sehr» oder «eher» damit einverstanden, dass es richtig ist, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt. Weitere 70% (–1 Pp) der Befragten sind der Auffassung, dass die übernommenen Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sind. Eine Minderheit von 34% (–2 Pp) ist der Meinung, dass die Schweiz bedingt durch das Mittragen der von der EU übernommenen Sanktionen ihre «Guten Dienste» nicht mehr anbieten kann. Es zeigt sich, dass die Schweizer Stimmbevölkerung mehrheitlich die Schweizer Sanktionen gegenüber Russland befürwortet – lediglich ein Drittel des Elektorats befürchtet, dass die Schweiz durch die mitgetragenen Sanktionen ihre Guten Dienste nicht mehr anbieten kann.

Soziodemografische Einflüsse:

Von der Richtigkeit der Sanktionen sind politisch links Eingestellte (links: 89%, Mitte: 72%, rechts: 70%; $V = 0.17$) und Personen mit hoher Bildung signifikant stärker überzeugt (tief 66%, mittel 69%, hoch 81%; $V = 0.13$). 18–34-Jährige stimmen dieser Auffassung signifikant seltener zu (18–34-Jährige: 63%, 35–49-Jährige: 74%, 50–64-Jährige: 79%, ab 65-Jährige: 83%; $V = 0.12$).

Die 18–34-Jährigen sind signifikant öfters der Auffassung, dass die ergriffenen Sanktionen nicht mit der Neutralität vereinbar sind (nicht einverstanden, 18–34-Jährige: 45%, 35–

49-Jährige: 31%, 50–64-Jährige: 24%, ab 65-Jährige: 18%; $V = 0.17$). Bei Personen des politisch linken Spektrums zeigt sich das Gegenteil. Sie sind stärker davon überzeugt, dass die Schweizer Sanktionen mit der Neutralität vereinbar sind (links: 81%, Mitte: 66%, rechts: 66%; $V = 0.13$).

Die Einstellung, ob die «Guten Dienste» wegen der Sanktionen nicht mehr möglich sind, wird am stärksten durch die politische Einstellung der Befragten beeinflusst. Im politisch linken Spektrum bestehen seltener Zweifel über die Möglichkeit, trotz Sanktionen «Gute Dienste» anbieten zu können (links: 24%, Mitte: 36%, rechts: 41%; $V = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die das Mittragen der Sanktionen als richtig erachten, sind häufiger der Auffassung, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit als die Beibehaltung der Neutralität bietet ($V = 0.27$) und befürworten vermehrt eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.27$). Gleichzeitig unterstützen sie seltener die Neutralität als vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik ($V = 0.20$). Stimmberechtigte, welche die mitgetragenen Sanktionen als richtig erachten, sind öfters der Ansicht, dass die Sanktionen mit der Neutralität kompatibel sind ($V = 0.60$) und sehen darin seltener eine Gefährdung der Guten Dienste ($V = 0.33$). Befragte, die durch das Mittragen der EU-Sanktionen gegenüber Russland die Guten Dienste in Gefahr sehen, sind häufiger der Auffassung, dass die Sanktionen nicht mit der Neutralität vereinbar sind ($V = 0.34$) und dass es daher nicht richtig ist, dass die Sanktionen mitgetragen werden ($V = 0.33$).

Schweizerinnen und Schweizer, für die durch die Schweiz ergriffene Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität vereinbar sind, stimmen der differenziellen Auslegung der Neutralität ($V = 0.23$) häufiger zu, sehen darin seltener eine Gefährdung der Guten Dienste ($V = 0.34$).

6 Verteidigungspolitik: Das Verhältnis Armee und Gesellschaft

Unter dem Begriff Verteidigungspolitik werden in diesem Kapitel Fragen subsummiert, mit welchen das Verhältnis zwischen Armee und Gesellschaft charakterisiert werden können.

Die Schweizer Armee ist ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz.³⁸ Aufgrund dessen erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (zivil-militärische Beziehungen) wird traditionellerweise anhand von sechs Dimensionen gemessen. Dabei ist als erste Dimension die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen. Zweitens wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee erfragt. Zudem werden die Einstellungen zur Wehr- und Rekrutierungsform, zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben.

6.1 Notwendigkeit der Armee

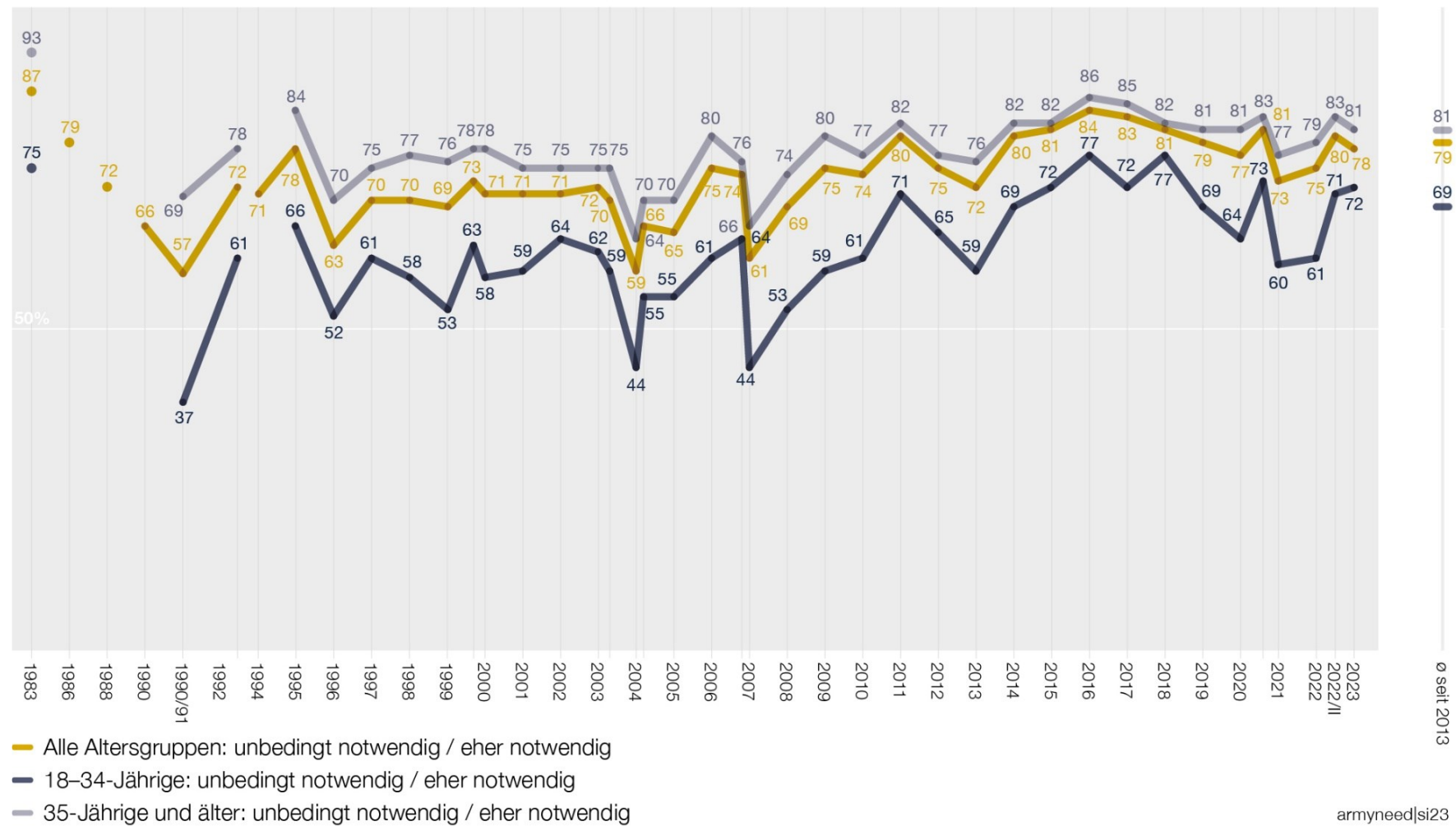
Für die Beschreibung der zivil-militärischen Beziehungen zwischen der Schweizer Stimmbevölkerung und des Militärs ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ein wichtiges Merkmal. Dabei ist die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee ein genereller Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz messen kann. Im Januar 2022, also vor dem Ukraine-Krieg, erachteten 75% der Schweizerinnen und Schweizer die Armee als notwendig; ein Jahr später sind dies 78% (+3 Prozentpunkte; Pp), was einem signifikanten Unterschied entspricht (siehe Abbildung 16). 37% erachten die Armee dabei als «unbedingt notwendig», 41% als «eher notwendig». Umgekehrt sind 21% davon überzeugt, dass die Armee nicht notwendig sei (14% «eher nicht» und 7% «überhaupt nicht»). Der Vergleich zur Befragung im Juni 2022 zeigt hingegen keine Veränderung an. Die aktuelle Zustimmung liegt im Schnitt der vergangenen zehn Jahre (Ø 2013 – 2023: 79%).

³⁸ Schweizerischer Bundesrat (2021). Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates vom 24. November 2021. (23.02.2023). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/2895/de>

Abbildung 16: Notwendigkeit der Armee

«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

Angaben in Prozent, gerundet



armyneed|si23

Soziodemografische Einflüsse:³⁹

Die Notwendigkeit der Armee ist in der Stimmbevölkerung grundsätzlich breit abgestützt. Sie variiert jedoch in Zusammenhang mit der politischen Orientierung, wobei politisch links orientierte Personen die Armee konstant seltener als notwendig erachten (links: 54%, Mitte: 87%, rechts: 92%; $V^{40} = 0.33$). Auffällig ist bei der politischen Position jedoch, dass nur eine Minderheit der Personen, die sich im äusseren linken Rand positionieren, die Armee als notwendig empfinden (ganz links: 36%, eher links: 58%, in der Mitte: 87%, eher rechts: 92%, ganz rechts: 92%; $V = 0.29$). Diese Spaltung hinsichtlich der Armeenotwendigkeit im linken Lager ist seit dem Jahr 2014 besonders ersichtlich.

Relevant ist auch das Alter einer Person, da vor allem Befragte zwischen 18 und 34 Jahren die Armee seltener als notwendig beurteilen (18–34-Jährige: 72%, ab 35-Jährige: 81%; $V = 0.14$, siehe Abbildung 16). Seit der Befragung im Januar 2022 ist die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee bei Personen in dieser jüngsten Altersgruppe jedoch besonders deutlich gestiegen (+11 Pp). Eine Erklärung für diesen markanten Anstieg bei den Jungen könnte der Ukraine-Krieg sein, welcher seit einem Jahr die mediale Berichterstattung prägt.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:⁴¹

Grundsätzlich stehen alle hier untersuchten Fragen zur Armee in Zusammenhang mit der empfundenen Notwendigkeit der Armee. Dazu zählt beispielsweise die Rolle, welche die Armee in der Gesellschaft einnehmen soll, mit 99% Zustimmung zur Notwendigkeit bei Personen, welche sich eine zentrale Rolle der Armee wünschen, 79% Zustimmung bei Schweizerinnen und Schweizern, welche die Armee als ein notwendiges Übel sehen, und 3% Notwendigkeit bei Befragten, welche die Armee am liebsten abschaffen möchten ($V = 0.62$). Weiter zeigt sich beispielsweise eine abnehmende Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee, je stärker die Abschaffung der Wehrpflicht befürwortet wird ($V = 0.36$), und man der Meinung ist, dass die Schweiz zu viel für die Landesverteidigung ausgibt ($V = 0.41$).

6.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit Aufschluss über die allgemeine Legitimation und Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung gibt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz⁴², welche Schweizerinnen und Schweizer der Armee beimessen. Die Diskussion über die Aus-

³⁹ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

⁴⁰ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

⁴¹ Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

⁴² Für die Einsatzfähigkeit der Armee sind einerseits der Ausbildungsstand und andererseits auch die Vollausrüstung essenzielle Voraussetzungen. Anhand der Items «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee wird die Relevanz und Wichtigkeit dieser beiden Voraussetzungen aus Bevölkerungssicht gemessen.

rüstung der Schweizer Armee wurde schon im Kontext der Beschaffung des F-35 Kampffliegers⁴³ geführt und bekam mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine neue Virulenz.⁴⁴ Aufgrund dessen ist die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer in Bezug auf die Ausrüstung aber auch auf die Ausbildung der Armee besonders aktuell und relevant.

Wie im vergangenen Januar wünscht sich eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizern eine «sehr gut ausgebildete Armee» (89%, +1 Pp, siehe Abbildung 17). 50% zeigen sich «sehr einverstanden» damit, 39% «eher». 76% (+2 Pp) der Stimmberechtigten sprechen sich für eine «vollständig ausgerüsteten Armee» aus (34% «sehr einverstanden», 42% «eher einverstanden»). Dies entspricht einer klaren Zunahme der Befürwortung einer «Vollausrüstung» der Armee gegenüber der Befragung im Januar 2022 (+6 Pp). Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung eine Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist und sich durch den Kriegsverlauf weiter akzentuiert. So teilten im Juni 2022 74% diese Auffassung. Das Bedürfnis nach einer sehr gut ausgebildeten und vollständig ausgerüsteten Armee ist somit deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der letzten Jahre.

Soziodemografische Einflüsse Ausbildung:

Die Unterschiede zwischen den hier untersuchten soziodemografischen Gruppen bei der Frage nach einer sehr gut ausgebildeten Armee fallen seit vergangenem Jahr deutlich geringer aus. Einzig aufgrund der politischen Orientierung unterscheiden sich die Befragten, wobei die Befürwortung einer sehr gut ausgebildeten Armee in allen politischen Lagern eine Mehrheit findet (links: 77%, Mitte: 93%, rechts: 94%; $V = 0.20$).

Soziodemografische Einflüsse Ausrüstung:

Je weiter rechts sich eine Person politisch verortet, desto eher wird sie eine vollständig ausgerüstete Armee unterstützen (links: 55%, Mitte: 82%, rechts: 87%; $V = 0.28$). Dieser Befund zeigt sich seit Messbeginn. Neu zeigt sich jedoch seit 2022 eine Spaltung im politisch linken Lager, da nur eine Minderheit der Personen, die sich politisch ganz links positionieren, eine Vollausrüstung der Armee fordern (44% Zustimmung), während die eher links positionierten Personen sich seit 2022 tendenziell positiv äussern (ganz links: 44%, eher links: 56%, in der Mitte: 82%, eher rechts: 86%, ganz rechts: 92%; $V = 0.26$). Unterschiede sind auch aufgrund des Geschlechts zu erkennen: Frauen sprechen sich weniger oft für eine vollständig ausgerüstete Armee aus (Männer: 82%, Frauen: 71%; $V = 0.16$).

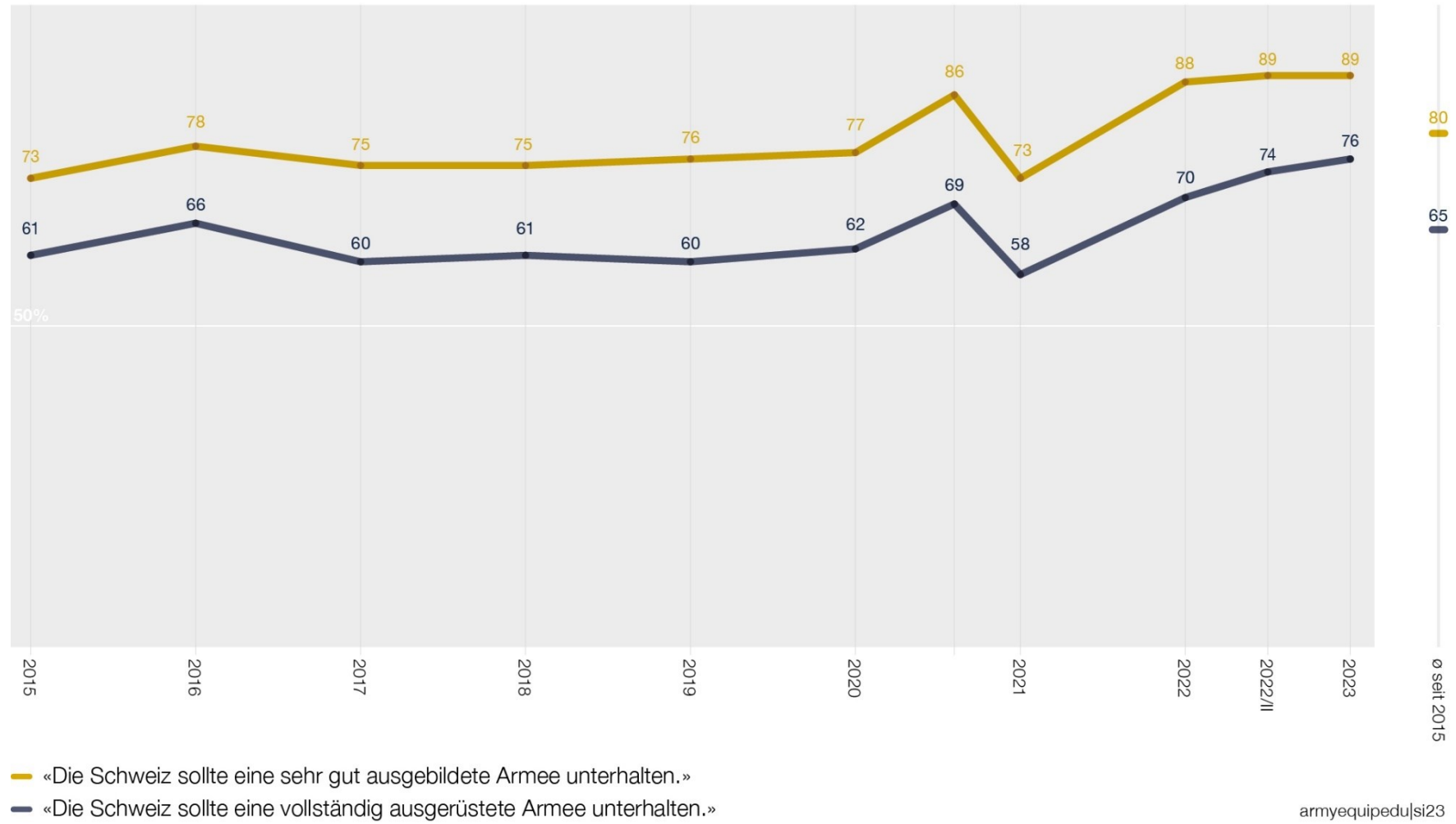
⁴³ Albert, Thomas G. (2022). Weltwoche irrt: Dass der Bundesrat F-35A-Kampffjets kaufen will, ist aus demokratischer Sicht richtig. Auch wenn Armee-Gegner Unterschriften sammeln. Die Weltwoche, 27.05.2022. <https://weltwoche.ch/daily/weltwoche-autor-irrt-dass-der-bundesrat-f-35a-kampffjets-kaufen-will-ist-aus-demokratischer-hinsicht-richtig-auch-wenn-armeegegner-unterschriften-sammeln/>

⁴⁴ Dorer, Christian (2022). «Wer einen Notvorrat hält, ist gut beraten». Blick, 07.03.2022. <https://www.blick.ch/politik/armee-chef-thomas-suessli-im-grossen-blick-interview-wer-einen-notvorrat-haelt-ist-gut-beraten-id17291364.html>

Abbildung 17: **Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee**

«Welchen der folgenden Aussagen über die Schweizer Armee würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Grundsätzlich decken sich die Bedürfnisse nach einer sehr gut ausgebildeten und einer vollständig ausgerüsteten Armee sehr stark ($V = 0.52$). 74% wünschen sich sowohl eine sehr gut ausgebildete als auch eine vollständig ausgerüstete Armee. Lediglich 2% der Befragten wünschen sich zwar eine vollständig ausgerüstete, aber nicht zwingend sehr gut ausgebildete Armee. 13% sprechen sich für eine sehr gut ausgebildete, jedoch nicht vollständig ausgerüstete Armee aus. Wer die Armee als notwendig erachtet, gehört häufiger zur Gruppe von Personen, die beiden Anliegen zustimmt (sehr gute Ausbildung: $V = 0.39$; vollständige Ausrüstung: $V = 0.44$). Dasselbe gilt für Personen, die zufrieden sind mit der Leistung der Armee (sehr gute Ausbildung: $V = 0.34$; vollständige Ausrüstung: $V = 0.37$).

Wer hingegen der Auffassung ist, dass die Schweiz (eher) zu viel Geld für die Verteidigung ausgibt, gehört deutlich häufiger zur Gruppe, welche nur eine sehr gut ausgebildete, jedoch nicht eine vollausgerüstete Armee wünscht ($V = 0.34$). Zu dieser Gruppe gehören auch eher Stimmberechtigte, welche die Wehrpflicht abschaffen möchten ($V = 0.31$).

6.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Armee ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt.⁴⁵ Seit 1976 wird die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee mit den drei Antwortmöglichkeiten gemessen, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird.

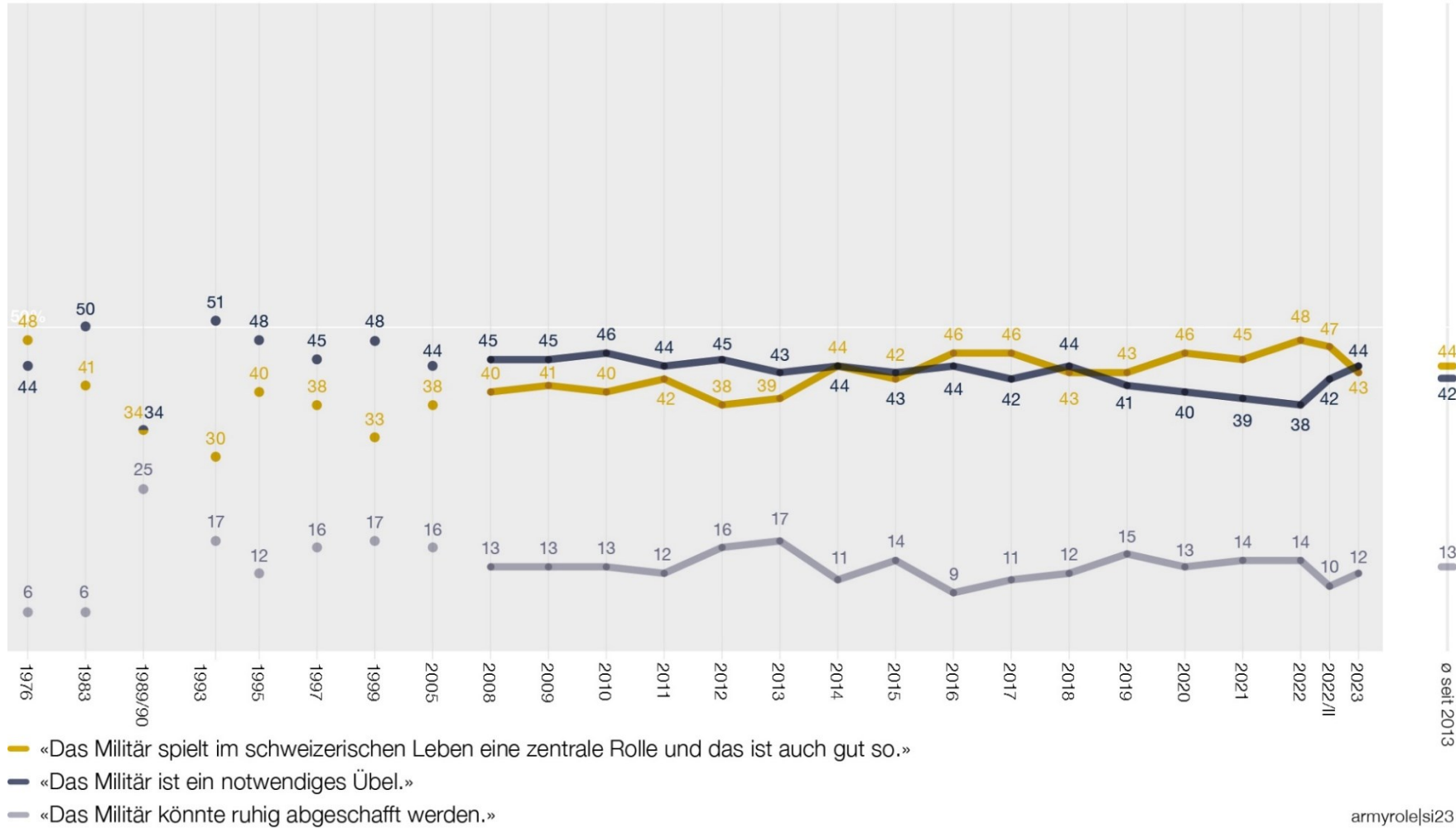
Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die gesellschaftliche Rolle der Armee geringfügig verändert (siehe Abbildung 18). Es zeigt sich die Tendenz, dass wieder etwas mehr Stimmberechtigte die Armee als ein notwendiges Übel erachten (44%, +6 Pp). Stattdessen gibt es weniger Personen, für die die Armee eine zentrale Rolle in der Gesellschaft einnimmt (43%, -5 Pp). Dass die Armee abgeschafft werden soll, wird nach wie vor nur von einer Minderheit unterstützt (12%, -2 Pp). Die Befragung im Juni bestätigte schon diesen Trend, dass die Armee stärker als notwendiges Übel betrachtet wird (zentrale Rolle: 47%, notwendiges Übel: 42%, Abschaffung: 10%). Alle drei hier erfragten Optionen für die Rolle der Armee in der Gesellschaft bewegen sich im Bereich des Durchschnitts der letzten zehn Jahre (Ø 2013 – 2023; zentrale Rolle: 44%, notwendiges Übel: 42%, Abschaffung: 13%).

⁴⁵ Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmberechtigten repräsentativen Meinungsumfragen, 1983 – 2013*. Zürich: Buchbinderei Bommer GmbH, 68.

Abbildung 18: Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

Angaben in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Für welche gesellschaftliche Rolle der Armee sich eine Person ausspricht, hängt massgeblich von der politischen Orientierung ab ($V = 0.31$). Eine Mehrheit von 61% der Befragten mit rechter politischer Orientierung unterstützt eine zentrale Rolle der Armee. Die politische Mitte ist sich bei diesem Wunsch mit einer Zustimmung von 48% uneins. Hingegen sehen lediglich 15% der politisch links orientierten Personen in der Armee eine zentrale gesellschaftliche Institution. Stimmberechtigte, die sich politisch links positionieren, tendieren stattdessen dazu, in der Armee ein «notwendiges Übel» zu sehen (57%). Die Abschaffung der Armee findet einzig im politisch linken Lager einen nennenswerten Zuspruch von 27% (Mitte: 7%, rechts: 5%).

Das Bildungsniveau steht ebenfalls in Zusammenhang mit der gewünschten Rolle der Armee in der Gesellschaft ($V = 0.13$). Personen mit hoher Bildung erachten die Armee eher als ein notwendiges Übel (51%) statt als zentrale Institution (35%), während dies bei Befragten mit mittlerer Bildung genau umgekehrt ist (notwendiges Übel: 38%, zentrale Institution: 53%). Über die letzten Jahrzehnte fällt auf, wie die Altersunterschiede bei der Bewertung der gesellschaftlichen Rolle der Armee kontinuierlich an Bedeutung abgenommen haben und aktuell kaum mehr ins Gewicht fallen.

Weiter zeigen sich Unterschiede in den Sprachregionen, wobei in der Deutschschweiz die Zentralität der Armee deutlicher befürwortet wird als in der französisch- oder italienischsprachigen Schweiz (D-CH: 47%, F-CH/Tessin: 35%; $V = 0.11$). Dort wird die Armee eher als ein notwendiges Übel gesehen (D-CH: 42%, F-CH: 50%, Tessin: 47%). Vor allem die unterschiedliche Wahrnehmung zwischen der Deutschschweiz und der Romandie zeigt sich wiederholt über die Messzeitpunkte hinweg.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Welche gesellschaftliche Rolle man sich von der Armee wünscht, steht klar in Zusammenhang damit, wie notwendig jemand die Armee empfindet ($V = 0.62$). Nur bei Personen, welche die Armee für «unbedingt notwendig» erachten, findet sich eine Mehrheit (75%), welche der Armee eine zentrale Rolle zuschreibt. Schweizerinnen und Schweizer, welche die Armee «eher» als notwendig erachten, sehen sie mehrheitlich als ein notwendiges Übel (62%). Dies trifft bemerkenswerterweise auch für die Gruppe von Personen zu, welche die Armee eigentlich eher nicht für notwendig halten (Zustimmung «notwendiges Übel»: 59%).

Ein wesentlicher Zusammenhang besteht zudem mit der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ($V = 0.50$). Eine hohe Zufriedenheit geht einher mit dem Wunsch nach einer zentralen Rolle der Armee, während eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit mit dem Wunsch nach einer Abschaffung der Armee verbunden ist. Auch die Ansicht zu den Verteidigungsausgaben ist verknüpft mit der Meinung, welche Rolle die Armee in der Gesellschaft einnehmen soll ($V = 0.45$). Personen, welche die Verteidigungsausgaben als zu gering einstufen, wünschen sich mit über 70% eine Armee, die in der Gesellschaft einen zentralen Platz einnimmt. Befragte, die zufrieden sind mit den Verteidigungsausgaben, teilen sich auf in einen Teil, der die Armee als zentral wahrnimmt (57%), und einen Teil, der in der Armee ein notwendiges Übel sieht (41%). Eine Mehrheit von 62% der Personen, welche die Verteidigungsausgaben als «zu viel» bezeichnen, sieht in der Armee ein notwendiges Übel. Auch gibt es grosse Vertrauensunterschiede je nach bevorzugter gesellschaftlicher Rolle für die Armee ($V = 0.41$). Schweizerinnen und Schweizer, welche ein tiefes Vertrauen in die Armee aufweisen, möchten diese am liebsten abschaffen. Personen mit einem durch-

schnittlichen Vertrauen sehen in der Armee ein notwendiges Übel, während ein hohes Vertrauen in Zusammenhang steht mit dem Wunsch nach einer zentralen Rolle der Armee in der Schweiz.

6.4 Wehrform

Mit dem Begriff «Wehrform» wird unter anderem verstanden, wie Personal für die Armee rekrutiert wird. Die Rekrutierung kann auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen: Erstens, durch eine gesetzlich geregelte Wehrpflicht, also Zwang, oder zweitens durch einen Vertrag und somit durch Freiwilligkeit. Ein zweiter wesentlicher Faktor der Wehrform ist die Art der Verfügbarkeit des Personals. Dabei wird zwischen stehenden Armeen bzw. Berufsarmeen/Freiwilligenarmeen und Milizarmeen unterschieden.⁴⁶ Dieses Kapitel diskutiert die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung, und über die Frage, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleistet, denkt.

Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee seit Erhebungsbeginn stets von einer Mehrheit bejaht wurde, war die Mehrheit der Stimmbevölkerung nicht immer mit der Miliz als Wehrform einverstanden. Als Alternative wurde auch eine Berufsarmee ins Auge gefasst. Seit 2013 präferiert aber eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. Daran ändert auch der Krieg in der Ukraine nichts, da beide Messungen seit Kriegsbeginn unveränderte Werte ergeben. Nach wie vor stehen im Januar 2023 59% bzw. im Juni 2022 58% (–1 Pp bzw. –2 Pp) aller Stimmberechtigten hinter der Milizarmee (siehe Abbildung 19). 37% bzw. 36% (+3 Pp bzw. +2 Pp) unterstützen eine Armee bestehend einzig aus Berufspersonal. Diese Anteile zeigen sich seit gut zehn Jahren äusserst stabil (Ø für Milizarmee 2013 – 2023: 58%; Ø für Berufsarmee 2013 – 2023: 36%).

Soziodemografische Einflüsse:

Die bevorzugte Wehrform steht weniger deutlich in Zusammenhang mit den hier untersuchten soziodemografischen Eigenschaften. Vor allem das Alter spielt eine Rolle, da seit Messbeginn ältere Personen häufiger hinter der Milizarmee stehen als jüngere Personen ($V = 0.18$). Umgekehrt ist eine Berufsarmee insbesondere bei Personen jüngeren Alters beliebt. Seit 2013 ist jedoch auch in der Altersgruppe der 18–34-Jährigen nur eine Minderheit für die Einführung einer Berufsarmee. Aktuell liegt der Anteil bei 45%, was genau dem zehnjährigen Durchschnittswert entspricht.

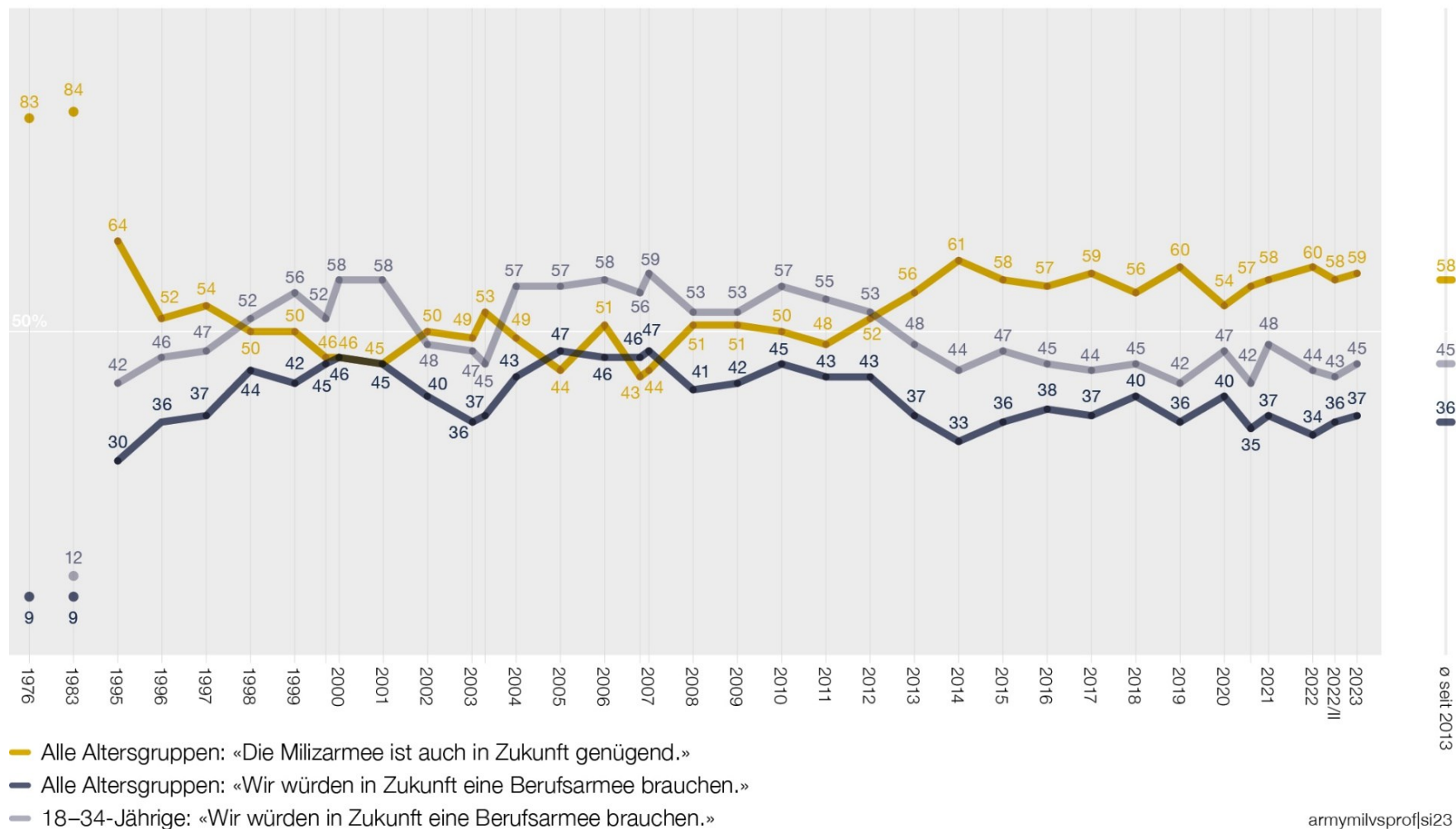
Relevant ist auch die politische Orientierung ($V = 0.18$). Eine deutliche Mehrheit der politischen Mitte und der politisch rechts orientierten Stimmberechtigten sprechen sich für die Milzarmee aus. Das politisch links orientierte Lager ist bei der Frage nach der angemessenen Wehrform gespalten (Milizarmee: links: 45%, Mitte: 59%, rechts: 68%; Berufsarmee: (links: 48%, Mitte: 38%, rechts: 30%; $V = 0.18$).

⁴⁶ Szvircsev Tresch, T. (2005). Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003. Dissertation, Universität Zürich.

Abbildung 19: Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

Angaben in Prozent, gerundet



Seit 2013 hat sich ein leichter Geschlechterunterschied bei der Frage nach der Wehrstruktur etabliert. Frauen erachten dabei die Milizarmee etwas seltener als angemessen in Zukunft die Landesverteidigung der Schweiz sicherzustellen (Männer: 65%, Frauen: 53%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Eine klare Mehrheit, welche die Wehrpflicht abschaffen möchte, spricht sich für die Einführung einer Berufsarmee aus ($V = 0.42$). Weiter zeigt sich, dass Personen, die unzufrieden sind mit der Leistung der Armee, sich eher eine Berufsarmee wünschen. Je grösser die Zufriedenheit bewertet wird, desto stärker wird eine Milizarmee unterstützt ($V = 0.29$).

Abschaffung der Wehrpflicht

Der Krieg in der Ukraine scheint keinen Einfluss auf die Akzeptanz der Wehrpflicht zu haben. Unverändert fordert eine Minderheit von 35% (± 0 Pp, im Juni 2022: 33%) die Abschaffung der Wehrpflicht (siehe Abbildung 20). Dieser Wert entspricht dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre ($\emptyset$ 2013 – 2023: 36%).

Soziodemografische Einflüsse:

Die Abschaffung der Wehrpflicht ist seit jeher besonders ein Anliegen des linken politischen Lagers (links: 57%, Mitte: 31%, rechts: 21%; $V = 0.25$). Bei der Berücksichtigung der politischen Position zeigt sich, dass die Unterstützung für dieses Anliegen deutlich grösser ist bei Personen, die sich politisch ganz links positionieren (ganz links: 68%, eher links: 56%, in der Mitte: 31%, eher rechts: 23%, ganz rechts: 16%; $V = 0.22$). Ebenfalls eine Konstante sind die Altersunterschiede. Seit mehreren Jahren ist rund die Hälfte der 18–34-Jährigen für die Abschaffung der Wehrpflicht. Mit zunehmendem Alter steigt jedoch die Befürwortung der Wehrpflicht ($V = 0.12$). Ebenfalls wiederholt sich der Befund, dass in der Deutschschweiz die Bereitschaft, den Militärdienst nur Freiwilligen zu überlassen, am tiefsten ausfällt (D-CH: 32%, F-CH: 46%, Tessin: 44%; $V = 0.13$).

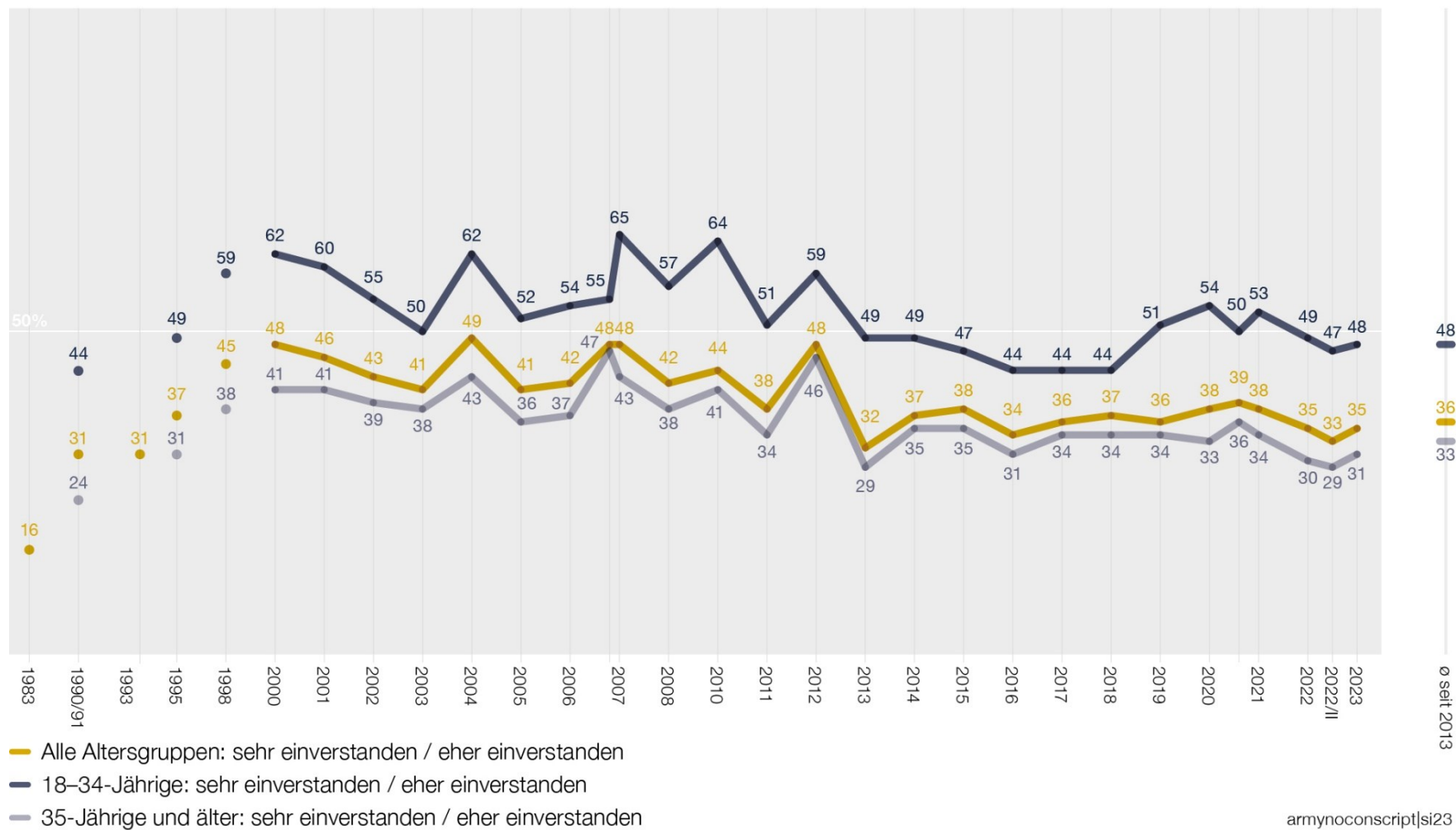
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Befragte, welche der Ansicht sind, dass die Milizarmee auch in Zukunft angemessen ist, lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht mehrheitlich ab. Eine Mehrheit der Personen, die jedoch eine Berufsarmee möchten, stützt das Anliegen der Abschaffung der Wehrpflicht ($V = 0.42$). Dasselbe Muster zeigt sich bei der Notwendigkeit der Armee. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, welche die Armee nicht als notwendig erachten, befürwortet die Abschaffung der Wehrpflicht ($V = 0.36$). Sofern Stimmberechtigte die Verteidigungsausgaben als zu viel einschätzen, sprechen sie sich eher für die Abschaffung der Wehrpflicht aus ($V = 0.36$). Personen, welcher der Armee eine zentrale gesellschaftliche Rolle zusprechen, lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht klar ab; im Gegensatz zu jenen, welche die Armee abschaffen möchten ($V = 0.40$). Befragte, die zwar eine sehr gut ausgebildete, jedoch nicht eine vollständig ausgerüstete Armee wünschen, befürworten mehrheitlich die Abschaffung der Wehrpflicht ($V = 0.24$). Wer stattdessen eine Vollausrüstung der Armee fordert, spricht sich klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus ($V = 0.31$).

Abbildung 20: Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht

«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»

Angaben in Prozent, gerundet



armynoconsript|si23

6.5 Zufriedenheit mit der Leistung der Armee

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee aus Sicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist für das Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen wichtig. Aufgrund dessen wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbürgerinnen mit der Leistung der Armee ist.

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Leistung der Armee

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10

(1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20II	'21	'22	'22II	'23	SD	Δ 22II/23	$\emptyset$ 11–23
Zufriedenheit mit der Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	6.7	6.4	6.6	6.6	6.6	1.8	± 0	6.4

SD Standardabweichung

Δ Differenz

$\emptyset$ Durchschnitt

Die Zufriedenheit mit der Leistung bei den Erhebungen im Januar 2022 (6.6), Juni 2022 (6.6) als auch im Januar 2023 (6.6) bleibt unverändert (siehe Tabelle 4). Nach wie vor beträgt die durchschnittliche Zufriedenheit 6.6 auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden». Im mehrjährigen Vergleich entspricht dies einer überdurchschnittlichen Zufriedenheit ($\emptyset$ 2011 – 2023: 6.4).

Soziodemografische Einflüsse:

Personen, die sich politisch links verorten, sind deutlich unzufriedener mit der Leistung der Armee (links: 5.5, Mitte: 6.9, rechts: 7.2; $V = 0.29$). Diese grössere Unzufriedenheit der Stimmberechtigten im linken Spektrum zeigt sich kontinuierlich seit der ersten Messung. Genauer aufgeschlüsselt nach der politischen Position zeigt sich, dass vor allem Schweizerinnen und Schweizer des ganz linken Spektrums signifikant unzufriedener mit Leistung der Armee sind (ganz links: 4.6, eher links: 5.7, in der Mitte: 6.9, eher rechts: 7.1, ganz rechts: 7.4; $V = 0.24$). Mit steigendem Alter steigt tendenziell auch die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee (18–34-Jährige: 6.3, 35–49-Jährige: 6.5, 50–64-Jährige: 6.7, ab 65-Jährige: 6.9; $V = 0.13$). Hingegen steht eine hohe Bildung in Zusammenhang mit einer geringeren Zufriedenheit (tief: 7.2, mittel: 6.9, hoch: 6.3; $V = 0.18$). Regelmässig liegt die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee in der französischsprachigen Schweiz am tiefsten (D-CH: 6.7, F-CH: 6.4, Tessin: 6.7; $V = 0.11$). Die genannten Unterschiede erweisen sich im Zeitverlauf stabil.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee steht unmittelbar in Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Armee ($V = 0.30$). Ein hohes Vertrauen geht einher mit einer hohen Zufriedenheit, und umgekehrt. Bedeutsam ist auch die Notwendigkeit der Armee ($V = 0.41$). Personen, welche die Armee nicht als notwendig erachten, äussern eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit. Unterdurchschnittlich ist die Zufriedenheit auch bei Schweizerinnen und Schweizern, die sich eine Berufsarmee wünschen ($V = 0.29$). Weiter zeigt sich, dass Personen, welche keine sehr gut ausgebildete ($V = 0.34$) und vollständig ausgerüstete ($V = 0.37$) Armee wollen, eine tiefere Zufriedenheit mit der Leistung der Armee bekunden.

6.6 Verteidigungsausgaben

Ein weiterer wichtiger und aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, welche aufzeigt, inwieweit Schweizerinnen und Schweizer bereit sind, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz im weitesten Sinne bereitzustellen.

Infolge des Krieges in der Ukraine flammte in der Schweiz im März 2022 die schwelende Diskussion über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf. Bürgerliche Vertreterinnen und Vertreter forderten eine Erhöhung um CHF 2 Mia. in den kommenden Jahren, bzw. eine Aufstockung auf 1% des Bruttosozialproduktes bis 2030.⁴⁷ Im parlamentarischen Prozess beschloss der Ständerat am 2. Juni 2022, nachdem der Nationalrat schon am 9. Mai 2022 einer Erhöhung der Ausgaben bis 2030 zugestimmt hatte, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen. Damit steht fest, dass die Verteidigungsausgaben erstmals seit mehreren Jahrzehnten wieder – gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes – steigen sollen.⁴⁸ In der Befragung der Studienreihe «Sicherheit» vom Juni 2022, die zwischen dem 30. Mai und dem 17. Juni durchgeführt wurde, zeigte sich, dass auch in der Bevölkerung ein Meinungsumschwung zu den Verteidigungsausgaben stattgefunden hat. Noch nie seit über 35 Jahren waren derart viele Stimmberechtigte der Meinung, dass die Schweiz zu wenig Geld für die Verteidigung ausgibt. Die Ansicht, dass zu viel Geld für die Verteidigung ausgegeben wird, befand sich hingegen auf einem historischen Tiefststand (siehe Abbildung 21).

In der zweiten Jahreshälfte 2022 mehrten sich die Nachrichten, wonach die Bundesfinanzen in den folgenden Jahren ein deutliches Defizit ausweisen werden.⁴⁹ Damit verbunden waren Aufforderungen zu Sparmassnahmen in verschiedenen Bereichen der Bundesfinanzen. Am 15. Februar 2023 verkündete der Bundesrat im Rahmen der Armeebotschaft 2023, dass die vom Parlament beschlossene Erhöhung des Armeebudgets langsamer stattfinden soll, als ursprünglich geplant.⁵⁰ Diese Ankündigung fand jedoch rund drei Wochen nach dem Ende des Befragungszeitraums für die Studie «Sicherheit 2023» statt und hat damit keinen Einfluss auf die im Januar 2023 erhobenen Daten.

Beim Vergleich der Einstellung der Stimmberechtigten im Verlauf des letzten Jahres zeigen sich deutliche Verschiebungen. Noch im Januar 2022 sagten 42% der Schweizerinnen und Schweizer, dass zu viel Geld für die Landesverteidigung ausgegeben werde. Im Juni 2022, fünf Monate, später lag der Anteil an Personen, welche diese Ansicht teilten, noch bei 30% (–12 Pp). Weitere sieben Monate später, also im Januar 2023, äussern 36% das Bedenken, dass die Schweiz zu viel Geld für die Landesverteidigung ausgabe.

⁴⁷ Gafner, Beni (2022). *Wohin fliesst das viele Geld?* Berner Zeitung, 10.05.2022, Seite 11.

⁴⁸ SDA (2022). *Parlament will Armeeausgaben schrittweise erhöhen*. 04.07.2022: https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2022/20220602104143671194158159038_bsd076.aspx

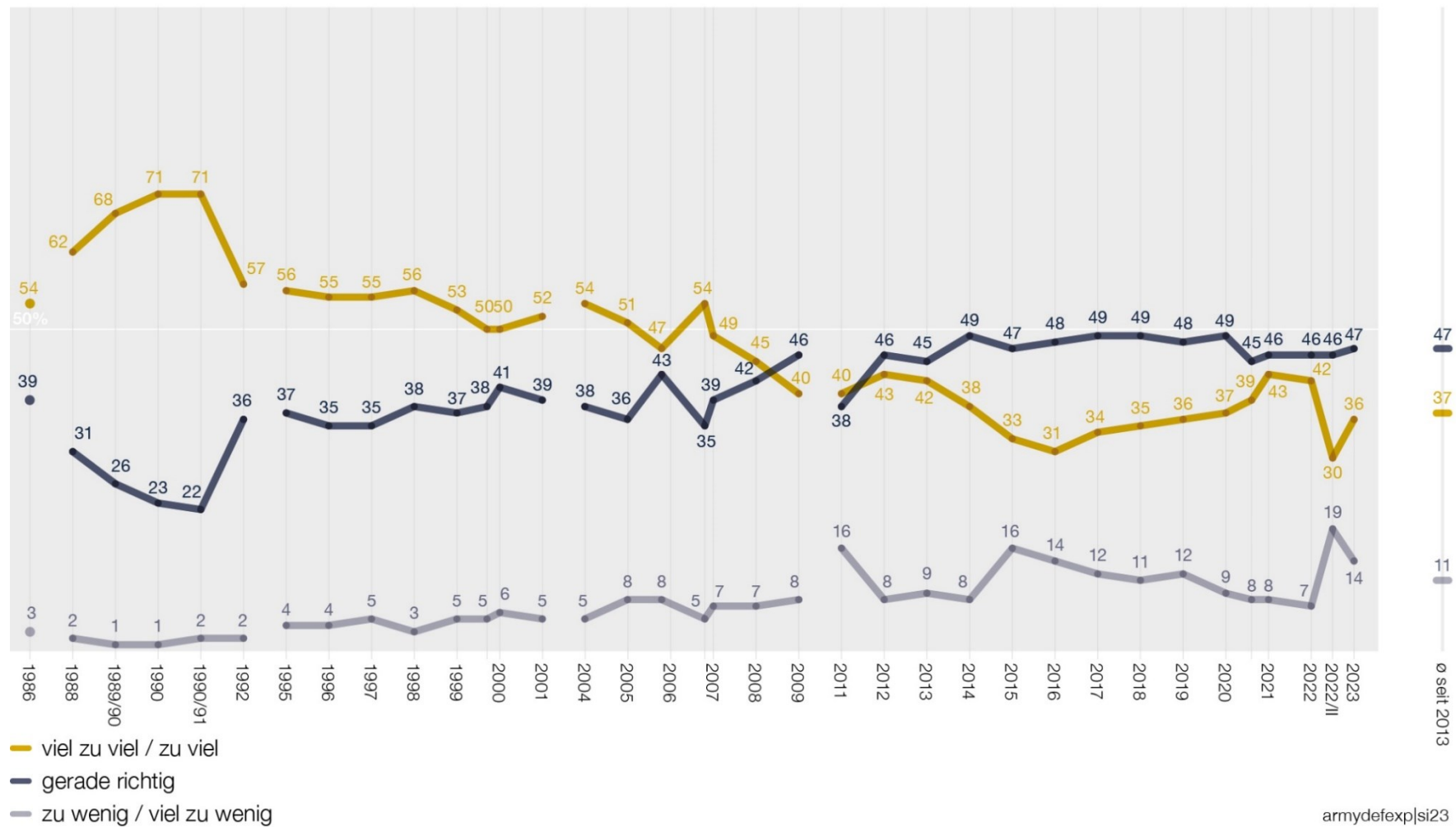
⁴⁹ Schäfer, Fabian (2022). *Budgetstreit im Bundesrat – Ueli Maurer stellt den rasanten Anstieg der Armeeausgaben infrage*. Neue Zürcher Zeitung, 08.11.2022, <https://www.nzz.ch/schweiz/budgetstreit-im-bundesrat-ueli-maurer-stellt-den-rasanten-anstieg-der-armeeausgaben-infrage-ld.1710744?reduced=true>; Flügel, Lea; Marty, Frank (2022). *Bundesfinanzen 2023: Tiefrote Zahlen erfordern Priorisierung*. *economiesuisse*, 10.11.2022, <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/bundesfinanzen-2023-tiefrote-zahlen-erfordern-priorisierung>; Wanner, Christine (2022). *Die fetten Zeiten des Geldausgebens sind vorbei beim Bund*. SRF, 10.11.2022, <https://www.srf.ch/news/schweiz/sorge-um-die-finanzen-die-fetten-zeiten-des-geldausgebens-sind-vorbei-beim-bund>

⁵⁰ VBS (2023). *Armeebotschaft 2023*. (21.02.2023) <https://www.vbs.admin.ch/de/sicherheit/armee/armeebotschaften/armeebotschaft-2023.html#dokumente>

Abbildung 21: Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

Angaben in Prozent, gerundet



Damit empfinden deutlich weniger Personen als im Januar 2022 das Verteidigungsbudget als zu hoch (–6 Pp); aber wieder mehr als im Juni 2022 (+6 Pp). Der aktuelle Wert von 36% liegt neu im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (Ø 2013 – 2023: 37%). Umgekehrt ist der Anteil an Personen, welche die Verteidigungsausgaben als zu tief bewerten, von 7% im Januar 2022 auf 19% (+12 Pp) im Juni 2022 gestiegen. Im Januar 2023 wiederum ist der Wert auf 14% (–5 Pp) gesunken. Trotz dieses Rückgangs empfinden im Januar 2023 doppelt so viele Personen das Verteidigungsbudget als zu tief als noch im Januar des letzten Jahres.

Es ist zu vermuten, dass als Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine mehr Stimmberechtigte als gewöhnlich im Juni 2022 den Wunsch nach einer raschen Erhöhung der Verteidigungsausgaben äusserten. Angesichts der öffentlich diskutierten Defizite im Bundeshaushalt scheint sich aber die Haltung zu zeigen, dass die Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht mehr zuoberst auf der Prioritätenliste steht. Rund die Hälfte (47%) der Schweizerinnen und Schweizer ist der Meinung, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben gerade richtig sei.

Soziodemografische Einflüsse:

Klare Unterschiede bei der Bewertung der Verteidigungsausgaben ergeben sich aufgrund der politischen Orientierung. Die Unzufriedenheit mit den Ausgaben ist im politisch linken Lager seit dem Erhebungsbeginn 1986 am grössten. Im Januar 2023 schätzt nur knapp jede dritte Person, die sich politisch links einordnet, das Budget als «gerade richtig» ein (links: 31%, Mitte: 51%, rechts: 56%). Politisch links orientierte Personen empfinden dagegen die Ausgaben für die Verteidigung deutlich häufiger als zu hoch (links: 61%, Mitte: 30%, rechts: 22%). Eine Ausnahme ist hier die Befragung vom Juni 2022, als sich in der Folge des Krieges in der Ukraine die politisch linke Seite gespalten zeigte (48%). Der Umschwung zwischen den Befragungen im Juni 2022 und Januar 2023 im Meinungsbild, dass zu viel für die Verteidigung ausgegeben werde, ist somit zum Grossteil auf Personen aus dem politisch linken Lager zurückzuführen. Wie gewohnt zeigt sich, dass je weiter rechts jemand steht, desto eher neigt man dazu, das Verteidigungsbudget als zu tief zu bewerten (links: 6%, Mitte: 14%, rechts: 20%; $V = 0.26$).

Für die Bewertung der Verteidigungsausgaben ist auch das Geschlecht bedeutsam. Frauen sind deutlich häufiger der Meinung, dass zu viel Geld ausgegeben wird (Männer: 29%, Frauen: 42%), während Männer eher davon überzeugt sind, dass zu wenig Geld gesprochen wird (Männer: 20%, Frauen: 8%; $V = 0.20$).

Rund die Hälfte der 18–34-Jährigen empfindet das Armeebudget als zu hoch, im Gegensatz zu Personen ab 35 Jahren (18–34-Jährige: 49%, 35–49-Jährige: 35%, 50–64-Jährige: 30%, ab 65-Jährige: 32%; $V = 0.10$). Keine Altersunterschiede zeigen sich hingegen bei der Aussage, dass die Schweiz zu wenig für die Verteidigung ausgibt.

Schliesslich zeigt sich, dass in der Deutschschweiz die Verteidigungsausgaben seltener als zu hoch bewertet werden (D-CH: 33%, F-CH: 41%, Tessin: 49%; $V = 0.10$). Personen, welche das Budget eher als zu tief bewerten, kommen hingegen häufiger aus der Deutschschweiz (D-CH: 17%, F-CH: 8%, Tessin: 8%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Von grosser Bedeutung für die Einschätzung der Verteidigungsausgaben ist die Frage, ob jemand die Armee als notwendig erachtet oder nicht ($V = 0.41$). Eine Mehrheit der Befragten, welche die Armee für notwendig erachtet, empfindet das Budget für die Verteidigung als «gerade richtig». Hingegen sind Personen, die in der Armee keine Notwendigkeit sehen, mit grosser Mehrheit der Auffassung, dass zu viel für die Verteidigung ausgegeben werde. Dasselbe Muster zeigt sich bei der Frage, ob sich Stimmberechtigte für die Abschaffung der Wehrpflicht aussprechen ($V = 0.30$). Personen, welche die Wehrpflicht beibehalten wollen, zeigen sich mehrheitlich zufrieden mit den Verteidigungsausgaben, oder wollen diese eher erhöhen.

Weiter zeigt sich, dass jene, welche sich für eine «vollständig ausgerüstete» ($V = 0.34$) sowie für eine «sehr gut ausgebildete» ($V = 0.30$) Armee aussprechen, die Höhe der Verteidigungsausgaben vermehrt akzeptieren, oder sie tendenziell für zu wenig erachten. Anzumerken ist jedoch auch, dass 19% aller Stimmberechtigten zwar eine vollständig ausgerüstete Armee fordern, die Verteidigungsausgaben jedoch trotzdem als zu hoch beurteilen. Stimmberechtigte, die das Militär als abschaffungswürdige Institution wahrnehmen, sind vor allem der Ansicht, dass zu viel für die Verteidigung ausgegeben wird. Jene, die im Militär ein notwendiges Übel sehen, schätzen die Verteidigungsausgaben eher als gerade richtig oder als zu hoch ein. Wer den Zentralitätsgedanken des Militärs teilt, erachtet die Ausgaben für die Armee eher als zu gering oder gerade richtig ($V = 0.45$). Je stärker die Abschaffung der Wehrpflicht befürwortet wird, desto öfters sind die Befragten der Auffassung, dass die Schweiz zu viel Geld für die Verteidigung ausgibt ($V = 0.30$).

Schliesslich ist zu erwähnen, dass Befragte, welche das Verteidigungsbudget als zu hoch empfinden, der Armee ein unterdurchschnittliches Vertrauen entgegenbringen ($V = 0.27$).

7 Fazit der Studie «Sicherheit 2023»

Der Vergleich der im Januar 2023 (N = 1238) durchgeführten Studie mit der Haupterhebung im Januar 2022 (N = 1217), kurz vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges (24.02.2022), sowie der vier Monate nach Kriegsbeginn durchgeführten Nachbefragung (N = 1003, Juni 2022) zeigt Folgendes:

Zwischen den drei Erhebungen zeigen sich Einstellungsunterschiede: Dabei dürfte das veränderte aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild massgeblich auf den Krieg in der Ukraine, seinen Verlauf, auf die gegenüber Russland getroffenen Sanktionen als auch auf die gesellschaftliche und politische Diskussion der Rolle der Schweiz als neutraler Staat zurückzuführen sein.

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der Stimmberechtigten bleibt auf hohem Niveau stabil. Das durchschnittliche Vertrauen in Schweizer Behörden und Institutionen bleibt gegenüber Januar 2022 gleich und ist hoch. Die Schweizer Bevölkerung bewertet die Zukunft der Schweiz als auch der Welt seit Kriegsausbruch pessimistischer. Damit zeigt sich auch die anhaltend volatile Sicherheitslage im Meinungsbild. Als Folge werden überwiegend Krieg, Klima und Wirtschaftskrisen als die drei grössten Bedrohungen für die Schweiz genannt. Beim Vertrauen in ausgewählte Staaten ist der markante Vertrauenszuwachs in die USA und der grosse Vertrauensverlust in Russland und China auffällig.

Nach wie vor wird mit der EU eine rein wirtschaftliche Kooperation ohne Beitritt gewünscht. Die Zusammenarbeit mit der UNO und weiche Kooperationsformen (Konfliktvermittlung, Entwicklungshilfe) werden mehrheitlich unterstützt. Während erstmalig eine knappe Mehrheit (55%) eine Annäherung an die NATO befürwortet, ist ein Beitritt nach wie vor ein Minderheitsanliegen. Der Wunsch nach militärischer und absoluter Autonomie ist gesunken. Rund ein Drittel der Befragten sieht in einem europäischen Militärbündnis mehr Sicherheit als in der Beibehaltung der Neutralität.

Der Neutralität wird im Allgemeinen sowie ihren Funktionen (Solidaritäts-, Identitäts- und sicherheitspolitische Funktion) weniger stark zugestimmt. Stimmberechtigte sind bei der Frage, ob die bewaffnete Neutralität heute noch glaubhaft geschützt werden kann, gespalten. Ebenso wird die Umsetzung der Neutralität kritischer bewertet. Dennoch bejaht eine Mehrheit die Neutralität als vorrangiges Ziel der Aussenpolitik und die differenzielle Neutralitätspolitik der Schweiz. Obschon die Neutralität kritischer bewertet wird, ist sie immer noch ein finaler Wert und eine kleine Minderheit spricht sich für einen Verzicht aus. Dabei werden die sieben Neutralitätsmerkmale immer noch von einer Mehrheit bejaht und stützen die These, dass Neutralität ein (stabiler) Wert an sich ist. Nach wie vor sind Stimmberechtigte mehrheitlich von der Richtigkeit der gegenüber Russland ergriffenen Sanktionen als auch von deren Vereinbarkeit mit der Neutralität überzeugt. Lediglich ein Drittel sieht darin die Guten Dienste der Schweiz in Gefahr.

Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz gestärkt wird. Dies zeigt sich zum einen in der starken Zustimmung zur Notwendigkeit, der stärkeren Forderung nach einer vollausgerüsteten Armee und zum anderen, dass Stimmberechtigte höheren Verteidigungsausgaben stärker zustimmen als im Januar 2022.

Synthese:

Im Langzeitvergleich fällt auf, dass die NATO-Akzeptanz bei Stimmberechtigten im Kontext von Kriegen in Europa (Jugoslawien-Krieg 1996, Kosovo-Krieg 1999, Krim-Krise 2014, Ukraine-Krieg 2022) tendenziell zunimmt. Dabei ist dies im Kontext des Krieges in der Ukraine besonders stark ausgeprägt. Es scheint, dass der Ukraine-Krieg und die Diskussionen zur Rolle der neutralen Schweiz die Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber sicherheits-, neutralitäts- und verteidigungspolitischen Fragen deutlich verändert haben. Ob dieser Effekt längerfristig ist, wird sich bei der nächsten Umfrage im Januar 2024 zeigen.

8 Literaturverzeichnis

- Albert, Thomas G. (2022). *Weltwoche irrt: Dass der Bundesrat F-35A-Kampffjets kaufen will, ist aus demokratischer Sicht richtig. Auch wenn Armee-Gegner Unterschriften sammeln*. Die Weltwoche. 27.05.2022. (08.03.2023). <https://weltwoche.ch/daily/weltwoche-autor-irrt-dass-der-bundesrat-f-35a-kampffjets-kaufen-will-ist-aus-demokratischer-hinsicht-richtig-auch-wenn-armeegegner-unterschriften-sammeln/>
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2019). *Katalog der Gefährdungen. Katastrophen und Notlagen Schweiz*. 2. Auflage. BABS, Bern.
- Bundesamt für Statistik (2021). *Strukturerhebung*. (15.02.2023). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/se.html>
- Bundesamt für Statistik (2023a). *SILC. Interesse für die Politik, Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen und politische Position, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen*. (15.02.2023). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/subjektives-wohlbefinden-und-lebensbedingungen/politik.assetdetail.21084195.html>
- Bundesamts für Statistik (2023b). *Politik*. (08.03.2023). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/subjektives-wohlbefinden-und-lebensbedingungen/politik.html#:~:text=Insgesamt%20positionieren%20sich%2011%2C4,%2C1%25%20in%20der%20Mitte>
- Bundeskanzlei (2023). *Eidgenössische Volksinitiative 'Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)'*. (20.02.2023). <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540.html>
- Cohen, Jacob (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. (2nd ed.). Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates.
- Dorer, Christian (2022). *Wer einen Notvorrat hält, ist gut beraten*. Blick. 07.03.2022. (08.03.2023). <https://www.blick.ch/politik/armeechef-thomas-suessli-im-grossen-blick-interview-wer-einen-notvorrat-haelt-ist-gut-beraten-id17291364.html>
- EDA (2022). *Die Neutralität der Schweiz*. 03.03.2022. Bern: EDA.
- EDA (2023). *Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat*. (14.02.2023). <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/vereinte-nationen/schweizer-engagement/UNO-Sicherheitsrat.html>
- Ellis, Paul D. (2010). *The Essential Guide to Effect Sizes: Statistical Power, Meta-Analysis, and the Interpretation of Research Results* (1st ed.). Cambridge University Press.
- Ferst, Thomas (2018). *Auch in Zeiten terroristischer Bedrohung ist die Schweiz eine offene Gesellschaft, in der man sich sehr sicher fühlt und der Polizei vertraut*. KRIMINALISTIK Nr. 7, 2018, 473-477.
- Ferst, Thomas (2021). *Spiegelt sich die veränderte Bedrohungslage auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung wieder?* KRIMINALISTIK Nr. 10, 2021, 570-574.
- Ferst, Thomas; Szvircsev Tresch, Tibor (2018). *Wie die Schweizer Bevölkerung den Terrorismus wahrnimmt*: SKP Info 2/2018, 3-7. (08.03.2023). <https://www.skppsc.ch/de/download/skp-info-2-2018>
- Flügel, Lea; Marty, Frank (2022). *Bundesfinanzen 2023: Tiefrote Zahlen erfordern Priorisierung*. economiesuisse, (10.11.2022). <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/bundesfinanzen-2023-tiefrote-zahlen-erfordern-priorisierung>
- Gafner, Beni (2022). *Wohin fliesst das viele Geld?* Berner Zeitung, 10.05.2022, 11.
- Huber, Max (1934). *Grundlagen nationaler Erinnerungen*. Zürich: Schulthess & Co.
- Imhof, Kurt (2007). *Sonderfalldiskurse und Pfadabhängigkeiten: Der Fall Schweiz*. In: Eberle, Thomas S; Imhof, Kurt (2007). *Sonderfall Schweiz*. Zürich: Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen, 25-54.

- Jauslin, Carl; Schaad, Lea; Graf, Christina (2022). *Kooperative Neutralität: Sieben Empfehlungen für ein Update der Schweizer Neutralität*. Zürich: foraus - Forum Aussenpolitik. (08.03.2023). <https://foraus.ch/publications/kooperative-neutralitaet-sieben-empfehlungen-fuer-ein-update-der-schweizer-neutralitaet/>
- Merz-Benz, Peter-Ulrich (2015). *Öffentliche Meinung und soziologische Theorie. Mit Ferdinand Tönnies weiter gedacht*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Mirow, Wilhelm Theodor (2012). *The Idiosyncrasies of Contemporary Swiss Security Policy and Practice: A Strategic Culture-Based Explanation*. Contemporary Security Policy 33 (2), 337-359.
- Schäfer, Fabian (2022). *Budgetstreit im Bundesrat – Ueli Maurer stellt den rasanten Anstieg der Armeeaussgaben infrage*. Neue Zürcher Zeitung, 08.11.2022. (08.03.2023). <https://www.nzz.ch/schweiz/budgetstreit-im-bundesrat-ueli-maurer-stellt-den-rasanten-anstieg-der-armeeausgaben-infrage-id.1710744?reduced=true>
- Schweizerischer Bundesrat (2021). *Die Sicherheitspolitik der Schweiz*. Bericht des Bundesrates vom 24. November 2021. (23.02.2023). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/2895/de>
- Schweizerischer Bundesrat (2022). *Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik*. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 22.3385, Aussenpolitische Kommission SR, 11.04.2022.
- SDA (2022). *Parlament will Armeeaussgaben schrittweise erhöhen*. (04.07.2022). https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2022/20220602104143671194158159038_bsd076.aspx
- Szvircevic Tresch, T. (2005). *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003*. Dissertation, Universität Zürich.
- Szvircevic Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P (2022). *Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich. 04.07.2022. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72058.pdf>. 142-151.
- VBS (2023). *Armeebotschaft 2023*. (21.02.2023) <https://www.vbs.admin.ch/de/sicherheit/armee/armeebotschaften/armeebotschaft-2023.html#dokumente>
- Wanner, Christine (2022). *Die fetten Zeiten des Geldausgebens sind vorbei beim Bund*. SRF, 10.11.2022. (08.03.2023). <https://www.srf.ch/news/schweiz/sorge-um-die-finanzen-die-fetten-zeiten-des-geldausgebens-sind-vorbei-beim-bund>
- Widmer, Paul (2008). *Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen, Geschichte, Gestaltung*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983 – 2013*. Zürich: Buchbinderei Bommer GmbH.

9 Anhang

9.1 Fragebogen

Begrüssung.

1. Guten Tag,
hier ist ... Ich läute Ihnen im Auftrag vom Bund an. Wir vom Forschungsinstitut LINK sind mit der Durchführung von einer Befragung von Stimmberechtigten zum Thema Sicherheit beauftragt worden. Das Interview dauert rund 20 Minuten. Aufgrund von unserem statistischen Auswahlverfahren sollte ich das Interview führen mit [Einblendung Vor- und Nachname, Geschlecht, Alter].
Sind Sie das selber oder können Sie mich mit dieser Person verbinden?

- (1) OK, weiter mit Interview
- (0) Nicht OK, Interviewabbruch
- (-96) keine Angabe

2. Zu Schulungszwecken werden ca. 5 % von den Interviews durch Projektverantwortliche mitgehört.

[INTERN] FALLS BEFRAGTER ZÖGERT: Dabei geht es aber nur um meine Befragungstechnik und nicht um Ihre Antworten.

- (1) OK, weiter mit Interview
- (0) Nicht OK, Interviewabbruch
- (-96) keine Angabe

Zunächst einige Einstiegsfragen.

3. Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

[INTERN] Alter notieren.

- (1) Long
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

4. Sind Sie in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

[INTERN] Eidgenössische Stimmberechtigung bedeutet, dass die Befragten einen Schweizer Pass oder Schweizer Identitätskarte besitzen müssen.

- (1) Ja
- (0) Nein
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

5. Wie lautet die Postleitzahl von Ihrem Hauptwohnsitz?

- (1) Long
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

6. Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

[INTERN] Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

- (1) Mann
- (2) Frau
- (3) Anderes
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

Als Nächstes stelle ich Ihnen einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

7. Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand von einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniesst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Inwiefern geniesst/geniessen [...] Ihr Vertrauen?

- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 volles Vertrauen
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *der Bundesrat*
2. *das Eidgenössische Parlament in Bern*
3. *die Gerichte*
4. *die Polizei*
5. *die Armee*
6. *die Medien*
7. *die Schweizer Wirtschaft*
8. *die politischen Parteien*
9. *die Wissenschaft*

[INTERN] Wissenschaft allgemein, keine präzisere Definition von Wissenschaft

8. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?

- (2) sehr sicher
- (1) eher sicher
- (-1) eher unsicher
- (-2) ganz unsicher
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

9. Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- (2) sehr optimistisch
- (1) eher optimistisch
- (-1) eher pessimistisch
- (-2) sehr pessimistisch
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

10. Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- (2) sehr optimistisch
- (1) eher optimistisch
- (-1) eher pessimistisch
- (-2) sehr pessimistisch
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

11. Es gibt viele Themen und Ereignisse, wo heute für die Schweizer Gesellschaft und den Schweizer Staat eine Bedrohung darstellen können. Ihrer Meinung nach, was sind aktuell die drei grössten Bedrohungen für die Schweiz?

[INTERN] Offene Frage. Nachfragen, wenn gar nichts kommt. Nennungen möglichst genau und ausführlich notieren. Wenn etwas nicht verstanden wurde, bitten es zu wiederholen, damit man es gut aufschreiben kann.

WICHTIG: die einzelnen Bedrohungen durch Satzungen (z.B. Komma, Punkt oder Zeilenwechsel) voneinander getrennt aufschreiben.

- (1) Antwort
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

12. Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Staaten. Geben Sie mir bitte an, wie vertrauenswürdig Sie diese Staaten aktuell beurteilen. Bitte sagen Sie mir zu jedem Staat, ob Sie ihm sehr vertrauen, eher vertrauen, eher nicht vertrauen oder überhaupt nicht vertrauen.

- (2) sehr vertrauen
- (1) eher vertrauen
- (-1) eher nicht vertrauen
- (-2) überhaupt nicht vertrauen
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *USA*
2. *Russland*
3. *China*
4. *Deutschland*
5. *Frankreich*
6. *Italien*
7. *Grossbritannien*
8. *Österreich*
9. *Nordkorea*
10. *Iran*
11. *Ukraine*

13. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Definitionen:

EU = Europäische Union.

NATO = Nordatlantikpakt (ist ein westliches Militärbündnis).

UNO = Organisation der Vereinten Nationen.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.*
2. *Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.*
3. *Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.*
4. *Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.*
5. *Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.*
6. *Die Schweiz sollte der NATO beitreten.*
7. *Die Schweiz sollte sich der NATO annähern.*
8. *Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.*
9. *Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.*
10. *Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.*

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Neutralität an Sie.

14. Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.*
2. *Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.*
3. *Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.*
4. *Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.*
[INTERN] "Gute Dienste" ist ein stehender Begriff. Darum ist "Gute" grossgeschrieben.
5. *Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.*
6. *Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.*
7. *Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.*
8. *Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.*

Ich lese Ihnen weitere Aussagen zur Neutralität vor.

15. Sagen Sie mir bitte wieder zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.*
2. *Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität.*
3. *Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.*
4. *Die Neutralität sollte ein vorrangiges Ziel von unserer Aussenpolitik bleiben.*
5. *Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.*
6. *Die Neutralität lässt es zu, dass die Schweiz ihre militärische Verteidigung zusammen mit der NATO plant.*

16. Ich nenne Ihnen verschiedenen Eigenschaften, welche der Neutralität zugesprochen werden. Sagen Sie mir bitte zu jedem Merkmal, ob Sie das für sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig oder gar nicht wichtig halten. Wie schätzen Sie die Wichtigkeit der folgenden Merkmale ein?

- (2) sehr wichtig
- (1) eher wichtig
- (-1) eher nicht wichtig
- (-2) gar nicht wichtig
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Dass die Neutralität bewaffnet ist.*
2. *Dass die Neutralität einen humanitären Gedanken beinhaltet.*
3. *Dass die Neutralität uns vor Konflikten bewahrt.*
4. *Dass die Neutralität international anerkannt ist.*
5. *Dass die Neutralität die vielsprachige Schweiz zusammenhält.*
6. *Dass die Neutralität den innenpolitischen Frieden fördert.*
7. *Dass die Neutralität zum typisch Schweizerischen gehört.*

Jetzt kommen wir zum nächsten Thema, der Schweizer Armee.

17. Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- (2) unbedingt notwendig
- (1) eher notwendig
- (-1) eher nicht notwendig
- (-2) überhaupt nicht notwendig
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

18. Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

[INTERN] Nur eine Auswahl möglich.

- (3) Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.
- (2) Das Militär ist ein notwendiges Übel.
- (1) Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

19. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

- (1) Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.
- (0) Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

20. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- (2) viel zu viel
- (1) zu viel
- (0) gerade richtig
- (-1) zu wenig
- (-2) viel zu wenig
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

21. Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.*
2. *Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.*
3. *Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.*

22. Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» sind. 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- (1) 1 überhaupt nicht zufrieden
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 sehr zufrieden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

Nun noch zu einigen aktuellen Themen.

23. Wegen dem Krieg in der Ukraine sind Sanktionen gegen Russland verhängt worden. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Rolle von der Schweiz. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Bewusst keine Definition und Erklärungen. Wir wollen die subjektive Einschätzung der Befragten.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Ich bin der Meinung, dass die Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität von der Schweiz vereinbar sind.*
2. *Es ist richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt.*
3. *Weil die Schweiz die Sanktionen mitträgt, kann sie ihre Guten Dienste nicht mehr anbieten.*

24. Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

- (3) sehr stark
- (2) eher stark
- (1) ein bisschen
- (0) überhaupt nicht
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

25. Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen und haben mindestens die Rekrutenschule gemacht?

- (1) Ja
- (0) Nein
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

26. Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

- (1) Ja
- (0) Nein
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

27. Welches ist die höchste Ausbildung, wo Sie abgeschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?

[INTERN] Kategorien nicht vorlesen, sondern den untenstehenden Items zuordnen. Bei Unklarheiten nachfragen.

- (0) keine
- (1) obligatorische Schule, aber nicht abgeschlossen
- (2) obligatorische Schule
- (3) 1-2 jährige Ausbildung / Brückenangebot / Anlehre / Berufslehre EBA
- (4) Fachmittelschule / Diplommittelschule
- (5) Berufslehre EFZ / Handelsschule
- (6) Gymnasiale Maturität / Lehrkräfteseminar
- (7) Berufs- / Fachmaturität
- (8) Berufsprüfung mit eidg. Fachausweis / Meisterdiplom
- (9) Höhere Fachschule (HF)
- (10) Bachelor (z.B. Universität, Fachhochschule)
- (11) Master / Lizentiat (z.B. Universität, Fachhochschule)
- (12) Doktorat / Habilitation
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

28. «Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?

- (0) 0 ganz links
- (1) 1
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 ganz rechts
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

29. Angenommen, Sie werden in Zukunft nochmals zufällig ausgewählt, wie würden Sie an dieser Umfrage lieber teilnehmen?

[INTERN] Alle vier Antwortkategorien vorlesen.

- (1) telefonisch
- (3) online
- (2) keine Vorliebe
- (0) würde nicht mehr teilnehmen
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

30. Damit sind wir am Ende vom Interview.

Es kann vorkommen, dass wir für eine Nachfrage oder bei einer Unklarheit nochmals kurz anrufen müssen. Das passiert allerdings sehr selten.

Wir danken Ihnen für Ihre wertvollen Auskünfte und wünschen Ihnen noch einen schönen Abend/Tag!

(1) Hat keine Einwände

(0) Verweigert ausdrücklich

(-96) keine Angabe

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Studienreihe «Sicherheit»

Die Studienreihe «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.